WERKSTATTBERICHT 183

Alltagsökonomie in Wien – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt



Alltagsökonomie in Wien – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt

Werkstattbericht

Stadt Wien | Stadtentwicklung und Stadtplanung

WU Wirtschaftsuniversität Wien Vienna University of Economics and Business

TU Wien

Werkstattbericht

Inhalt

Vorwort der Vizebürgermeisterin von Wien 6
Birgit Hebein

Zusammenfassung 8
Andreas Novy, Leonhard Plank, Sigrid Kroismayr, Alexandra Strickner

Teil 1
Alltagsökonomie – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt

Foundational Economy:
Rückbesinnung auf die Infrastrukturen des Alltagslebens 16
Leonhard Plank

New Metrics for a Foundational Economy 20
Sukhdev Johal und Karel Williams

Strategic Urban Planning and Foundational Economy in Barcelona:
Back to Basics 24
Oriol Estela

Digitale Plattformen im Interesse einer funktionierenden Alltagsökonomie 28
Astrid Krisch und Leonhard Plank

Public-Civil-Partnerships for a Better City 32
Dirk Holemans

Teil 2
Alltagsökonomie in Wien. Ein Pilotprojekt in Währing und Favoriten
Iris Frey, Verena Kamtner, Sigrid Kroismayr, Andreas Novy, Leonhard Plank

1. Einleitung 38

2. Ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt **39**

3. Der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz **42**

Historische Entwicklung **42**

Raumanalyse **42**

Sozioökonomische Analyse **50**

Institutional Mapping **54**

4. Untere Fußgängerzone Favoritenstraße **59**

Aktuelle Entwicklungen **59**

Raumanalyse **61**

Sozioökonomische Analyse **66**

Institutional Mapping **69**

5. BewohnerInnenbefragung am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz **74**

Konzeption und Durchführung **74**

Beschreibung des Samples **76**

Quantitative Ergebnisse der BewohnerInnenbefragung **80**

Ergebnisse zu Änderungsvorschlägen des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes **88**

Zusammenfassung der Ergebnisse der Feldforschung in Währing **93**

Teil 3

Empfehlungen für Aufwertung ohne Verdrängung **96**

Kurzfristige Empfehlungen

Empfehlung 1: **97**
Kommerzielle und nicht-kommerzielle Nutzungen zusammendenken

Empfehlung 2: **98**
Grätzelzentren mit Bevölkerung und lokaler Wirtschaft gemeinsam entwickeln

Empfehlung 3: **100**
Alltagsökonomie und Ökologisierung: Heimat schaffen, Resilienz stärken

Empfehlung 4: **100**
Innerfavoriten braucht einen integrierten Ansatz zur Förderung der Zentrenentwicklung und der Alltagsökonomie

Mittel- und langfristige Empfehlungen

Empfehlung 5: **102**
„Wissensallianz Alltagsökonomie“ bilden

Empfehlung 6: **103**
Sozioökonomische Analysen zur Alltagsökonomie ergänzen Stadtplanung

Empfehlung 7: **105**
Wohnen und Leerstandsaktivierung als Schlüssel, damit Aufwertung ohne Verdrängung gelingen kann

Anhang:
Kurzbeschreibungen der AutorInnen **106**
Klassifikation der Bedarfsgruppen **108**
Literaturverzeichnis **111**
Impressum **116**

Vorwort der Vizebürgermeisterin von Wien

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wiens Stadtplanung baut auf ihrer langen Tradition auf, sozialen Zusammenhalt und Innovationsfreudigkeit zu verbinden. So beobachtet sie regelmäßig gelungene Erfahrungen anderer Städte und lernt von neuen wirtschaftspolitischen Ansätzen. Die vorliegende Werkstattschrift ist das Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung der Wiener Stadtplanung mit einem innovativen Ansatz städtischen Wirtschaftens, der von einem breiten, in Nachbarschaften verankerten Verständnis von Ökonomie ausgeht. Im Mittelpunkt der sogenannten Alltagsökonomie (foundational economy) stehen die wirtschaftlichen Tätigkeiten, die von der Bevölkerung im täglichen Leben nachgefragt und genutzt werden wie Nahversorgung, Energie und Pflege.

Der zweite „Gutes Leben für alle"-Kongress 2017 an der Wirtschaftsuniversität Wien fand in enger Zusammenarbeit mit der Wiener Stadtplanung statt. Zusammen mit Fachleuten erörterten wir „Handlungsspielräume von unten", das heißt Möglichkeiten, wie die Stadt, ihre Verwaltung, ihre BewohnerInnen gemeinsam und konstruktiv die vielfältigen globalen Herausforderungen, von der Klimakrise bis zur Digitalisierung, bewältigen können. In Fortsetzung der erfolgreichen Kooperation wurden in zwei Pilotprojekten in Währing (Johann-Nepomuk-Vogl-Platz) und Favoriten (untere FußgängerInnenzone Favoritenstraße) die Potenziale der Alltagsökonomie ausgelotet, um erste Empfehlungen zu ihrer Stärkung abzuleiten. Zum anderen wurden Schritte gesetzt, den Ansatz der Alltagsökonomie in der Stadtplanung und der Stadtverwaltung als Querschnittsthema zu verankern. Vorläufiger Höhepunkt war ein großer Kongress, der am 20. November 2018 im Festsaal des Wiener Rathauses stattfand. Konzipiert vom Institute for Multi-Level Governance and Development der WU Wien, dem Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik der TU Wien und Urban Innovation Vienna (UIV) wurde den mehr als 300 Teilnehmenden eine Palette internationaler Modelle vorgestellt. PlanerInnen und engagierte VertreterInnen aus



Foto: Christian Fürthner

Stadtverwaltung, Bezirks- und Kommunalpolitik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft überlegten dabei gemeinsam Möglichkeiten, wie Alltagsökonomie in Wien gestärkt werden kann.

Wien ist im Gegensatz zu vielen anderen Städten in den vergangenen Jahrzehnten dem Trend zur Privatisierung nicht gefolgt – insbesondere im Wohnbereich und bei den Stadtwerken. Diese öffentliche Infrastruktur bildet heute das Rückgrat einer florierenden Alltagsökonomie. Gleichzeitig gibt es eine Reihe von Entwicklungen – allen voran die Digitalisierung und ein wirtschaftspolitisches Korsett, das gesamtgesellschaftlich effiziente und nützliche Investitionen erschwert, die Wien vor neue Herausforderungen stellen, wenn eine gute Nahversorgung und lebendige Grätzel erhalten werden sollen.

Der vorliegende Werkstattbericht trägt dazu bei, Alltagsökonomie als Schlüsselthema der Stadtplanung zu verankern. Der Zugang der Alltagsökonomie und das zugrundeliegende erweiterte Verständnis von Wirtschaften ergänzen nämlich bestens die stadtplanerischen Bemühungen zur Stärkung von Stadtteilzentren. Wirtschaft stärker lokal zu denken, verbindet sich mit unserem Bestreben, Logistikketten zu verkürzen und die Abhängigkeit von einer Transportinfrastruktur, die auf fossilen Energieträgern basiert, zu verringern. So bereichert eine gestärkte Alltagsökonomie auch das Bemühen, im Rahmen der Smart City Strategie eine konsequente Klimapolitik umzusetzen. All dies ermöglicht soziale, systemische und transformatorische Innovationen, die die lokale Wirtschaft beleben. Auf diese Weise kann eine vielfältige städtische Infrastruktur weiterhin sicherstellen, dass möglichst alle Menschen in Wien gut leben können.

Birgit Hebein
Wiener Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Zusammenfassung

Das Konzept der „Alltagsökonomie“ *(foundational economy)* ist ein neuer Zugang, Ökonomie und Stadt zu denken. Es benennt etwas, das alle Menschen kennen und tagtäglich nutzen, weil es Teil ihrer Routinen ist, Teil der selbstverständlichen städtischen Infrastruktur. Alltagsökonomie umfasst alltägliche ökonomische Aktivitäten von der Nahversorgung bis zur Daseinsvorsorge, von der materiell-ökologischen (Energie, Verkehr, Wasser) und sozialen Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Pflege) bis zu Wohnen, Freizeit und Gastronomie. Drehte sich Alltagsökonomie historisch vorrangig um Selbstversorgung, so basiert sie ab dem Ende des 19. Jahrhunderts zu wesentlichen Teilen auf kollektivem Konsum und kommunalen öffentlichen Infrastrukturen. Dies brachte eine markante Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung und veränderte die Städte grundlegend. Lebenswerte Städte sind seither Städte, in denen viele ihrer Angebote gemeinsam genutzt werden. Dies erhöht die Lebensqualität und stärkt den sozialen Zusammenhalt.

Alltagsökonomie umfasst alltägliche ökonomische Aktivitäten

In der stadtökonomischen Diskussion konzentriert sich Wirtschaftspolitik oft auf Innovation, Hightech und die Förderung der Exportwirtschaft sowie die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die Theorie der Alltagsökonomie argumentiert für eine Erweiterung der Perspektiven, denn die städtische Wirtschaft bleibt ein wichtiger Absatzmarkt für lokale AnbieterInnen. Trotz steigender transnationaler Verflechtungen werden weiterhin Dienste und Waren zumeist „vor Ort“ genutzt. Alltagsökonomie ruft weiters in Erinnerung, dass Wirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern der Sicherung und Organisierung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung dient. Bedürfnisse können nicht nur mit Konsumgütern, sondern auch mit Infrastrukturen befriedigt werden, wie zum Beispiel durch öffentliche Räume, Bildungs-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie digitale Plattformen. Gerade in Wien basiert die Alltagsökonomie auf einer sozialökologischen Infrastruktur, die bis heute das Rückgrat hoher Lebensqualität, einer funktionierenden Nahversorgung und einer leistbaren Daseinsvorsorge bildet.

Eine funktionierende Nahversorgung und eine leistbare Daseinsvorsorge unterstützen die Lebensqualität

Im ersten Teil des Werkstattberichts geben fünf Beiträge von ExpertInnen, die sich aus unterschiedlicher Perspektive mit dem Ansatz der Alltagsökonomie beschäftigen, einen Einblick in Diskussionsstränge und Erfahrungen. Sie bilden einen Ausschnitt aus den vielen beim Kongress für Alltagsökonomie vorgestellten Zugängen und den dort diskutierten Fragen. Leonhard Plank stellt in seinem Beitrag einen Überblick und die zentralen Eckpunkte dieser Denkrichtung vor. Karel Williams und Sukhdev Johal erörtern die Notwendigkeit der Messung der Leistungen der Alltagsökonomie für die Menschen, um deren Wirkung sichtbar zu machen. Oriol Estela skizziert in seinem Beitrag den Weg der Stadtplanung Barcelonas von der Orientierung an globaler Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahrzehnten zurück zur Fokussierung auf die



Foto: Ismail Gökmen

Konferenz „Alltagsökonomie – Systemische Innovationen für neue urbane Gestaltungsräume“, November 2018

grundlegenden Bedürfnisse der BewohnerInnen der Stadt. Astrid Krisch und Leonhard Plank besprechen im Beitrag über digitale Plattformen die Herausforderungen der Digitalisierung für eine funktionierende Alltagsökonomie und welche alternativen Ansatzpunkte hier bereits erprobt und diskutiert werden. Dirk Holemans zeigt am Beispiel Gent auf, wie die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung hier begonnen haben, neue Partnerschaften zwischen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung zu erproben, um die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern.

Neue Partnerschaften zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung aufbauen

Im zweiten Teil des Werkstattsberichts stellen wir die Ergebnisse eines Forschungsprojekts vor. Dieses wurde im Auftrag der MA 18 (Stadtplanung und Stadtentwicklung) der Stadt Wien von Andreas Novy (WU), Sigrid Kroismayr (WU), Leonhard Plank (TU Wien) gemeinsam mit den Masterstudentinnen Iris Frey und Verena Kamtner und mit Unterstützung der Bachelorstudierenden Zsolt Dobos, Iva Ljubic und Clara Marinovic durchgeführt.
In Zeiten vermeintlicher Sachzwänge, die sich durch globale Dynamiken wie Klimakrise, Digitalisierung und der Dominanz von Finanzmärkten ergeben, ermöglicht die Erforschung der Alltagsökonomie, Handlungsspielräume „von unten“ auszuloten: für BewohnerInnen, Geschäftsleute, zivilgesellschaftliche AkteurInnen, die lokale Verwaltung und Bezirks- und Kommunalpolitik. Im Pilotprojekt „Potenziale der Alltagsökonomie in Wien“ wurden in zwei Wiener Stadtteilzentren – am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz (Währing) und in der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße (Favoriten) – Feldforschungen durchgeführt, um die Aktivitäten

Vielfältige Methoden werden eingesetzt, um Handlungs-spielräume „von unten“ auszuloten

der Alltagsökonomie zu erfassen und ihre Potenziale zu erheben. Die empirische Studie basiert auf zwei sozioökonomischen Raumanalysen mit einem Fokus auf Institutional Mapping, das heißt einer Systematisierung und Hierarchisierung der vielfältigen lokalen AkteurInnen. Raumspezifische Dynamiken wurden erhoben sowie Institutionen und Prozesse vor Ort analysiert. Es wurden die Möglichkeiten für Initiativen, Programme und Projekte zur innovativen Nutzung von Ressourcen sowie ermächtigende Regeln, Vorschriften und Gesetze identifiziert, die eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung fördern und die Bildung von Zentren unterstützen. Auch die Einstellungen und Aktivitäten der lokalen Bevölkerung sowie der lokalen Geschäftsleute wurden untersucht. (Potenzielle) GrätzelmacherInnen wurden ebenso erfasst wie die Rolle öffentlicher Einrichtungen, allen voran Bezirksvorstehung, Gebietsbetreuung und Zusammenschlüsse der Geschäftsleute als ErmöglicherInnen von Stadtteilentwicklung. Am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz wurde dies ergänzt durch eine BewohnerInnenbefragung zu Alltagsökonomie, an der sich 218 AnrainerInnen beteiligten.

Die Ergebnisse der sozioökonomischen Raumanalyse haben sichtbar gemacht, dass sich die beiden Stadtteile in unterschiedlichen Phasen der Veränderung befinden. In Währing gibt es seit 2016 Maßnahmen, die zu einer Aktivierung der Bevölkerung und der Geschäftsleute beigetragen haben. Die Geschäftsleute am „Vogl-Markt“ organisierten ein eigenes Marktfest, gründeten eine Facebook-Gruppe und konstituierten sich als Gruppe. Begleitend veranstaltete die Gebietsbetreuung diverse kulturelle Aktivitäten, wie zum Beispiel ein Public Viewing anlässlich der Fußball-weltmeisterschaft 2018. Die Bezirksvorstehung beauftragte die Ausarbeitung von Plänen zur Umgestaltung von Platz und Markt.

Potenzielle Schlüssel-akteurInnen sind zu identifizieren

Die Veränderungen in der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße sind hingegen durch die Errichtung des Hauptbahnhofs sowie das neu entstandende Sonnwendviertel geprägt. Die sich aus diesem städtebaulichen Großprojekt ergebenden Veränderungen und der Aufstieg zu einem zentralen Verkehrsknoten Wiens haben in der unteren Fußgängerzone noch nicht die erhofften belebenden Effekte erzielt. Gemeinschaftsbildende Initiativen, die Bevölkerung und Geschäftsleute aktivieren, stehen noch am Anfang. Das als durchaus beachtlich einzuschätzende Potenzial zur Belebung dieses Stadtteils ist keinesfalls ausgeschöpft. Für eine mögliche Stärkung der Alltagsökonomie kommt nicht-wirtschaftlichen Aktivitäten, die zur Verbundenheit mit dem Stadtteil beitragen, eine zentrale Rolle zu. Auch in Favoriten gibt es potenzielle SchlüsselakteurInnen einer Aufwertung des Stadtteils: engagierte Einzelne, Unternehmen, Vereine. Die Bezirksvorstehung, Gebietsbetreuung und Wirtschaftskammer könnten zentrale „ErmöglicherInnen“ sein, die „Co-Creation“, das gemeinsame

Gestalten von Stadtteilen, begleiten und unterstützen. Gleichzeitig erfordern die zu beobachtenden Anzeichen von Gentrifizierung klare und mutige politische Interventionen, um Verdrängungseffekte zu minimieren, die oftmals mit einer Aufwertung des Stadtteils und der lokalen Alltagsökonomie einhergehen. Dem Mietrecht, der Zurückhaltung bei Abrissen und einer strikteren Regulierung von digitalen Plattformen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

In beiden Stadtteilen wurde der Leerstand in den Erdgeschoßzonen als Herausforderung benannt, der bei 23 Prozent (Währing) bzw. 29 Prozent (Favoriten) liegt, wobei politische Regulierungsversuche bis dato an Grenzen gestoßen sind. In beiden Stadtteilen werden zu hohe Mieten als Hauptursache für Leerstand genannt. Das private Recht der VermieterInnen konkurriert mit dem öffentlichen Interesse an florierenden Einkaufsstraßen. Dies erschwert Belebungsmaßnahmen und ist nur eingeschränkt vor Ort lösbar. Aufgrund der großen Bedeutung von belebten Erdgeschoßzonen sind hier durchaus radikalere Maßnahmen im Sinne der „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ anzudenken.

Belebung der Erdgeschoßzonen bleibt eine Herausforderung

Die BewohnerInnenbefragung rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz (Währing) hat eine generelle Zufriedenheit mit der Nahversorgung, insbesondere in Bezug auf Lebensmittel, Drogerie und Trafik aufgezeigt, jedoch auch Defizite sichtbar gemacht. Unzufrieden ist man vor allem mit den Post- und Bankdiensten, die sich mit der Schließung der letzten Bankfiliale Mitte der 2010er Jahre erklären lässt. Gerade bei den über 60-Jährigen hat dies nachhaltigen Unmut ausgelöst und 90 Prozent haben hier angegeben, wenig bzw. nicht zufrieden zu sein. Weitere Bereiche der Unzufriedenheit beziehen sich auf das Freizeitangebot für Jugendliche sowie das gastronomische Angebot vor Ort, wobei sich hier die verschiedenen sozialen Gruppen in ihrer Einschätzung weitgehend einig sind. Die soziale Infrastruktur wie das Angebot an Kindergärten und Schulen sowie das medizinische Angebot wurden positiv beurteilt. Im Durchschnitt sind mehr als zwei Drittel der BefragungsteilnehmerInnen mit dem vorhandenen Angebot sehr oder eher zufrieden, bei dem Angebot an Schulen wurde sogar ein Zufriedenheitswert von 85 Prozent erreicht. Auf breite Zustimmung sind Vorschläge zur Aufwertung des Marktgebiets durch mehr Grün, die Einrichtung eines Bauernmarkts, die Modernisierung des Kinderspielplatzes und mehr kulturelles Angebot gestoßen. In die Befragung wurde auch der Online-Handel einbezogen, der für UnternehmerInnen in Zukunft eine noch größere Herausforderung darstellen wird. An der Spitze der wirtschaftlichen Aktivitäten, die online erledigt werden, liegen Bankgeschäfte (77 Prozent) und Reisebuchungen (63 Prozent). Ungefähr ein Viertel der BefragungsteilnehmerInnen bezieht fast immer bzw. vorwiegend Bücher und Elektroartikel über den Online-Handel. In die Überlegungen zur Alltagsökonomie ist

BewohnerInnenbefragung untersucht die Zufriedenheit mit der Nahversorgung



Foto: Ismail Gökmen

Wiener Rathaus 2018, Dirk Holemans, Alexandra Strickner und Maria Vassilakou

daher ein strategischer Umgang mit dem Online-Handel unumgänglich und lokales Einkaufen stärker zu propagieren.

Basierend auf den zwei Pilotstudien wurden Empfehlungen formuliert, wie mit einer gestärkten Alltagsökonomie eine „Aufwertung ohne Verdrängung" umgesetzt werden kann. Empfohlen wird

Auch Konzepte ohne Konsumationszwang sind anzudenken

1 / *kommerzielle und nicht-kommerzielle Nutzungen zusammenzudenken.* Einkaufs- und Konsummöglichkeiten sollten besser mit weiteren Nutzungsformen kombiniert werden. Nicht-kommerzielle Nutzungen, die die Aufenthaltsqualität eines Ortes erhöhen, umfassen die Gestaltung des öffentlichen Raums (Verkehrsberuhigung, attraktiver Grünraum, Sitzmöglichkeiten), ein kulturell-künstlerisches Angebot sowie soziale Treffpunkte ohne Konsumationszwang. Bei kommerziellen Nutzungen ist ein Mix aus günstigen und qualitativ hochwertigen Nutzungen anzustreben.

2 / *Grätzelzentren mit der Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft gemeinsam zu entwickeln,* um kleinräumige Zentren für mehr Alltagsaktivitäten zu etablieren. Die nachbarschaftlichen, kulturellen und künstlerischen Aktivitäten brauchen die Mitgestaltung durch die AnrainerInnen. Es ist illusorisch, diese Verantwortung einzig an die öffentliche Hand zu delegieren.

3 / *die Alltagsökonomie für Ökologisierung zu nutzen,* beispielsweise durch attraktive Begrünungsmaßnahmen und die Schaffung von kühlenden Orten, um Hitzewellen besser überstehen zu können. Dies stärkt die Resilienz. Über den ökologischen

Nutzen hinaus erhöht es auch das Gefühl der Verbundenheit mit der eigenen Nachbarschaft. Menschen können so auch in der Großstadt Orte finden, an denen sie sich „zu Hause fühlen".

4 / *in Innerfavoriten mittelfristig einen integrierten Ansatz zur Förderung von Zentrenentwicklung und Alltagsökonomie zu erarbeiten* und umzusetzen, um die BewohnerInnen stärker mit dem Grätzel zu verbinden und das lokale Angebot zu stärken. Dies wird jedoch nachhaltig nur gelingen, wenn neben den Geschäftsleuten auch die AnrainerInnen Verantwortung übernehmen. Es ist nicht erstrebenswert, dass sich die BewohnerInnen darauf beschränken, Forderungen zu stellen und Verantwortung an öffentliche Stellen (die „Politik", die „Verwaltung", die „da oben") zu delegieren. Stadtteilentwicklung gelingt nur gemeinsam mit der Bevölkerung, GrätzelmacherInnen, Geschäftsleuten, Verwaltung und Politik. Es gilt, von einer Kultur des Einforderns von Mitbestimmungsmöglichkeiten zu einer Kultur des gemeinsamen Gestaltens (Co-Creation) zu kommen. An die Stelle einer Planung „von oben" müsste ein Governance-Modell treten, das „top-down" Möglichkeiten eröffnet, die „bottom-up" wahrgenommen werden müssen/können.

Gemeinsames Gestalten und Mitbestimmungs-möglichkeiten begünstigen

5 / *eine Wissensallianz „Alltagsökonomie" zu bilden,* bestehend aus Universitäten, Magistratsabteilungen, VertreterInnen der Wirtschaft und Zivilbevölkerung.

6 / *die Nutzung sozioökonomischer Analysen zur Alltagsökonomie als ergänzendes Instrument für die Stadtplanung einzusetzen.* Und schließlich

7 / ist der *Immobiliensektor von entscheidender Bedeutung für erfolgreiche Stadtteilentwicklung mit Hilfe einer florierenden Alltagsökonomie.* Leistbares Wohnen zu gewährleisten, ist eine zentrale Herausforderung für die Kommunalpolitik. Aufwertungen im öffentlichen Raum tendieren zu steigenden Mieten beizutragen. Leerstandsaktivierung wäre ein Schlüssel zur Schaffung lebendiger Stadtteilzentren. In Zukunft werden voraussichtlich neue Angebote im Kultur- und Sozialbereich den klassischen Einzelhandel und die Gastronomie ergänzen müssen, um die hohe Aufenthaltsqualität in Einkaufsstraßen und Stadtteilzentren zu garantieren.

Leistbares Wohnen ist ein zentraler Bestandteil für eine florierende Alltagsökonomie

Wir hoffen, dass Sie, als Leserin bzw. Leser, von diesen Erfahrungen und Empfehlungen angeregt werden, gleichermaßen zum Umsetzen im eigenen Tätigkeitsbereich sowie zur Kritik. Auf jeden Fall wünschen wir Ihnen eine spannende und inspirierende Lektüre.

Andreas Novy, Leonhard Plank, Sigrid Kroismayr, Alexandra Strickner

1 Alltagsökonomie – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt





Fotos: Ismail Gökmen

2 Alltagsökonomie in Wien. Ein Pilotprojekt in Währing und Favoriten





3 Empfehlungen für Aufwertung ohne Verdrängung

Foundational Economy: Rückbesinnung auf die Infrastrukturen des Alltagslebens

Leonhard Plank (für das Foundational Economy Collective[1])

Zu lange hat sich Wirtschaftspolitik auf einen kleinen Bereich wirtschaftlicher Aktivitäten konzentriert und dabei die Fundamente, auf denen unsere Ökonomien und Gesellschaften ruhen, vernachlässigt. Das Konzept der Foundational Economy versucht, diese Fehlentwicklung zu korrigieren, indem es das, was uns produktiv und zu BürgerInnen einer politischen Gemeinschaft macht, in den Blick nimmt und dabei Wege zur Erneuerung und Weiterentwicklung aufzeigt. Kurz gesagt rücken dabei jene Güter und Dienstleistungen in den Mittelpunkt, welche die soziale und materielle Infrastruktur des zivilisierten Lebens ausmachen, weil sie allen Haushalten einer Volkswirtschaft unverzichtbare Alltagsgüter zur Verfügung stellen.

Die Grenzen des Standortwettbewerbs

Seit dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West hat sich die Vorstellung in unseren Köpfen verfestigt, dass „freier" Wettbewerb der natürliche Modus menschlicher Existenz sei. Während in den klassischen ökonomischen Texten Wettbewerb im Wesentlichen nur zwischen Unternehmen – und gesellschaftlich eingebettet und somit dem Primat der Politik unterworfen – konzipiert wurde, hat sich mit dem Siegeszug des Neoliberalismus die Wettbewerbslogik auf Nationalstaaten, Regionen und Städte ausgeweitet. „Compete or die" lautet das Motto des Standortwettbewerbs.

Im städtischen Kontext haben insbesondere Figuren wie Richard Florida ihren Beitrag zur Umkehrung der Wettbewerbslogik geleistet. Zum Standardrepertoire lokaler Wirtschaftsstrategie gehört es seither, darauf zu fokussieren, internationales Kapital und transnationale Unternehmen anzuziehen, indem eine eigene Marke entwickelt wird, die ikonische Architektur vermarktet – Hochhäuser und neue Finanzzentren inklusive. Je nachdem, ob man kulturelles Erbe vorzuweisen hatte oder am Wasser lag, wurden noch eine Museumslandschaft oder ein „Waterfront-Development" hinzugefügt. Und schließlich gab es sicher noch ein verschlafenes, immobilienwirtschaftlich unterbewertetes Viertel, das darauf wartete, von der nächsten Gruppe KünstlerInnen oder Digital Natives „entdeckt" zu werden.

Diese Erzählung ist attraktiv, weil sie glamourös ist und Prosperität verspricht. Sie hat nur einen Haken: Sie funktioniert für die meisten Territorien nicht, weil sie nicht verallgemeinerbar ist. Denn es ist schwer vorstellbar, dass alle größeren Städte Europas gleichzeitig zum neuen Finanzzentrum Europas werden. Dieser Trugschluss der Komposition – das, was individuell rational erscheint, sich als kollektive Irrationalität erweist – lässt sich auch am neuen Liebkind europäischer Wirtschaftspolitik veranschaulichen: den wissensintensiven unternehmensnahen



Foto: Ismail Gökmen

Leonhard Plank

Dienstleistungen und Hochtechnologien. Diese gelten unter EU-BeamtInnen, PolitikerInnen und ihren WirtschaftsberaterInnen als Hoffnungsträger für die Überwindung von Wachstumsschwäche und schwindender Wettbewerbsfähigkeit. Denn sie werden mit hoher Wertschöpfung und Einkommen für hochqualifizierte Arbeitskräfte assoziiert und sollen so zu mehr Innovation, steigender Produktivität und wirtschaftlicher Erneuerung beitragen. Dies ist allerdings eine sehr optimistische Vorstellung, denn wenn viele oder alle nationale Regierungen auf dieselben Sektoren fokussieren, können nicht alle Länder als Exporteure von wissensintensiven Dienstleistungen und Hochtechnologien im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein.

Darüber hinaus schaffen diese Sektoren direkt nur wenige Arbeitsplätze. Im europäischen Durchschnitt waren im Jahr 2016 lediglich vier Prozent in diesen Sektoren beschäftigt. Selbst wenn man alle Länder nach dem Vorbild Deutschlands umgestalten würde und neben Hightech- auch noch Mediumtech-Fertigungsindustrien hinzuzählt, landet man bei nur zehn Prozent der Beschäftigung. Allein im Bereich „Gesundheit und Sozialarbeit" arbeiten im Vergleich dazu durchschnittlich elf Prozent. Selbst wenn wir die obigen grundsätzlichen Schwierigkeiten der Verallgemeinerbarkeit einer solchen Strategie außen vor lassen und eine anhaltende Expansion dieser „Next-Generation"-Sektoren unterstellen, werden diese mit Sicherheit nicht genug Jobs für die SchulabsolventInnen schaffen, die nicht die Universität besuchen, oder eine große Zahl von Arbeitsplätzen für die BewohnerInnen jener Gebiete schaffen, in denen sie sich ansiedeln und wachsen. Hingegen finden sich im Bereich „Gesundheit und Sozialarbeit" vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten. Krankenhäuser brauchen verschiedenste SpezialistInnen wie SanitäterInnen, KrankenpflegerInnen, ÄrztInnen, TechnikerInnen, PharmazeutInnen, usw.; und in Pflegeeinrichtungen gibt es auch für geringqualifizierte Arbeitskräfte verantwortungsvolle und sinnvolle Tätigkeiten.

Die Physiokraten des 21. Jahrhunderts

Im etablierten Denken der Wirtschaftspolitik gehören Gesundheit und Pflege jedoch nicht zu den zentralen produktiven Sektoren, sondern werden als Teil der Sozialpolitik verhandelt. Diese Aufteilung ist Teil einer neuen Physiokratie. Die ursprünglichen Physiokraten waren französische Ökonomen des 18. Jahrhunderts, die glaubten, der Wohlstand eines Landes entspringe einzig und allein dem Grund und Boden; nur die landwirtschaftliche Produktion schaffe Wert, weshalb Industrie und Gewerbe unproduktiv seien und lediglich Überschüsse aufzehrten. Die neuen Physiokraten sind die europäischen PolitikerInnen des 21. Jahrhunderts, die annehmen, dass nur die marktwirtschaftlichen Aktivitäten des Privatsektors Wohlstand schaffen, während das Gesundheitswesen und andere öffentliche Dienste Überschüsse aufzehren. Das herkömmliche Argument lautet, eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sei der einzige Weg, und Aktivitäten wie medizinische Versorgung und Pflege könnten nur indirekt durch wachsende Markteinkommen finanziert werden, die mit dem Verkauf von Gütern auf den internationalen Märkten erzielt werden müssten.

Es trifft zu und ist zugleich irreführend, dass das Gesundheitswesen und andere öffentliche Dienste Europas keinen Wohlstand schaffen, sondern Überschüsse aufzehren. Zutreffend ist diese Behauptung, weil diese Dienste mit Steuergeldern finanziert werden. Irreführend ist sie, weil die Trennlinie zwischen Erzeugung und Konsum der Steuereinnahmen vom Gesetzgeber – durch Privatisierung und Verstaatlichung – anders gezogen werden kann. Wir leben in einer Welt, in der die Gehälter von ÄrztInnen mit den von privaten Telefongesellschaften und anderen Unternehmen entrichteten Steuern bezahlt werden. Aber diese Welt würde auf den Kopf gestellt, sollte der Staat die Telefongesellschaften verstaatlichen und das Gesundheitswesen privatisieren: Dann würden mit den von Krankenhäusern entrichteten Steuern die Gehälter im Callcenter der staatlichen Telefongesellschaft bezahlt. Es wäre vernünftiger, würden wir uns „die Wirtschaft" nicht als ein vom Privatsektor betriebenes System zur Schaffung von Wohlstand, sondern als ein System der Einnahmenzirkulation vorstellen, das dazu dient, Wohlfahrt zu verteilen. Auf kleinräumiger Ebene kann man sich dies vergegenwärtigen, wenn man etwa über die Frage nachdenkt, inwieweit Universitäten und Krankenhäuser als Motoren der städtischen und regionalen Entwicklung zu betrachten sind.

Von der Spitze des Eisbergs zum Fundament der Wirtschaft und Gesellschaft

Die Fixierung der Wirtschaftspolitik auf wissensintensive Dienstleistungen und Hochtechnologie im internationalen Standortwettbewerb lässt sich anhand der Eisbergmetapher beschreiben. Die kleine Spitze der glamourösen Hochtechnologiesektoren ist für die GestalterInnen der Wirtschaftspolitik sichtbar, während ein großer, wichtiger Teil des Bergs unter der Oberfläche verborgen bleibt. Das Konzept der Foundational Economy (sinngemäß Alltagsökonomie) rückt diese großen Bestandteile des wirtschaftlichen Lebens, die in der offiziellen Wirtschaftspolitik unsichtbar oder nur teilweise erkennbar sind, ins Blickfeld. Mit diesem Perspektivenwechsel ist nicht nur eine Fokussierung auf die Fundamente unserer Wirtschaft und Gesellschaft verbunden, die uns produktiv und zu vollwertigen und gleichberechtigten Citoyens macht, sondern auch eine Umkehrung der Exportorientierung auf binnenwirtschaftliche Aktivitäten.

Die Foundational Economy fußt auf einem erweiterten, gesellschaftsbezogenen Infrastrukturbegriff und umfasst alle wirtschaftlichen Tätigkeiten, die wir brauchen, um gut im Alltag leben zu können. Dazu zählen materielle Dienstleistungen, erbracht mithilfe von Rohrleitungen und Kabeln, über die Wasser und Strom verteilt werden, oder Filialnetze, die Bankdienstleistungen und Lebensmittel anbieten sowie kollektiv institutionalisierte Leistungsbeziehungen, die Gesundheit, Bildung, Pflege und soziale Sicherheit bereitstellen. Sie umfasst somit weite Teile der Daseinsvorsorge und Nahversorgung, die unverzichtbare Alltagsgüter liefern. Diese Aktivitäten haben insofern entscheidenden Einfluss auf das Wohlergehen aller Haushalte, als ein begrenzter Zugang zu diesen Leistungen die Wohlfahrt und die sozioökonomischen Chancen der BürgerInnen erheblich beeinträchtigt.

Neben dem humanen Selbstzweck ist die Foundational Economy auch ökonomisch von Bedeutung. Sie ist ebenso wie der große Teil unbezahlter, vorwiegend von Frauen geleisteter, Arbeit[2] zentrale Voraussetzung für die Produktivität, der auf sie angewiesenen und darauf aufsetzenden Profitwirtschaft. Zudem ist sie selbst ein wichtiger Beschäftigungsmotor: In Europa sind 40 Prozent der Erwerbstätigen in diesen binnenwirtschaftlich ausgerichteten Bereichen tätig und im Allgemeinen nicht dem Druck des internationalen Wettbewerbs ausgesetzt. Sowohl der Zugang zu den fundamentalen Diensten als auch ihre Preise werden von der öffentlichen Hand stark reguliert.

Erneuerung und Weiterentwicklung der Ökonomie des Alltagslebens

Die Devastierung der Infrastrukturen des Alltaglebens und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen kann man am Beispiel Großbritanniens studieren. Dort haben sich seit Margaret Thatchers Machtübernahme alle Regierungen darin geübt, die Foundational Economy einem finanzialisierten Kapitalismus preiszugeben, der seine Grundlagen untergräbt, indem er das kommerzialisiert, was besser unkommerzialisiert bliebe. Aber auch in Deutschland zeigen sich die Folgen einer neoliberalen Politik der „leeren Kassen“: von zerfallenden Schulgebäuden, über marode Straßen bis zur ausgedünnten und ausgezehrten Schieneninfrastruktur. Österreich scheint – bisher zumindest – relativ glimpflich davongekommen zu sein. Es bleibt abzuwarten, wie sehr sich dies mit der aktuellen Regierung ändert.

Der britische Fall zeigt aber auch, dass eine Gesellschaft ihren Pfad ändern kann. Eine breite gesellschaftliche Mehrheit spricht sich mittlerweile für eine Rücknahme der Privatisierungen aus und verteidigt sich gegen den Austeritätsstaat. Auf lokaler Ebene beginnen britische Städte Teile der vormals kommunalen Dienste zurückzuholen und in Form von Stadtwerken zu organisieren. Neben diesen wichtigen öffentlichen Trägern der Ökonomie des Alltagslebens muss es aber auch Raum für weitere Organisationen geben. Kleinere und mittlere Unternehmen sind ebenso wie etwa Genossenschaften oder anderen Formen der Selbstorganisation Teil einer lokal verankerten Partnerschaft für eine funktionstüchtige Alltagsökonomie. Großunternehmen, etwa Einzelhandelsketten, sollten einer „sozialen Lizensierung“ unterworfen werden, die ihnen als Gegenleistung für ihren Zugang zum lokalen Markt Beiträge zum Gemeinschaftsleben abverlangt. Damit würde das, was heute einseitig und unverbindlich als Corporate Social Responsibility deklariert wird, zur unternehmensbürgerlichen Pflicht. Der öffentliche Sektor, einschließlich gewichtiger Einkäufer wie Krankenhäuser und Universitäten sollte (noch) stärker als bisher als Ankerinstitution für die lokale Entwicklung genutzt werden, etwa über (Selbst-)Verpflichtungen zu lokaler Beschaffung oder zu gemeinschaftsunterstützenden Nebenleistungen, beispielsweise in Gestalt von Ausbildung über den eigenen Bedarf hinaus.

Die Erneuerung und Weiterentwicklung der Ökonomie des Alltagslebens erfordert nicht nur ein anderes Verständnis von Wirtschaft, sondern relativiert auch die Bedeutung technokratischer Wirtschaftssteuerung zugunsten der Beteiligung von BürgerInnen. Dahinter steht die Überzeugung, dass der Zentralstaat nicht immer wohlmeinend oder kompetent ist, und dass es gilt, hybride politische Allianzen zu bilden, die Veränderungen vorantreiben können und die Grenzen des Bestehenden nach und nach verschieben. Die Foundational Economy knüpft hier auch an alte Vorbilder und Diskussionen an, wie zum Beispiel an das rote Wien der 1920er Jahre oder das rote Bologna der 1970er Jahre, die in den letzten Jahren wieder verstärkt unter dem Titel eines neuen Munizipalismus (exemplarisch: Barcelona) verhandelt und aktualisiert werden. Inwiefern diese Erneuerung „von unten“ gelingt, hängt sicherlich auch davon ab, wie sehr die übergeordneten Ebenen von Nationalstaat und Europäischer Union systemische, transformatorische Innovationen ermöglichen – oder blockieren.

1 Das Foundational Economy Collective ist eine Gruppe vorwiegend europäischer WissenschafterInnen unterschiedlicher disziplinärer Herkunft mit transdisziplinärer Praxis.

2 Der Anteil unbezahlt geleisteter Arbeitsstunden ist in etwa gleich hoch wie jener der offiziell erfassten bezahlten Arbeit.

New Metrics for a Foundational Economy

Sukhdev Johal und Karel Williams

Foundational thinking[1] is partly a rediscovery of the importance of collective consumption, which was widely understood up to the 1950s. It is partly also an updating, which recognises how the provision of foundational services has been degraded by the incursion of financialised business models with privatisation and out-sourcing since the 1980s. But it is equally an ongoing research and development programme, which aims to make foundational thinking fit for the purposes of the 2020s and beyond.

By way of illustration, here is a short report on the first results of our research into new metrics. We live in a metricised world our economic and social measures limit the field of the visible, define our problems, frame what is to be done, and provide the basis for evaluation of performance. But, from a foundational point of view, existing metrics simplify and complicate in the wrong way.

The superordinate expert economic measure of the past 50 years is gross domestic product (GDP) or gross value added (GVA) per capita, which has been widely used as the yardstick for national or regional success or failure. From a foundational point of view, this denies the heterogeneity of consumption and multiple orders of worth: everything from health care to a Primark dress is added up according to current market value or cost. And this gross simplification does not make the metric any more intelligible to ordinary citizens. In a recent British poll only 39 per cent of respondents could correctly define GDP, and 25 per cent simply ticked „don't know" (Earle et al. 2017: 19).

Attempts to measure wellbeing are progressive and well-intentioned, but get bogged down in complexity. Multiple dimensions are represented by dashboards of outcome indicators or traffic light key performance indicators which give various red, green and amber signals, and no sense of the underlying drivers or what is politically controllable. More confusing are the "livability indexes" for world cities on which Vienna does so well. League position is often discussed as though it was meaningful without any recognition of how this is constructed by assigning arbitrary weightings to variables like quality of private education which are not relevant to ordinary citizens.

Consequently, the foundational economy needs new metrics. Foundational thinking starts with the advantage of a clear aim, which is an adequate, affordable supply of essential daily services, because housing, health care and utility supply are prerequisite for wellbeing. We also understand that the task is not just fixing activities like adult care, because citizens live not in one productive sector or consumption zone of the economy, but in places where multiple drivers of wellbeing intersect untidily.



Foto: Queen Mary University

Sukhdev Johal



Foto: Ismail Gökmen

Karel Williams

Of course, in an income-based society, jobs, pensions and state income support are important. But the wellbeing of citizens in specific places also depends on three other drivers of life satisfaction and emotional wellbeing: the grounded infrastructure of local services like health, education, and housing, the mobility infrastructure, which is now car based in all smaller cities and towns, and the social infrastructure of parks, and libraries, including the free or low-cost activities therein.

The challenge is to translate this view of what matters and how places work into wellbeing metrics. Our own earlier statistical work was directed to the different purpose of developing a descriptive, consumption-based classification of activities as foundational or non-foundational[2]. We showed that foundational activities in high income societies account for 40 per cent or more of employment, compensation, and output. This drew attention to a large neglected part of the economy and thereby floated the idea of the foundational as a zone within the economy.

Wellbeing drivers need a different lens. And we are now starting out on this metrics research with four directing assumptions:

We need a suite of measures which relate to wellbeing drivers (not outcomes) and of the interaction of these drivers in the places where people live. We will often (but not invariably) need separate expert and lay measures, because expert metrics often do not connect with lived experience. Some measures can be constructed by reworking existing official statistics, but others will require imaginative innovation from triangulated different sources. Good measures will not only direct political effort, but also deepen our intellectual understanding.

Here are two illustrations of how this heuristic can produce new metrics that are policy relevant and intellectually progressive: the first measure is residual household income as a measure of foundational livability, and the second measure is "happy places" as revealed by smartphone photos.

Our work on foundational livability was stimulated by the *gilets jaunes* protests in France. How could a proposed rise in the price of diesel trigger mass protests, which, as a matter of fact, were broadly spread across urban and rural France? The car is now the foundational tool that allows access to all the services and resources of housing estates, shopping centres and business parks in France (Behar et al. 2018); a rise in the price of diesel then squeezes residual income.

So we began to calculate residual household income by subtracting essentials like housing and transport (Froud et al. 2018), and

discovered that Spanish colleagues had made similar calculations they (with good cause) added utility bills to the deductions. The deductions may differ, but the conclusion is the same: places are liveable for some households but not for others according to housing tenure (owner occupier vs private rented vs social), age, the number of incomes, and the position in the income hierarchy. Low GVA per capita places like Wales can be liveable for many households if housing is relatively cheap; Londoners spend £10.000 a year more than the Welsh but £7.000 of that goes to more expensive housing (Office for National Statistics 2018).

This gives us a first insight into place-based drivers and feeds back into our understanding. Our residual income calculations challenge the GVA based idea that Wales has failed and London has succeeded in productive ways that should be emulated. With unaffordable housing, London is like Los Angeles in Brecht's poem. It is heaven for the rich and hell for the poor; on our calculation, first time buyer households in London in 2018 needed an income of £89.000 and a £140.000 cash deposit to buy a £436.000 property. Furthermore, wealth effects are as important as GVA income gaps. London mortgages buy an appreciating asset that has no tax on capital gains; in London 2008-18, the average owner occupier makes an unearned income of nearly £20.000 per annum. Maybe we should be taxing unearned gains on London property rather than exhorting Wales to emulate London's productive success?

At the same time, we would recognise that residual income is a seriously limited measure that needs to be complemented with others if we are not to translate the GDP related preoccupation with gross income into a narrow concern with net income. Hence our interest in the "happy place" app that was produced quite independently by a Liverpool based social entrepreneur[3]. Citizens are asked to take smart phone photos of the places that make them happy: the web site shows that most of the snaps are of parks and green spaces, public libraries, leisure and community centres; very few are of the shopping centres, multiplex cinemas and football stadiums that property developers have been building for the past 40 years.

Can such visual evidence be used as a basis for new metrics? Our answer is yes, if it is triangulated with other kinds of evidence, such as survey evidence on what matters to people and systematic statistical evidence on the correlates of emotional wellbeing. The evidence in happy places photos from Liverpool overlaps with what we found in a pilot survey in Wales, where citizens were concerned with the condition of the high street, the neglected park, or the absence of youth clubs (Calafati et al. 2019). It also fits with Danish research, which shows that growing up near greenery is associated with an up to 55 per cent lower risk of mental health disorders (Lambert 2019).

This again feeds back into our understanding of foundational priorities. Policy makers



Foto: shuttersock, logoboom / istock, Azman Jaka / E. Hörmann

have been obsessed with improving transport infrastructure to "make the economy work," and transport does matter, though in a subtler way, because citizens make many journeys for social purposes. But multiple sources indicate that citizens attach a high priority to social infrastructure and the free or low-cost activities therein. If policy makers listened, substantial improvements in social infrastructure provision are entirely possible at moderate capital and revenue cost.

The notes above are not the end but a beginning. We need to have a broad conversation between politicians, practitioners and researchers to think through how we can shift the drivers of wellbeing to improve livability, sociability and political agency for citizens living in ordinary places.

1 For an overview, see Foundational Economy Collective (2018), which will be published in German translation by Suhrkamp. Ongoing developments can be tracked on the foundationaleconomy.com website.

2 The method of calculation and recent UK figures for foundational share of employment, compensation and GVA are available from the activity classification section of the foundationaleconomy.com website: https://foundationaleconomy.com/activity-classification/

3 https://happyplace.org.uk/

Strategic Urban Planning and Foundational Economy in Barcelona: Back to Basics

Oriol Estela

The awarding of the 1992 Olympic Games to Barcelona in October 1986 inspired the city's residents with enthusiasm and pride, but it also posed an extraordinary challenge to its rulers and to society as a whole: that of undertaking immense urban transformation in record time – less than five years.

One of the tools used to achieve this was strategic planning, adopted in 1988 and following a model begun by San Francisco (USA) in 1982 that gradually spread to other American and European cities. The key element of this planning was the creation of an association in which public and private organisations participated and that served to forge the consensus required to promote the necessary strategic projects.

In the 30 years that have elapsed since then, five strategic plans have been created: three for the city, followed by two for the Barcelona metropolitan area. The Barcelona metropolitan area is composed of 36 municipalities with a total of 3.2 million inhabitants, half of which live in the city of Barcelona. The central objective of the first plans was to promote the internationalisation of the city, update infrastructure, attract investment and make companies more competitive. The knowledge economy, innovation and attracting talent have been the essential objectives of the second stage. Undoubtedly, the current situation of the city and most indicators and city rankings indicate that these objectives have been met and Barcelona is one of the most successful cities in the world.

However, there is also a less visible story telling us about a city that has suffered significant problems with basic services and utilities in the last decade, such as water and power, that has heavily polluted air and a housing market that does not provide opportunities for access to a growing part of the population. Meanwhile, large companies (many of them multinational) operate as an oligopoly to provide said services and obtain great profit from it. As a result, social and economic inequalities have grown enormously in the metropolitan area, as has urban segregation, with increasingly impoverished peripheral neighbourhoods and a centre colonised by tourism and affected by gentrification.

Against this background, the new Barcelona Metropolitan Strategic Plan, which is currently being prepared, will give a twist to the traditional orientation of the central objectives of previous plans and focus on promoting economic and social progress through innovation and sustainability, and to lower inequality and urban segregation.



Foto: Ismail Gökmen

Oriol Estela

Inspired by the Foundational Economy

"The distinctive, primary role of public policy should […] be to secure the supply of basic services for all citizens"

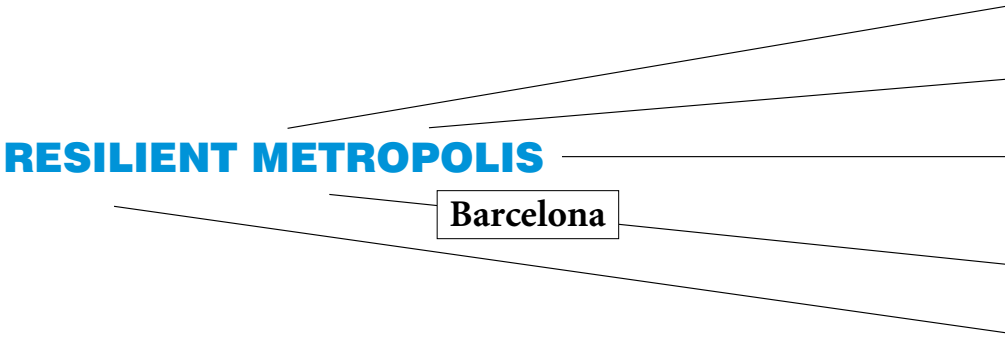
(Foundational Economy 2018: 1)

The current situation in Barcelona shows that economic success as conceived on the global scale, where competition between cities is taken into account to attract investment, talent and visitors, does not necessarily lead to a better quality of life for the inhabitants. That is why the new vision of the Barcelona Metropolitan Strategic Plan implies focusing on residents' basic needs first.

Thus, one of the three fundamental lines of the future strategy for Barcelona is progress towards a more resilient metropolis. What do we mean by resilience in this plan? We mean maintenance and improvement of the ability to meet everyone's vital needs, at all times and everywhere in the metropolis.

Over a long period of time, the scant attention paid to these types of needs, and therefore to the infrastructure and services associated with them, has led Barcelona to pollution levels above the European average, to suffering restrictions on water supply at certain times, to the spreading of energy poverty, food banks, and to a chronic and entrenched shortage of rental housing that should be available to all. This is something that seems to have caught politicians, institutions and a large part of the public unawares, because "[foundational] services and systems are not only mundane. They are usually taken for granted until they fail" (Foundational Economy 2018: 7).

In this regard, we must have specific strategies to ensure clean air, water supply, food quality, sustainable energy and affordable housing. We must also define alternatives in case their availability is jeopardised for any reason or due to any crisis. These strategies should largely



aim to regain control of the management of the infrastructure and services, which have been handed over to large private corporations that have not provided solutions to the related problems and that therefore require the insistence that "[...] all companies which draw revenue from the foundational economy would have to specify what they put back as social benefit into the relevant communities" (Foundational Economy 2018: 3).

Being in harmony with the Foundational Economy does not end with these basic elements for supporting life. The strategic plan gives a prominent place to other foundational aspects, from telecommunications infrastructure and digital connectivity to care services.

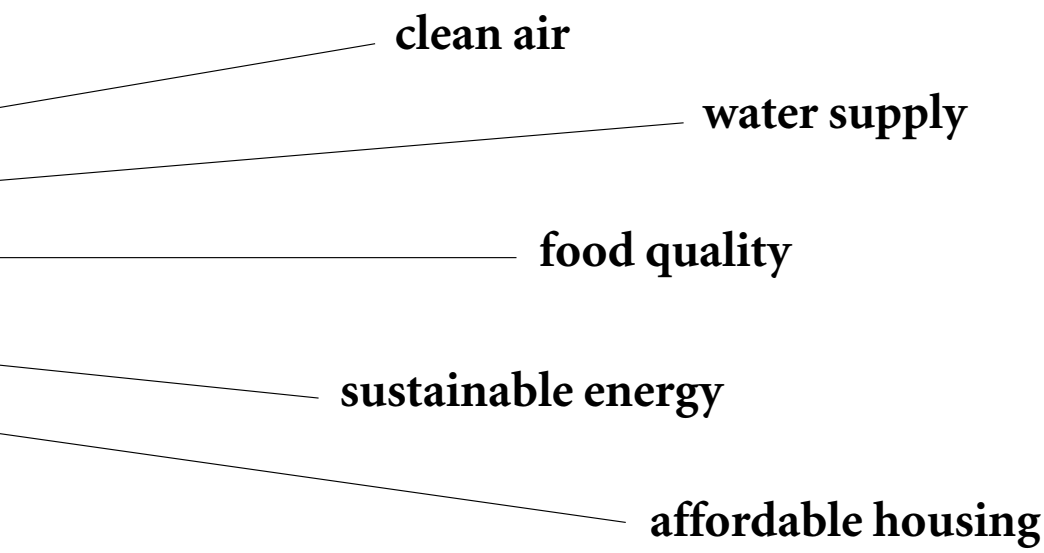
The Foundational Strategy in action

In this regard, the current government of the city is promoting a series of initiatives to regain local sovereignty over these basic services. It is also transforming policies to achieve economic development and improve social cohesion. The main initiatives carried out so far include:

Clean air: limiting the circulation of vehicles manufactured before the year 2000 in the metropolitan area at times when pollution rates are high, together with the "Superblocks" programme that restricts the number of streets for private traffic.

Water supply: progress has been made on a proposal to return water supply to municipal control, which is currently in dispute in the courts – the supplying company is demanding compensation if it loses control of management.

Food quality: Barcelona has recently approved an unprecedented food strategy, and at the metropolitan level a Food Charter (Carta Alimentaria) will be signed shortly. Both



instruments incorporate a set of strategic projects to move towards a new food model that is inspired by the Milan Food Policy Pact.

Sustainable energy: last year was the launch of Barcelona Energia, a public electric power trading company that has managed 45 MW (equivalent to around 200,000 MWh) of green and local energy. The project has gradually extended its scope of action over the entire metropolitan area since February 2018.

Affordable housing: the first public-private operator of affordable rental housing was also created in 2018. It will also work on a metropolitan scale, with 1,500 new residential units expected by 2024. Regulations now require that all private housing developments include 30 per cent affordable rental housing.

These are the main initiatives related to what we would call the Foundational Strategy of Barcelona. However, many more could be included such as projects related to public procurement for social or environmental purposes or to strengthen local communities, pilot basic income or local currency programmes in very low-income neighbourhoods or the new line of work on social and supportive local economies by the economic development agency Barcelona Activa.

In this context, as the main platform for public-private-community collaboration at the metropolitan level, the Barcelona Metropolitan Strategic Plan will be in charge of promoting and monitoring these initiatives throughout the metropolitan area.

Digitale Plattformen im Interesse einer funktionierenden Alltagsökonomie

Astrid Krisch und Leonhard Plank

Von der demokratischen Sharing Economy zum monopolistischen Plattformkapitalismus

Viele Menschen können sich ihren Alltag nicht mehr ohne die Dienste von Internet-Plattformen vorstellen. Den Weg mit Google Maps finden, mit FreundInnen über Facebook kommunizieren, Bücher über Amazon bestellen, oder eine Unterkunft über Airbnb buchen. All das geht dank neuer Technologien und datengestützter Geschäftsmodelle bequem und ist in manchen Fällen – zumindest auf den ersten Blick – kostenlos. Die utopische Hintergrunderzählung zum Aufstieg der „Tech-Titans" aus dem Silicon Valley ist, dass sie die Welt zu einem besseren Ort machen, indem die technologischen Veränderungen die Märkte für alle öffnen und so zur Demokratisierung der Wirtschaft (und nebenbei der Gesellschaft) beitragen. Einem „Reality-Check" hält diese „Story" allerdings immer weniger stand. Im Gegenteil: Die digitalen Märkte sind zunehmend verriegelt und stellen illustrative Beispiele für Monopolisierung dar. Google dominiert unter anderem die Internet-Suche (90 Prozent der Suchanfragen weltweit) sowie die Märkte für mobile Betriebssysteme (86 Prozent) oder Browser (68 Prozent). In Österreich und Deutschland fließt mittlerweile auch fast jeder zweite Euro im Online-Handel über Amazons Website – Tendenz steigend. Darüber hinaus übernimmt Amazon mit seiner Sparte Amazon Web Service einen immer größeren Marktanteil des weltweit boomenden Cloud-Computing-Marktes – zurzeit bereits mehr als ein Drittel.

Zwar gibt es die Tendenz zu Monopolbildungen auch in anderen Branchen, aber im Online-Bereich ist diese besonders ausgeprägt. Es gibt nicht nur Skaleneffekte (mit steigender produzierter Menge sinken die Stückkosten), sondern auch verschiedenste Netzwerkeffekte. Der offensichtlichste, direkte Netzwerkeffekt ist: Das Angebot wird durch steigende NutzerInnenzahlen attraktiver. Ein soziales Medium, das nur wenige tausend Mitglieder hat, kann mit dem weltumspannenden Netz von Facebook nicht konkurrieren. Außerdem gibt es „Lock-in"-Effekte, die von den führenden Plattformen bewusst gefördert werden. Die Plattformen haben für den Alltag vieler Leute und Unternehmen eine so große Bedeutung, dass ein Wechsel kompliziert und mühsam wäre. Deswegen ist es für andere Unternehmen kaum möglich, NutzerInnen von diesen Plattformen wegzulocken. Für den Fall, dass doch einmal neue Konkurrenz auftaucht, haben die größeren Plattformen so große finanzielle Macht, dass sie diese aufkaufen, bevor sie ihnen ernsthaft gefährlich werden können.

Zu diesen ökonomischen Ausschluss-mechanismen kommen noch politisch-



Foto: Ulrike Herbig

Astrid Krisch



Foto: Ismail Gökmen

Leonhard Plank

institutionelle Eintrittsbarrieren hinzu. Dazu zählen insbesondere intellektuelle Eigentumsrechte und Versuche, die Regulierungsbemühungen über unterschiedliche Kanäle im eigenen Interesse zu beeinflussen. So versucht Airbnb im Verbund mit der European Holiday Home Association die Regulierungsbemühungen europäischer Städte über die EU-Ebene auszuhebeln. Subtiler als klassisches politisches Lobbying ist Astroturfing: das Nachahmen einer – vermeintlich unabhängigen – BürgerInneninitiative, die hinter den Kulissen von Unternehmen oder Lobby-Organisationen gesteuert oder finanziert wird. Recherchen der taz zeigten, wie Airbnb diese Strategie durch die Unterstützung von „Homesharing Clubs" in Berlin im Kontext des Zweckentfremdungsverbots anwandte.

Die Plattformen haben nicht nur einen hohen Marktanteil, sie sind in zunehmendem Maß selbst der Markt, den sie nach ihren eigenen Regeln gestalten. Für EinzelhändlerInnen führt zunehmend kein Weg an der Nutzung von Amazon vorbei, wenn sie langfristig überleben wollen. Die Amazon Handelsplattform ist mit Abstand das größte Online-Kaufhaus. Dabei verdient Amazon nicht nur als „Intermediär" bei jedem Kauf, sondern gewinnt mit jeder Suche und jedem Verkauf wertvolle Daten. Mithilfe dieser Daten kann Amazon beispielsweise auch feststellen, was besonders profitable und gefragte Produkte sind, und diese anschließend selbst anbieten. Auch Googles Videoplattform YouTube hat sich von einer Videoschnittstelle für AmateurInnen zu einem kommerziellen Werbemarktplatz entwickelt. Hier kämpfen unzählige YouTube-Stars untereinander um Marktanteile. An diesem Wettbewerb nimmt YouTube nicht teil, es liefert bloß die Infrastruktur. Google gewinnt in jedem Fall. In diesem Sinn kann man Internet-Plattformen mit herkömmlichen Infrastruktureinrichtungen vergleichen – mit Telekommunikationsanbietern, mit Stromleitungen, mit Eisenbahnnetzen.

Doch die Problematik geht über diese ökonomische Dominanz bzw. die Übervorteilung von KundInnen, KonkurrentInnen und ZulieferInnen hinaus. Denn die Plattformen greifen mit ihren aufeinander abgestimmten Angeboten (z. B. Facebook in Verbund mit WhatsApp und Instagram) tief in den privaten und geschäftlichen Alltag ein. Sie kreieren eigene sozio-technische Ökosysteme und agieren als Gatekeeper, die Regeln setzen und kontrollieren. Damit sind sie keine neutralen Vermittler (wie etwa eine Telefongesellschaft), sondern steuern, welche Informationen wir zu Gesicht bekommen und nehmen so Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs – und dies bislang weitgehend ohne öffentliche Kontrolle. Der

Skandal rund um Cambridge Analytica hat nur ein kleines Schlaglicht auf die gesellschaftspolitische Sprengkraft hinter diesen datengestützten Geschäftsmodellen geworfen.

Macht der Internet-Giganten begrenzen ...

Diese zunehmende Dominanz von Internet-Plattformen hat in jüngster Zeit vor allem in Europa für unterschiedliche Regulierungsvorstöße gesorgt. Für Aufsehen sorgte die EU-Kommission mit zwei beträchtlichen Kartellstrafen gegen Google. Auch auf nationalstaatlicher Ebene sind es nicht zuletzt die Wettbewerbsbehörden, die die Internet-Plattformen zunehmend ins Visier nehmen. Das deutsche Kartellamt stellte erst im Februar 2019 eine marktbeherrschende Stellung für Facebook fest. Im selben Monat kündigte die österreichische Bundeswettbewerbsbehörde Ermittlungen gegen Amazon an. Die Vorwürfe lauten unter anderem, dass Amazon unbegründet und plötzlich HändlerInnenkonten sperrt, HändlerInnen zwingt, ihre Einkaufspreise offenzulegen oder Gerichtsstandsklauseln verlangt, die eine Klage erschweren. Diese Fälle sind exemplarisch für die unterschiedlichen Regulierungsüberlegungen im Wettbewerbsrecht, wo neben der Beschränkung von Fusionen auch über neue Kriterien (z. B. Auswirkungen auf Datenkonzentration und Medienvielfalt) sowie eine stärkere Integration der Agenden des Wettbewerbsrechts mit dem KonsumentInnen- und Datenschutz gefordert wird.

Ein zweiter Strang der Debatte betrachtet die Internet-Plattformen als neues Feld der Daseinsvorsorge. In Analogie zur (sektorspezifischen) Regulierung von traditionellen Infrastrukturunternehmen werden unterschiedliche Ansätze diskutiert, um einen diskriminierungsfreien und leistbaren Zugang für alle zu ermöglichen. So wird etwa in Analogie zur Netzneutralität bei Telekommunikationsanbietern eine „Suchneutralität", die nicht zuletzt verdeckte Marketingstrategien unterbinden soll, gefordert. Wie im Bereich der Mobilfunkunternehmen könnten einheitliche Standards und Vorschriften zur Interoperabilität und Datenportierbarkeit, den Wechsel zwischen unterschiedlichen Anbietern erleichtern und damit der Monopolisierung entgegenwirken. Schließlich könnten die dominanten Player ab einer bestimmten Größe verpflichtet werden, einen Teil ihres Datenpools für die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Letzteres wird gerade in Deutschland von der SPD propagiert (Daten-für-alle-Gesetz). In dem Zusammenhang gilt es, auch auf den Datenschutz sorgfältig Bedacht zu nehmen und regulativ sicherzustellen, dass sowohl dem kommerziellen Missbrauch als auch jenem durch Geheimdienste oder autoritäre Regimen vorgebeugt wird.

… um lokal verankerte Alternativen zu ermöglichen

Die Begrenzungen und Einhegungen bisher weitgehend unregulierter Macht der Internet-Plattformen durch Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene ist ein wichtiger Bestandteil, um das Florieren einer lokal orientierten Alltagsökonomie zu unterstützen. Denn es ist schwer vorstellbar, wie die lokale Ebene die Eroberung des Einzelhandels durch Amazon, deren Kollateralschäden in den USA bereits sichtbar werden, regulieren soll. Es gibt aber sehr wohl Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene, um den technologischen Wandel zu gestalten und die Digitalisierungsdividende für möglichst viele Menschen nutzbar zu machen.

In manchen Politikfeldern kann auch die lokale Ebene regulierend eingreifen und bis zu einem gewissen Grad vorschreiben, nach welchen Regeln am lokalen Markt gespielt wird. So nutzen etwa Städte und Gemeinden das Planungsrecht, um gegen ein unkontrolliertes para-touristisches Wachstum vorzugehen. Die Novellierung der Wiener Bauordnung steht stellvertretend für diesen Ansatz, der das Primat der Politik unterstreicht – im Gegensatz zu der Selbstentmachtung, die in Toronto im Zusammenhang mit Googles „Sidewalk Lab" beobachtet werden konnte.

Jenseits von Regulierungen des Marktes können auch gemeinwohlorientierte Alternativen unterstützt werden. Um beim Beispiel Airbnb zu bleiben: Was wäre, wenn die Gewinne der Plattform nicht vorrangig an die EigentümerInnen von Airbnb fließen, sondern den UnterkunftgeberInnen sowie den betroffenen Vierteln zugutekommen? Und wenn wichtige Entscheidungen nicht zentral im Silicon Valley stattfinden, sondern dezentral und in Kooperation mit den lokalen Verwaltungen getroffen werden? Genau dieses Alternativmodell wird in diesem Jahr in fünf europäischen Städten (Amsterdam, Venedig, Bologna, Valencia, Barcelona) in Pilotform unter dem Titel fairbnb.coop getestet. Es steht stellvertretend für die Renaissance der Genossenschaftsidee im digitalen Zeitalter, bei der unter dem Schlagwort „Plattform Cooperativism" lokal verankerte Alternativen zu Airbnb, Uber, Helpling & Co entstehen. Deren Geschäftsmodelle und Governance-Strukturen zielen darauf ab, lokale Wertschöpfung – statt globaler Wertabschöpfung – zu fördern und die Steuerung durch die transparente Einbindung von Stakeholdern breit und lokal zu verankern. „Sharing is the new owning" lautet einer der provokanten Slogans in diesem Zusammenhang. Kommunale wirtschaftspolitische Instrumente, insbesondere Förder- und öffentliche Beschaffungsregime, können einen weiteren Beitrag leisten, um lokale kollaborative Ökosysteme zu fördern. In diesem Zusammenhang sind nicht nur die bereits angesprochenen Genossenschaften, sondern generell kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) potenzielle Träger einer lokal verankerten Plattformwirtschaft. Letztere zeichnet sich durch multiple Zielsetzungen aus, wie jüngst in einer gemeinsamen Erklärung von 31 Städten (darunter Wien) festgehalten. Zu diesen Grundsätzen zählen unter anderem gute und inklusive Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, den Umweltverbrauch durch verstärkte Kreislaufwirtschaft und Emmissionsreduktion zu senken sowie die Datensouveränität der BürgerInnen zu wahren.

Schließlich können auch öffentliche Unternehmen zur Weiterentwicklung von digitalen Plattformen im Zusammenhang mit ihren traditionellen Kernaufgaben beitragen. Gerade im Bereich der städtischen Transportsysteme zeichnen sich technologische Veränderungen (z. B. Elektromobilität, autonomes Fahren) ab, die Ansatzpunkte für eine vorausschauende gemeinwohlorientierte Gestaltung z. B. durch Stadtwerke bieten. Nicht zuletzt die Arbeiten von Mariana Mazzucato (2014) haben in Erinnerung gerufen, dass der öffentliche Sektor in vielen Bereichen innovativ und unternehmerisch erfolgreich ist. Jenseits von seiner Rolle als Regelsetzer in Märkten, schafft er auch neue Märkte. Eine kommunale Politik im Interesse der Alltagsökonomie hat also einige Handlungsfelder, in denen sie eine „smarte Stadt für alle" vorantreiben kann.

Public-Civil-Partnerships for a Better City

Dirk Holemans

Imagine: an urban politician wants to require that some streets become car-free during summer. Even if the reasons are good – better air quality, kids get room to play – the result is quite predictable. The residents of the streets would revolt, for different reasons. Some would feel ignored as citizen, others would stand on their right to drive their car to their door, etc. The result: the politician has to withdraw the proposal, disappointed by these negative reactions. Thus the gap between politics and people widens.

But what happens if an independent network of collaborating citizens, businesses and organisations, supported by the city government develops a positive narrative for a "living" street as the sustainable place that the inhabitants have always dreamed of? This allows for the possibility that if people are interested and want to test it in their street, they must convince their neighbours to adopt this potentially great idea. We know that this worked in the city of Ghent. Since 2013, several streets have been transformed for the summer into car-free 'places' for the community with picnic benches, playgrounds for children, etc.

"Living Streets" were neither a top-down project, nor a bottom-up citizens' initiative. It is a form of co-creation between residents, the city and organizations. Residents join forces, get to know each other better and go to work on challenges in their streets to create more meeting spaces, eliminate the isolation of older residents and unsafe street layouts, etc. For the city government, "Living Streets" are a testing ground for parking solutions, street furnishings, and allow for new forms of resident participation. The civil servants also roll up their sleeves. They seek solutions, help mediate conflicts, make their expertise available, and translate experiences into new policies.

"Living Streets" are just one example of how Ghent, just as other cities such as Bologna and Barcelona, are changing the traditional top-down politics of our modern society. In the latter, the providing of services, introduction of innovations, and managmement of resources tend to be presented as a stark choice between state organisations or market mechanisms. This binary division ignores a crucial third possibility – initiatives by autonomous citizens – and underestimates the many possibilities of citizens and (local) authorities working together.

"Living Streets" in Ghent illustrate a broader societal challenge. If, for instance, we look at opinions about how we should organize housing, they tend to lie on a line connecting two opposing views. On the left end, there is the view that the government is the best option for organising it in a fair way. On the other side, it is argued that only the market can allocate housing in an optimal manner. What matters here is that this discussion, as well as that of other social issues is trapped in a binary framework. It is as if the citizen – the sovereign in a democracy – may only watch from the side-lines and is incapable of proposing solutions to societal needs. On the question of housing for elderly people, for example, argument for citizens' initiatives such as the Abbeyfield Houses are rarely heard in the mainstream debate. This initiative was launched in 1956 in Britain in response to a growing social problem: an increasing number of elderly people in the poor neighbourhoods of London were no longer able to live independently in a dignified



Foto: Ismail Gökmen

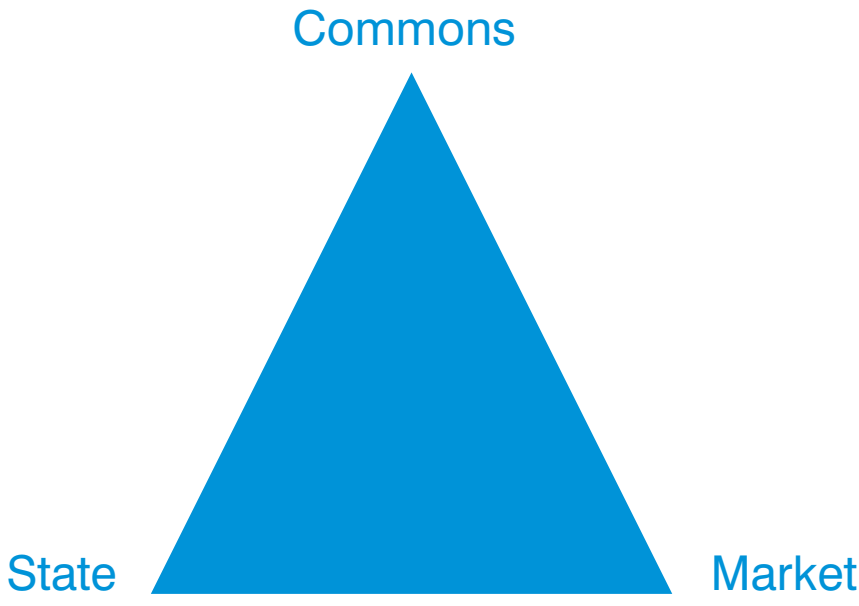
Dirk Holemans

manner. Today, the British Abbeyfield Society manages 700 homes with 7,000 seniors, aided by 10,000 volunteers. Abbeyfield is a concept of collective living and a volunteer movement that has already taken root in many countries.

This is not to imply that citizens' initiatives are a panacea, but they can be an important part of the future if we are willing to widen our gaze. These examples clearly demonstrate that we have three basic options in addressing challenges and organising society. This broadened view of society can be visualised as a triangle (see below).

The binary spectrum discussed above is actually only the line at the base of the triangle. Once one conceptualises the three corner points, with autonomy as the vertical dimension, it becomes immediately clear that when the search for solutions is restricted to corners of the market and the state, it also restricts citizens' involvement. The horizontal baseline is typical of modern industrial society; transitioning from this line up to the top of the triangle is a feature of the current post-industrial society, which by adopting a perspective of autonomy promotes alternative forms of participation in social life such as citizens collectives (i.e. commons).

The importance of the autonomous sphere cannot be underestimated as a source of social innovation, many solutions to societal challenges did not originate with government or business, but came from creative citizens. The aforementioned Abbeyfield Housing is a good example, as are social innovations such as car sharing, organic farming initiatives, and food teams. And who built the first windmills to produce electricity? It was citizens developing a positive alternative to nuclear plants in countries like Denmark and Ireland. The triangle shows the importance of a larger independent social sphere, where



people can deploy their capabilities without the interference of market or state.

From public-private to public-civil partnerships

Most citizens' initiatives rely in one way or another on cooperation with the state. Just as successful projects of local authorities need the participation of citizens. This is not a problem: it is the future! The neoliberal regime of the last thirty years dictated that the best approach organising anything in society must be based on markets and competition. This led to a wide array of public-private partnerships, which, most of the time, lead to government losing its grip on policy and citizens paying too much tax for the services delivered. Again, the triangle clearly shows the alternative, future way to develop: public-civil partnership. With more and more citizens taking initiatives of their own, the challenge for governments is to turn themselves into a partner state, as is already happening in Bologna and Ghent. There, politicians do not see their political constituency as a base that is to be managed from above, but as a community of citizens with a lot of experience and creativity. Leaving top-down politics behind, they developed forms of co-creation and co-production.

"Living Streets" are an example that shows how public-civil partnerships, an underestimated area of the triangle of societal possibilities can be explored in a positive way. Stimulating and sustaining the commons requires an active state, which develops new institutions that allow citizens to engage in transition projects.

A Commons Transition Plan

Witnessing the proliferation of citizen initiatives, Ghent invited the international commons-expert Michel Bauwens to devise a *Commons Transition Plan for Ghent.*[1] The strength of this report is that it not only formulates concrete innovative proposals based on the concept of the partner state, which builds on horizontal co-production projects and public-civil partnerships. At the same time it also poses the question whether cities can be actors in social, economic, and institutional change at a time when nation-states are no longer capable of regulating the transnational economy. Can networks of cities be part of a new transnational governance model?

The Transition Plan starts with a critical analysis: Ghent does not give the same level of institutional support to the commons as it does to mainstream start-ups. If this does not change, the commons could remain marginal as an economic player. This brings us to the crucial part of the Bauwens's report — coherent proposals for new institutions that allow the consolidation of the new wave of commons. There are three clusters of proposals:

The first is a clear structure that installs a supportive relationship between the city government and people running and participating in commons initiatives. Bauwens proposes the creation of a City Lab that helps people develop their proposals and prepares Commons Agreements between the city and the new initiatives, modeled after the existing Bologna Regulation on Commons.

Second, the commons should play a key role in the transition towards a resilient city. Fortunately, Ghent already has a transition food strategy — Gent en Garde — which embodies the core institutional logic needed. Central here is the *Food Council,* which meets regularly and brings together relevant experts. It includes representatives of the current forces at play and has the strengths and weaknesses of representative organizations. The latter have power and influence but will probably defend the existing food system. The *Food Working Group* is one of the members. It mobilizes those active in commons initiatives and works

along a contributive logic. This means people are not looking to extract value (make private profit), but intend to generate social value. The combination of a representative and contributive logic can create a more performant democracy. This, however, requires that the people participating in the commons have a greater voice in the city. This is possible through the establishment of two new institutions: the *Assembly of the Commons,* for all citizens active in commons' initiatives, and the *Chamber of the Commons,* for all social entrepreneurs creating livelihoods based on the commons.

Last not but least, the proposal calls for the same support to people who want to engage in the commons as mainstream profit-driven start-ups receive. In Ghent (and in still other cities), this entails at least three things: the creation of an incubator for a commons-based economy, the establishment of a public city bank, and the development of mutualised commons infrastructures through inter-city cooperation. So as citizens in Amsterdam are developing *Fairbnb,* a social cooperative as alternative to Airbnb, this digital platform could be used in cities all over the world.

Next in its focus on the role of citizens' collectives, Ghent introduced a whole array of innovations to improve the democratic participation of its citizens, such as the Citizens' Budget. In December 2016, the City of Ghent called upon every resident of Ghent to submit proposals to help tackle challenges in their city, neighbourhood and/or district. An art studio for children? More greenery in the streets? Support for newcomers? A project to bring associations and businesses together? Anything was possible. The city set aside 1.35 million euros and every resident could make proposals. From the start, the 'Citizens' Budget' was an ambitious step in the city council's extensive tradition of participation and 'having your say': by ceding the decision-making power over a part of the government budget, Ghent explored different kinds of relationships between individual and public interests, between citizens and policy, and between diverse domains and sectors. In total, 261 proposals were submitted to www.burgerbudget.gent in a short period of time. There was a vote on 105 projects, and 17 initiatives are now being implemented.

A long but exciting road to go

Ghent shows that we are witnessing a whole new form of politics, where top down policies are gradually replaced by the perspective of the partner state. The city has grasped the potential of the energy of more and more citizens wanting to get their future back in their hands, while at the same time acknowledging the importance of politicians having the courage to set bold social and ecological goals. This initiative depends on creative civil servants that have the autonomy to leave their desks and become a kind of civil entrepreneurs. The potential of public-civil partnerships is clear, the challenge for every city is to develop its own, model and institutions to make it happen.

1 https://www.greeneuropeanjournal.eu/the-city-taking-the-commons-to-heart/



Foto: Iris Frey



Foto: Iris Frey



Foto: Iris Frey



Foto: Verena Kamtner



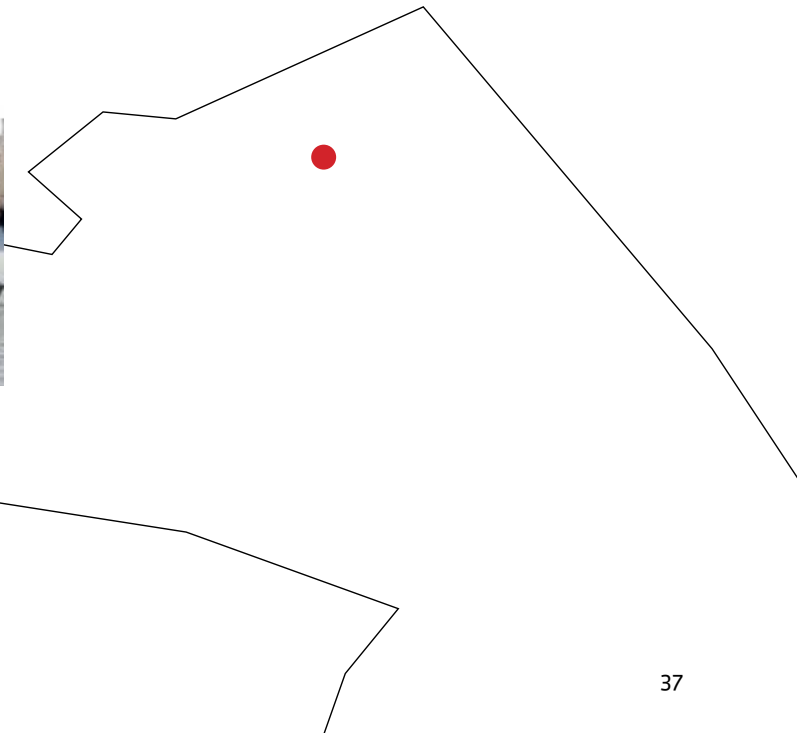
Foto: Verena Kamtner



Alltagsökonomie in Wien. Ein Pilotprojekt in Währing und Favoriten



Foto: Verena Kamtner



Teil 2

Alltagsökonomie in Wien. Ein Pilotprojekt in Währing und Favoriten

Iris Frey, Verena Kamtner, Sigrid Kroismayr, Andreas Novy, Leonhard Plank

WÄHRING

1. Einleitung

Die vorliegende Studie untersucht die **räumlichen und stadtökonomischen Auswirkungen derjenigen wirtschaftlichen Aktivitäten, die Menschen tagtäglich benötigen.** In der Stadt- und Regionalforschung werden diese für das Alltagsleben grundlegenden Wirtschaftssektoren seit einigen Jahren als **Foundational Economy,** als **Ökonomie des Alltäglichen oder Alltagsökonomie** bezeichnet (Bowman et al. 2014, Engelen et al. 2017, Foundational Collective 2018). Energie-, Wasser- und Mobilitätsinfrastruktur sind fundamental und grundlegend *(foundational)* für das Funktionieren von Städten. Ebenso sind Wohnen und bestimmte Dienstleistungen wie Einzelhandel, Bildung, Gesundheit und Pflege grundlegende Wirtschaftsbereiche. Die damit verbundenen tagtäglichen Routinen wie Einkaufen oder Leitungswasser trinken finden aber in der stadtökonomischen und stadtplanerischen Diskussion nicht immer jene Beachtung, die ihnen gebühren würde. Zudem vernachlässigte die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte diese Wirtschaftsbereiche und setzte stattdessen vor allem auf Hightech und Exportorientierung. Die Global City – der Erfolg von Finanz und Kreativen im Städtewettbewerb – galt als bestimmend für Wohl und Wehe von Städten. In den letzten Jahren ist jedoch wieder ein ausgewogeneres Bild entstanden, was die Fähigkeit zu globaler Vernetzung leisten kann – und was nicht (Sassen 2016, Florida 2017, Oinas et al. 2018).

In der vorliegenden Pilotstudie wurden die Potenziale der Alltagsökonomie in zwei Wiener Gebieten genauer untersucht: dem Johann-Nepomuk-Vogl-Platz im Bezirk Währing und der unteren Fußgängerzone in der Favoritenstraße zwischen Hauptbahnhof und Keplerplatz im Bezirk Favoriten. Die Forschung in Währing bestand aus einer **sozioökonomischen Raumanalyse,** in der basierend auf den Erhebungen von Iris Frey die Rolle der am Platz involvierten Institutionen und AkteurInnen erfasst wurde. Weiters wurde unter der Koordination von Sigrid Kroismayr und mithilfe der Bachelorstudierenden Zsolt Dobos, Iva Ljubic und Clara Marinovic eine **BewohnerInnenbefragung** vorgenommen. Erhoben wurde, wie AnrainerInnen, Gewerbetreibende, PassantInnen und KonsumentInnen den Stadtteil nutzen, wie sie ihre Nahversorgung organisieren und welche Verbesserungen

sie erhoffen, damit der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz zu einem lebendigen Stadtteilzentrum wird. Das Gebiet in Favoriten wurde ebenfalls einer sozioökonomischen Raumanalyse unterzogen, die Verena Kamtner erstellt hat.

2. Ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt

Sozioökonomie besteht in der **integrierten Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft** (Hedtke 2015). Wirtschaft ist in Gesellschaft und Natur eingebettet und kein eigenständiges System nach dem Motto: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut." **Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern dient der Sicherung und Organisierung der Lebensgrundlagen** (Polanyi 1979). Damit ist Wirtschaften mehr als bloß Geldwirtschaft; sie umfasst auch die Hauswirtschaft, die Sorgearbeit für junge, alte und kranke Menschen und die Freiwilligenarbeit. Zufriedenheit kann steigen, ohne dass das Einkommen steigt. Wenn es Sport- und Erholungsmöglichkeiten vor der Haustür gibt, braucht es keine Klubmitgliedschaften oder Kurzurlaube. Wenn es ausreichend kühlenden Grünraum gibt, kann bei Hitzewellen auch manchmal auf die „Flucht aus der Stadt" verzichtet werden. Unterschiedlich ausgestattete Infrastrukturen führen zu mehr oder weniger Lebensqualität, sind mehr oder weniger ressourcen- und emissionsintensiv. Gleichzeitig sind wirtschaftliche Prosperität und das Angebot an lokal verankerten Arbeitsplätzen stark vom räumlichen Umfeld abhängig. Der Geschäftserfolg hängt von vielen Faktoren ab, die UnternehmerInnen allein nicht beeinflussen können: Ist ein Schanigarten möglich? Wie ist das Geschäft erreichbar? Wo siedeln sich welche Geschäfte an? Konkurrieren diese? Ist der umliegende öffentliche Raum förderlich bei der Bildung von Zentren, kleinen „Ballungsräumen", wo gerne konsumiert wird? Die Form und Qualität städtischer Infrastruktur leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Daher ist diese auch in Hinblick auf ihre sozioökonomischen Konsequenzen zu planen.

Aus diesem Grund braucht es in der Stadtforschung grundsätzlich eine **integrierte Analyse von Wirtschaft, Gesellschaft und Raum.** Unter **Alltagsökonomie** ***(foundational economy*** oder auch Ökonomie des Alltags)

werden all die Wirtschaftsbereiche verstanden, die jeder Mensch im Alltag braucht. Das *Foundational Economy Collective* (2018: 6) unterscheidet vier Bereiche: Hauswirtschaft *(core economy of family),* lebensnotwendige Güter der Alltagsökonomie *(the foundational economy of material and providential essentials),* die übersehene Wirtschaft *(overlooked economy)* sowie die Ökonomie international handelbarer bzw. gehandelter Güter *(tradeable economy).* Die Alltagsökonomie ist auf Langfristigkeit und geringe Gewinnmöglichkeiten ausgerichtet. Sie ist eine sorgende Ökonomie. Wettbewerb und Gewinn sind nicht ausgeschlossen, haben aber keinen zentralen Stellenwert. Da externe Effekte in vielfältigen Formen auftreten, insbesondere durch räumliche Nähe, gegenseitiges Vertrauen und Kooperation, ist die einzelwirtschaftliche Perspektive zu erweitern. Die **Governance der Alltagsökonomie,** das Institutionengefüge, in das wirtschaftliche Handeln eingefügt ist, ist von entscheidender Bedeutung für eine florierende Alltagsökonomie (Cooke und Morgan 1998). Neben Geschäftstreibenden sind daher BewohnerInnen, öffentliche Einrichtungen und lokale Vereine wichtige Stakeholder erfolgreicher Stadtteilentwicklung.

Zutreffend kann man in der deutschen Sprache Alltagsökonomie auch grob als Nahversorgung plus Daseinsvorsorge definieren. **Nahversorgung** umfasst Einzelhandelsangebote, vor allem Lebensmittelläden und Märkte in der Nachbarschaft, umfasst aber auch den Zugang zu anderen Diensten, die man regelmäßig braucht, z. B. Post und Banken. **Daseinsvorsorge** umfasst Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Abfallbeseitigung, öffentlichen Nahverkehr, Telekommunikation oder Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung (ÄrztInnen,, Krankenhäuser), zur Pflege und zur Bildung (Kindergärten, Schulen). Alle diese Bereiche werden vor Ort nachgefragt; doch das Angebot hat sich zuerst durch die Automobilisierung (Stichwort Einkaufszentren) und zuletzt durch die Digitalisierung (Stichwort Online-Handel) vermehrt aus der Nachbarschaft wegverlagert.

Dieser Rückgang vielfältiger kommerzieller Aktivitäten aus der unmittelbaren Umgebung hat Auswirkungen auf nicht-kommerzielle Tätigkeiten (Freizeit, Kommunikationsmöglichkeiten, Kinderspielplätze). Kommerzielle und nicht-kommerzielle Aktivitäten müssen stets als verwoben wahrgenommen werden. Es entsteht durch den Rückgang kommerzieller Angebote zwar tendenziell mehr verfügbarer Raum, gleichzeitig gehen Routinen verloren, den öffentlichen Raum tagtäglich zu nutzen und mit Menschen aus der Nachbarschaft in Kontakt zu kommen. Wie und ob neue Formen des Austauschs und Zusammenkommens entstehen, wird auch an Experimenten mit kommerziellen und nicht-kommerziellen Aktivitäten und Ideen für Mehrfachnutzungen liegen. Die Alltagsökonomie wirft einen umfassenden Blick auf wirtschaftliche Aktivitäten, indem sie gesamtgesellschaftliche und ökologische Auswirkungen einbezieht und dadurch einen Beitrag für die Verbesserung der Lebenssituation der BewohnerInnen leistet.

Alltagsökonomische Untersuchungen sind auch an die Stadtplanung anschlussfähig, da sie ausdrücklich eine raumwirtschaftliche

Perspektive einnehmen. Alltagsökonomie fokussiert auf die Ökonomie „vor Ort", jedoch eingebettet in eine **Mehr-Ebenen-Analyse.** Lokale Ökonomie wird als vernetzt verstanden. Statt „bottom-up"-Ansätzen, die drohen, im Lokalen gefangen zu bleiben, ermöglicht Alltagsökonomie einen **„bottom-linked"-Ansatz,** indem lokale Wirtschaftstätigkeiten als von unten vernetzte Initiativen verstanden werden. Es geht somit um **Handlungsspielräume „von unten",** die bei passenden Rahmenbedingungen Raum für „place-based development" (Barca 2009), soziale Innovationen (Moulaert et al. 2017) und Governance-Experimente (Sabel und Zeitlin 2012) eröffnen können. Handlungsspielräume „von unten" werden ausgelotet, indem lokale Dynamiken durch Governance-Strukturen und Institutionen mit anderen räumlichen Ebenen verbunden werden. Doch bleiben erweiterten Handlungsspielräumen „von unten" enge Grenzen gesetzt, wenn sich auf globaler Ebene Oligopol- und Monopolstrukturen herausbilden. Dies gilt insbesondere für die für den Einzelhandel bedeutsamen Online-Plattformen, die Renten abschöpfen und damit die Finanz- und Kaufkraft lokaler Ökonomien schmälern (siehe dazu auch den Beitrag von Krisch/Plank im ersten Teil des Werkstattberichts). Internet-Plattformen wie Amazon, Uber und Airbnb sind in vielerlei Hinsicht vergleichbar mit klassischen öffentlichen Infrastrukturen, die natürlichen Monopolen mit starken Netzwerkeffekten ähneln, die die NutzerInnen zunehmend in ihre Plattformen einschließen (lock-ins) (Krisch und Plank 2018). Sie erzielen Gewinne, die der Lokalökonomie sowie der öffentlichen Hand entzogen werden, indem sie über Steueroasen privat angeeignet werden (Mazzucato 2018).

Die Governance der Alltagsökonomie lässt sich empirisch mit einer sozioökonomischen Raumanalyse untersuchen. Mittels Raumanalyse ist es möglich, wirtschaftliche und soziokulturelle Dynamiken im Raum sowie wichtige AkteurInnen auf verschiedenen Ebenen zu erfassen. Sie lehnt sich damit an die Methode der Funktions- und Sozialraumanalyse an, die Anforderungen, Nutzungen und Funktionen von öffentlichen Räumen erhebt und sich auf eine Mischung von qualitativen und quantitativen Methoden stützt (Damyanovic und Zimmermann 2012). Für die vorliegende sozioökonomische Raumanalyse in den beiden Untersuchungsgebieten werden zunächst historische wie aktuelle Entwicklungen skizziert, um die Rahmenbedingungen für die Ökonomie des Alltags zu kontextualisieren. Danach folgt eine Beschreibung der räumlichen Nutzungsmuster (vgl. Licka et al. 2017). Diese Analyse wird ergänzt durch ein **Institutional Mapping** (Aligica 2006, McFadden et al. 2010), das die wichtigsten AkteurInnen und Institutionen vor Ort benennt und ihre Bedeutung für das Gebiet sichtbar macht. Es handelt sich hier um eine Netzwerkanalyse, durch die Potenziale zur Stärkung der Alltagsökonomie identifiziert werden.

3. Der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz

Historische Entwicklung

Der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz befindet sich im 18. Wiener Gemeindebezirk. Auf engstem Raum entstand in der Gründerzeit vor dem Ersten Weltkrieg außerhalb des Gürtels neuer Wohnraum. Von der dichten Blockbebauung des Kreuzgassenviertels wurden trotz Wohnungsnot und Spekulation mit teurem Baugrund Markthallen und Marktplätze ausgenommen. Sie waren ausdrücklich der Förderung der Nahversorgung gewidmet (Weishmann 1985: 13). Im Kreuzgassenviertel wurde 1893 der Johann-Nepomuk-Vogl-Markt gegründet. Schon 1923 wurde der Platz im Währinger Heimatbuch (zit. nach Weis 2012: 8) allerdings als „abschreckendes Beispiel" genannt, da er nicht in einer Weise gestaltet wurde, um „als Ruhepunkt im Straßenleben zu dienen, zum Verweilen einzuladen".

Die Frage, wie der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz zeitgemäß gestaltet werden könnte, ist bis in die Gegenwart Gegenstand intensiver Diskussionen geblieben. Im Jahr 1998 gab es erste Überlegungen zur Umgestaltung des Platzes, die von der Gebietsbetreuung Hernals/Währing initiiert wurden. Als problematisch wurden insbesondere der nicht nutzbare Freiraum, die zum Teil desolaten Marktstände, die Form der Müllentsorgung und fehlende KundInnenfrequenz angesehen. Die Gebietsbetreuung entwickelte drei Varianten zur Umgestaltung. Auch ein Arbeitskreis in der Währinger Bezirksentwicklungskommission wurde eingerichtet.

Ab 2001 wurde der Bau einer Tiefgarage diskutiert. Gegen diese Pläne setzten sich die AnwohnerInnen jedoch erfolgreich zur Wehr. Zusammen mit den StandlerInnen sammelten sie Unterschriften und setzten ihre Forderungen für den Erhalt des Marktes, der Grünflächen und des alten Baumbestands in einer Bezirksentwicklungskommissionssitzung 2002 durch. 2006 rief Währings Bezirksvorsteher Karl Homole dazu auf, Ideen zur Neugestaltung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes einzubringen. Die daraufhin erfolgte Umgestaltung bestand in der Errichtung eines Spielplatzes, der Schaffung einer Aufenthaltsfläche mit Trinkbrunnen und der Verlegung der Toiletten in die Platzmitte. Einige Jahre später wurde zudem ein Tischtennistisch aufgestellt.

Im Herbst 2016 startete unter der neuen Bezirksvorsteherin ein von der Gebietsbetreuung Stadterneuerung, Stadtteilbüro für die Bezirke 9, 17 und 18 organisiertes BürgerInnenbeteiligungsprojekt, das KIOSK. Vier Wochen lang war ein leerer Marktstand an bestimmten Tagen geöffnet, in dem ExpertInnen eingeladen wurden und AnrainerInnen Vorschläge für die Veränderung des Platzes einbringen konnten. Diese Vorschläge wurden im Rahmen einer BewohnerInnenbefragung nochmals einer Beurteilung unterzogen (vgl. Kapitel 4) und werden die Grundlage für die Planungen zur Umgestaltung in den kommenden Jahren bilden.

Raumanalyse

Der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz ist der zentrale Platz im Kreuz- und Schumanngassenviertel, das sich von der Schopenhauerstraße bis zur Leopold-Ernst-Gasse und von der Rosensteingasse bis zum Währinger Gürtel erstreckt. Dieses Gebiet wird oft als zusammengehörige Einheit gesehen, obwohl es Teile des 17. und des 18. Bezirks umschließt (Abbildung 1). Es gibt viel Austausch der örtlichen Bevölkerung über die Bezirksgrenzen hinweg, indem zum Beispiel die BewohnerInnen des 17. Bezirks die Parks im 18. Bezirk nutzen und auch ihre Kinder dort zur Schule gehen.

Abb. 1: Das Kreuz- und Schumanngassenviertel



Quelle: OpenStreetMap, Bearbeitung Iris Frey

Abbildung 2 zeigt die Raumqualitäten und die Ausstattung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes.[1] Zentrales Element der Ausstattung sind die neun Marktstände, die entlang der Teschnergasse, Kreuzgasse und Leitermayergasse aufgereiht sind. In der Mitte befindet sich die WC-Anlage. Rechts davon steht ein Trinkbrunnen, der von Sitzgelegenheiten (Bänken) umgeben ist. Dahinter liegt ein Kleinkinderspielplatz. Links neben der WC-Anlage befindet sich der Tischtennistisch, dahinter liegt der Müllplatz. Am gesamten Platz befinden sich Bäume.

Bei der Teschnergasse und der Kreuzgasse handelt es sich um lärmbelastete Areale, da hier abhängig von der Tageszeit viele Autos fahren, während das Gebiet um den Kinderspielplatz als ruhige Zone ausgewiesen ist, wenngleich auch von dort der Autolärm

Abb. 2: Raumanalysen und Ausstattung am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz



Quelle: www.wien.gv.at/stadtplan, Bearbeitung Udo Häberlin, MA 18

1 Die hierfür verwendeten Piktogramme wurden von der Universität für Bodenkultur im Auftrag der MA 18 entworfen (Licka et al. 2017).

zu hören ist. In der Mitte um den Trinkbrunnen ist die Atmosphäre lebendig. Hier können unterschiedliche Aktivitäten stattfinden. Die dort stehenden Bänke bieten jedenfalls die Möglichkeit zum Verweilen, zum Beobachten, Entspannen oder Unterhalten. Im Bereich links von der Toilette befinden sich der Tischtennistisch und der Müllplatz. Dieser Teil wurde baulich abwechslungsreich gestaltet und daher als „Heterogene Edge-Zone" klassifiziert. Der Bereich vor dem Marktstand „Kaufmannsladen" zur Teschnergasse hin wurde als „Urbane Bühne" ausgewiesen, der Bereich Ecke Kreuzgasse/Leitermayergasse auf der anderen Seite des Platzes, wo sich das Lokal Nest und das Kreuzgassen Stüberl befinden, als belebter Ort eingestuft. Für beide Bereiche gilt, dass sie offen sind, einsehbar und der Aufmerksamkeit ausgesetzt.

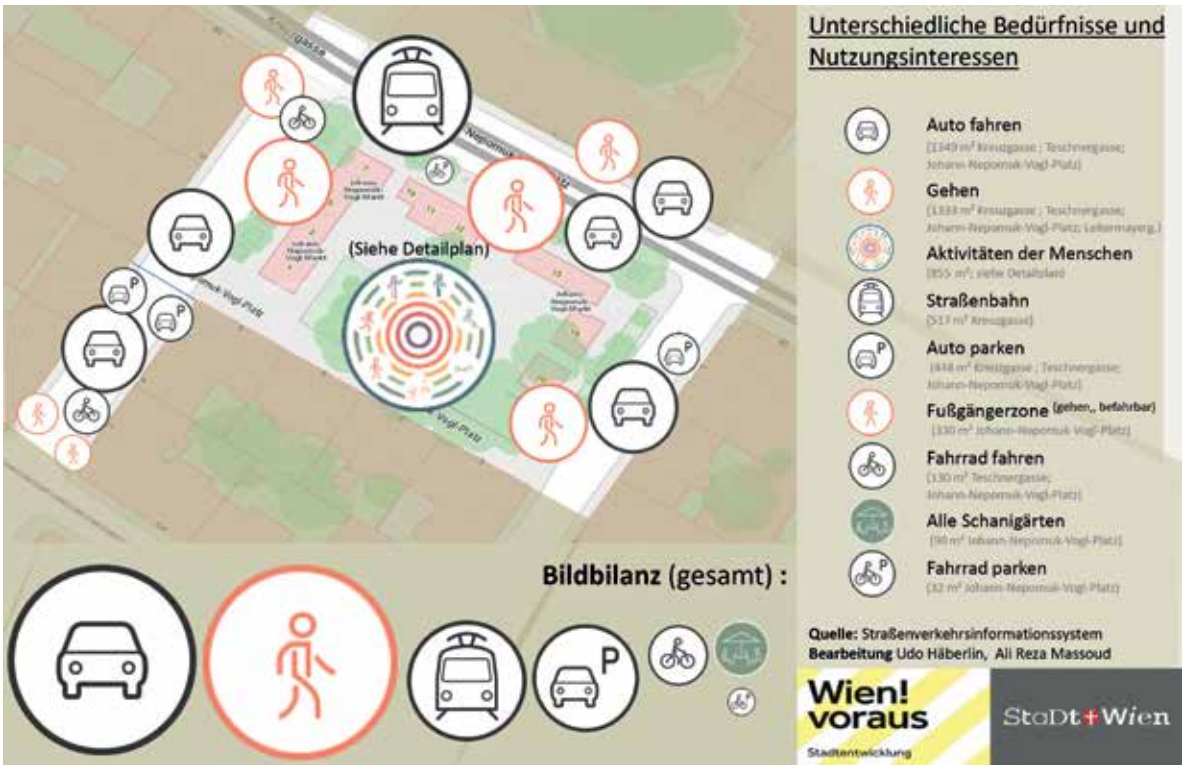
Abb. 3: Blick vom Trinkbrunnen auf den Kinderspielplatz



Foto: Iris Frey

Abbildung 4 zeigt die Flächenverhältnisse der Verkehrsnutzung am Platz und in den angrenzenden Straßen. Untersucht wurden die am Platz angrenzenden Teile der Kreuz- und Leitermayergasse sowie der Teschnergasse bis zur Kreuzung Antonigasse. Die Gehwege für FußgängerInnen sowie die Fahrbahnen für Autos halten sich flächenmäßig im Gleichgewicht und liegen bei circa 1.340 m². Nimmt man den Flächenverbrauch der Autos aufgrund von Parkplätzen hinzu, verschiebt sich die Nutzungsfläche zugunsten des Autos deutlich und steigt um fast ein Drittel (450 m²) an. Die Straßenbahn beansprucht eine Fläche von ungefähr 520 m². Marginal fällt dagegen der Flächenverbrauch für das Fahrradfahren aus.

Abb. 4: Visualisierung von Mobilitätsformen am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz



Aktivitäten-Icons der BOKU im Auftrag der MA 18; Quelle: www.wien.gv.at/stadtplan/, Bearbeitung Udo Häberlin, MA 18

Abbildung 5 zeigt die Aktivitäten, die derzeit am Platz stattfinden. Das Zentrum bildet der farbige Kreis, der eine Mehrfachnutzung der Freiflächen des Platzes andeutet. Die Marktstände belegen ungefähr 420 m² und verbrauchen damit weniger Platz als die parkenden Autos. Weiters gibt es zahlreiche Sitzmöglichkeiten am Platz, wie zum Beispiel in den Schanigärten der MarktstandlerInnen (90 m²), um den Trinkbrunnen herum (100 m²) sowie am Kinderspielplatz (64 m²). Dies bedeutet, dass der Anteil der konsumfreien Sitzzonen größer ist als derjenige mit Konsumpflicht. Der Kinderspielplatz ist mit einer Sandkiste, einer Rutsche und noch ein paar kleineren Geräten ausgestattet. Weiters gibt es für Jugendliche und Erwachsene die Möglichkeit, am Platz Tischtennis zu spielen.

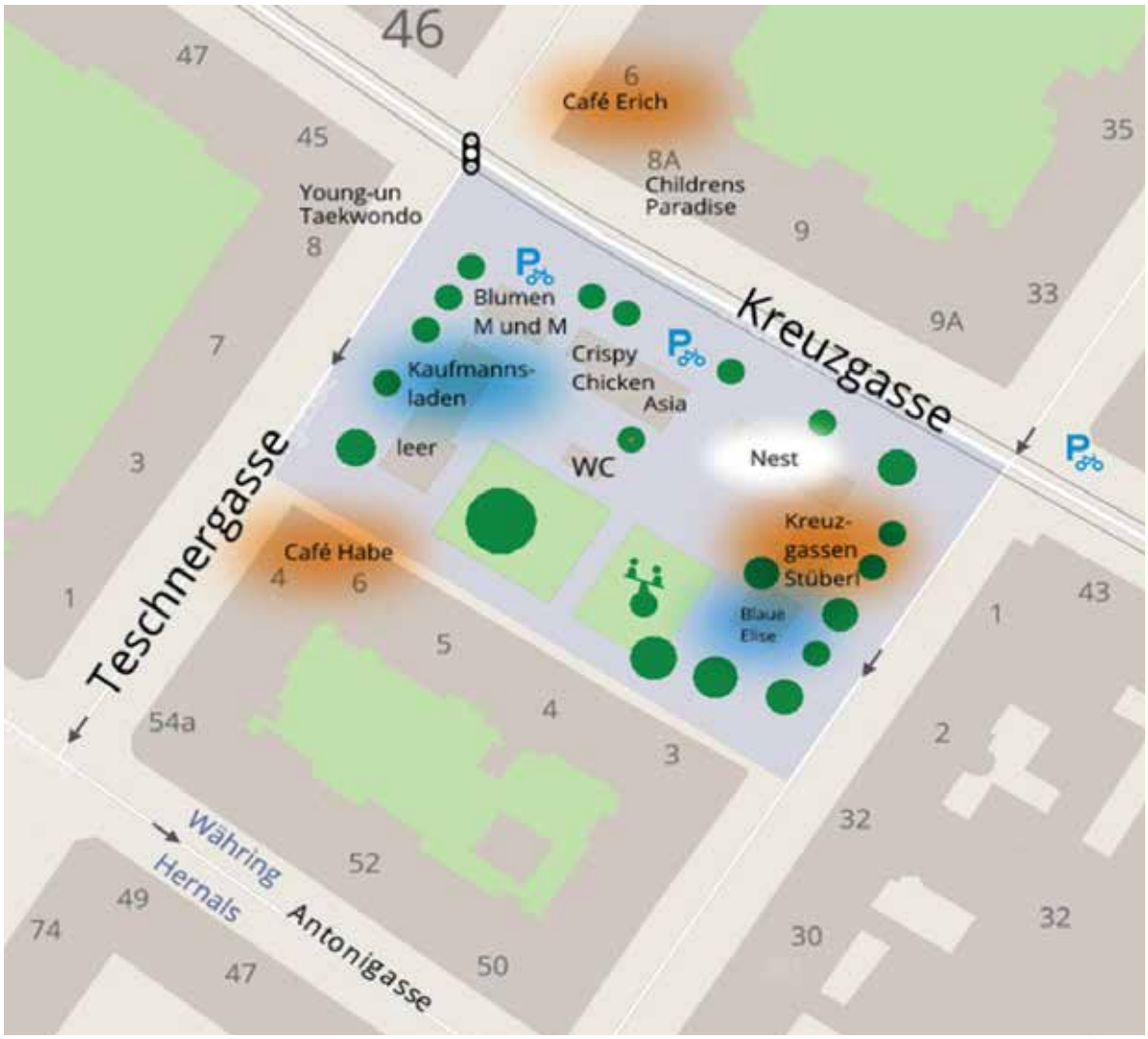
Abb. 5: Visualisierung von Aktivitäten am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz



Aktivitäten-Icons der BOKU im Auftrag der MA 18; Quelle: www.wien.gv.at/stadtplan, Bearbeitung Udo Häberlin, MA 18

Die verschiedenen Marktstände und Cafés am und um den Platz werden von zwei unterschiedlichen BesucherInnengruppen genutzt. Abbildung 6 zeigt die Verteilung der jeweiligen Gruppen am Platz. Der Kaufmannsladen und die Blaue Elise (in Blau) sprechen durch ihr Bio-Produktsortiment in erster Linie umweltbewusste KonsumentInnen an, während die traditionellen Beisln wie das Kreuzgassen Stüberl, das Café Habe und das Café Erich (in Orange) vorwiegend von älteren einheimischen Männern aus dem ArbeiterInnenmilieu (40+) besucht werden. Das Nest (in Weiß) hat erst im April 2018 eröffnet und ist die „neutrale Zone", „die Schweiz" des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes, wie es ein Interviewpartner ausdrückte, wo sich die verschiedenen Gruppen mischen.

Abb. 6: Räumliche Verteilung der sozialen Gruppierungen



Quelle: OpenStreetMap, Bearbeitung Iris Frey

Das Nebeneinanderbestehen von verschiedenen Gruppen wurde grundsätzlich positiv gesehen, wenngleich das Zusammenleben nicht immer einfach zu sein scheint, wie folgendes Zitat belegt:

„Das Interessante an dem Platz ist, dass sich viele verschiedene Gesellschaftsschichten treffen und die müssen miteinander auskommen. Im Kreuzgassen Stüberl, da hast du ein ganz eigenes Klientel, und da nebendran, da hast du ein anderes Lokal, wo die Grünen verkehren. Und das ist eine ganz andere Gesellschaftsschicht, die müssen miteinander auskommen. Am Anfang hat es Reibereien gegeben, aber man muss sich arrangieren und das macht es gut. Wenn du die zwei Lokale nimmst von den Besuchern, dann treffen, dann prallen dort Welten aufeinander. Ja, da prallen politische Meinungen, da prallt alles aufeinander. Und das ist es, was es da einfach interessant macht.“

Die Stammgäste in den traditionellen Beisln haben sich im Projekt KIOSK nicht eingebracht. In den Gesprächen wurde deutlich, dass sie den Platz als Ort schätzen, wo man Bekannte treffen und sich unterhalten kann. Eine oft vertretene Meinung war, dass im Zuge einer Neugestaltung des Platzes und der damit intendierten verbesserten Aufenthaltsqualität nicht die Preise in den ansässigen Gastronomiebetrieben steigen sollen. Man schätzt, dass Wein und Bier im Vergleich zu anderen Gegenden in Wien in den Lokalen noch relativ günstig sind.

Wenig Zuspruch fanden in dieser Gruppe die bisher stattgefundenen kulturellen Interventionen am Platz, wie beispielweise das „Plauderbankl“ oder die Regenschirminstallationen, die vom Verein „Space and Place“ initiiert wurden. Als Begründung wurde angegeben, dass man in diesen Interventionen keinen nachvollziehbaren Nutzen für die BesucherInnen des Platzes erkennen könne. Auch wurde vermutet, dass „Bezirksmittel“ dafür aufgewendet worden wären, was nicht der Fall war. Sehr positiv aufgenommen wurde hingegen das Public Viewing während der Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2018.

Abb. 7: Künstlerische Interventionen: Plauderbankl und temporäre Regenschirminstallationen





Fotos: Iris Frey

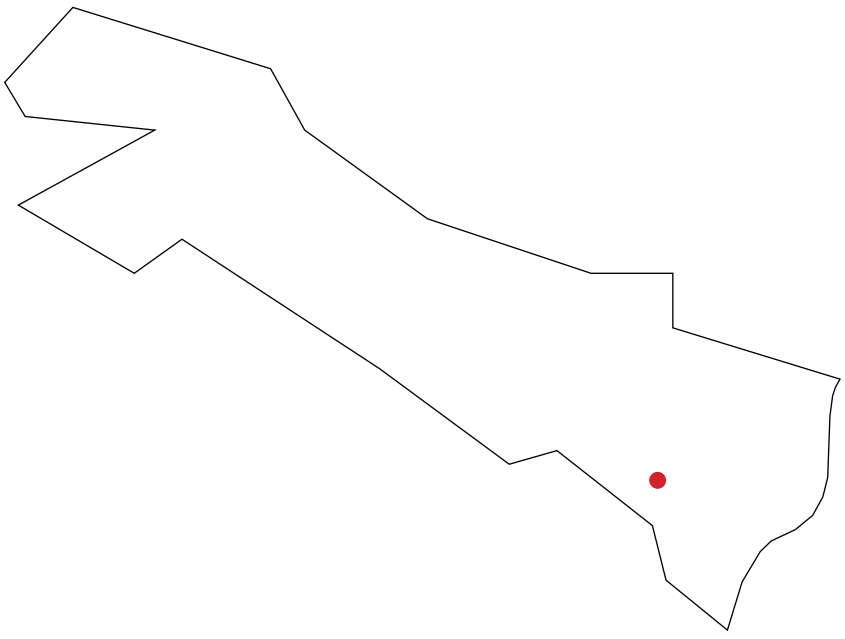
Die MarktstandlerInnen sind Schlüsselpersonen am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz. Generell ist ihnen die Belebung des Platzes ein großes Anliegen, da die Rentabilität der Stände stark von der KundInnenfrequenz abhängt. Insbesondere das Nest und der Kaufmannsladen sind GrätzelmacherInnen, die den Platz mit Leben erfüllen. Sie sind wirkliche „KümmerInnen" vor Ort. Sie verkaufen nicht nur, sondern reden mit den Leuten, und wissen, was los ist. Sie sind regelmäßig anwesend und genießen Vertrauen bei einzelnen Gruppen von NutzerInnen. Weiters unterstützen sie beispielsweise die Veranstaltungen der Gebietsbetreuung Stadterneuerung, Stadtteilbüro für die Bezirke 16, 17, 18 und 19 (GB*west) durch Bereitstellung von Infrastruktur oder Online-Bewerbung. Neben dem Lokal Nest gibt es zwei weitere Neuübernahmen. Es handelt sich hier um Crispy Dream, eine Imbissstube, und das Geschäft Blumen M und M. Im Sommer 2018 haben sich die MarktstandlerInnen zu der Facebook-Gruppe „Am Voglmarkt" zusammengeschlossen, um die am Platz stattfindenden Aktivitäten an ihre Community zu kommunizieren.

Sozioökonomische Analyse

Die sozio-demografische Analyse des Kreuzgassen- und Schumannviertels zeigt, dass sich der Stadtteil vom restlichen Bezirk, der teilweise sehr „gutbürgerlich" ist, unterscheidet.

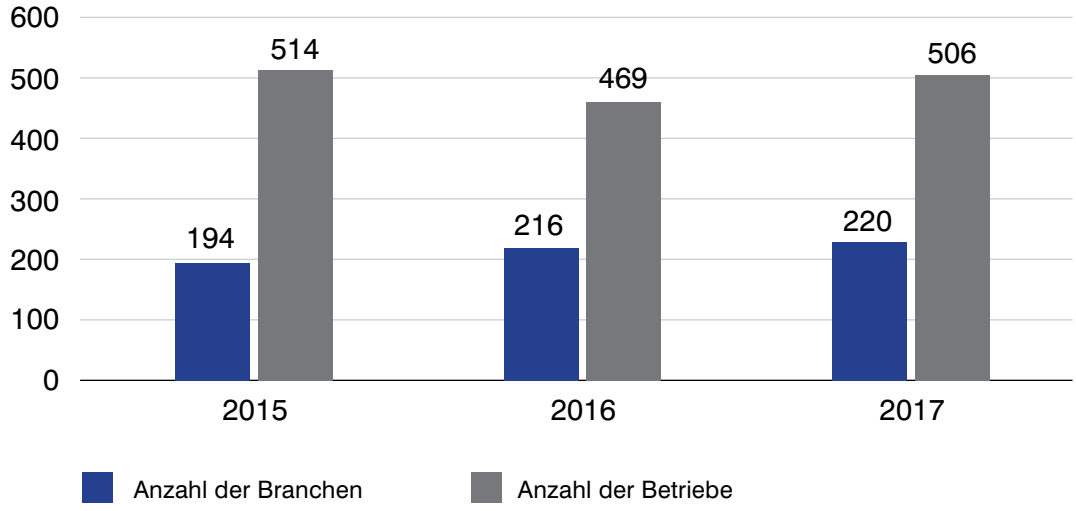
Dies macht sich etwa im Anteil an Personen mit einem Universitätsabschluss bemerkbar, der unter dem Währinger Durchschnitt liegt. Im Gegensatz dazu ist der Anteil an EU-StaatsbürgerInnen sowie Drittstaatsangehörigen höher als im restlichen Bezirk. Das Gebiet ist daher stärker durchmischt und weist eine heterogenere Bevölkerungszusammensetzung auf. Dies hat auch Auswirkungen auf den Anteil der Arbeitslosen, der höher ist als im restlichen Währing, wenngleich er mit 11,2 Prozent leicht unter dem Durchschnitt für Wien liegt.

Im Jahr 2015 hat die Wirtschaftskammer Wien Daten zur Anzahl der Gewerbe und Branchen in der Kreuzgasse 74, in den Jahren 2016 und 2017 in der Kreuzgasse 76 und im Umkreis von 500 Metern Gehdistanz erhoben.[2] Die Auswertung zeigt, dass sich die Zahl der Betriebe leicht verringert hat, gleichzeitig aber eine leichte Differenzierung des Angebots durch eine Erhöhung der Branchenvielfalt stattgefunden hat (vgl. Abbildung 8).



2 500 Meter entspricht jener Distanz, die die Wohnbevölkerung bereit ist, für ihre Nahversorgung zu Fuß zurückzulegen

Abb. 8: Anzahl der Branchen und Betriebe 2015 bis 2017

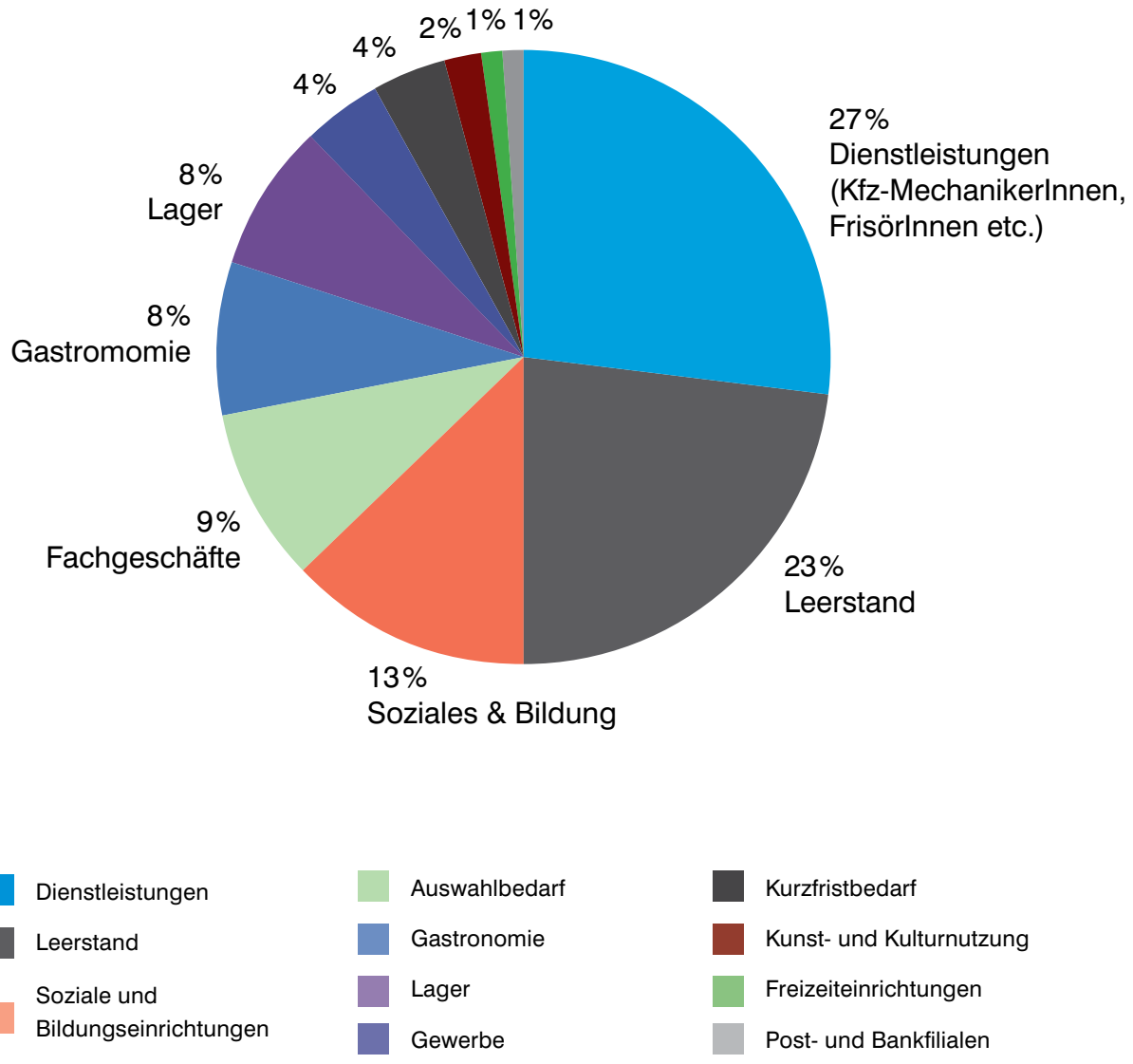


Quelle: Wirtschaftskammer Wien, Darstellung Iris Frey

Im Jahr 2017 waren die zehn häufigsten Gewerbe IT-Dienstleistungen, Unternehmensberatung, HumangenetikerIn, selbstständige PersonenbetreuerInnen, Verspachteln Gipskartonwände, Hausbetreuungstätigkeiten, Einzelhandel mit Lebensmitteln, Kleintransportgewerbe, sonstige Bauhilfsgewerbe und BauwerksabdichterInnen. Die Anzahl der IT-Dienstleistungen und Unternehmensberatungen ist im untersuchten Zeitraum von 17 auf 23 gestiegen. Auch das Kleintransportgewerbe hat sich von fünf auf elf Betriebe mehr als verdoppelt. Dagegen ist der Handel mit Automobilen fast um die Hälfte zurückgegangen – von 13 auf sieben Betriebe. HumangenetikerInnen und selbstständige PersonenbetreuerInnen scheinen erst seit 2016 in der Statistik auf, was auf eine Änderung der Klassifikation oder des Erhebungsgebietes hinweisen könnte.
Im Rahmen der sozioökonomischen Analyse wurde im September 2018 auch eine Kartierung der Nutzung der Erdgeschoßzonen um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz vorgenommen, wobei nicht das gesamte Kreuz- und Schumanngassenviertel erfasst wurde, sondern jeweils drei Häuserblocks um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz (vgl. Abbildung 9). Die Erhebung hat sich ausschließlich auf Erdgeschoßzonen konzentriert, die als Geschäftslokale verwendet werden können. Wohnungen und Garagen schieden damit aus der Datenerfassung aus. Schulen hingegen wurden in die Auswertung einbezogen.

Aus Abbildung 9 geht hervor, dass Dienstleistungen, wie beispielsweise FriseurInnen oder Kfz-MechanikerInnen, mit 27 Prozent den größten Anteil der Nutzungen ausmachen, gefolgt von Leerständen mit 23 Prozent. Die Nutzung der Erdgeschoßzonen durch soziale Einrichtungen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Röntgeneinrichtungen liegt bei 13 Prozent. Der Anteil an Fachgeschäften (d. h. Auswahlbedarf) beträgt neun Prozent, die Nutzung für gastronomische Zwecke oder als Lager liegt bei jeweils acht Prozent. Das produzierende Gewerbe und der Kurzfristbedarf, worunter Lebensmittelgeschäfte oder Drogerien fallen, nehmen einen Anteil von je vier Prozent ein, gefolgt von der Nutzung als Kunst- und Kulturraum, der bei zwei Prozent liegt. Das Schlusslicht bilden Freizeiteinrichtungen (zwei Lokale) sowie Post- und Bankfilialen (eine Filiale).[3]

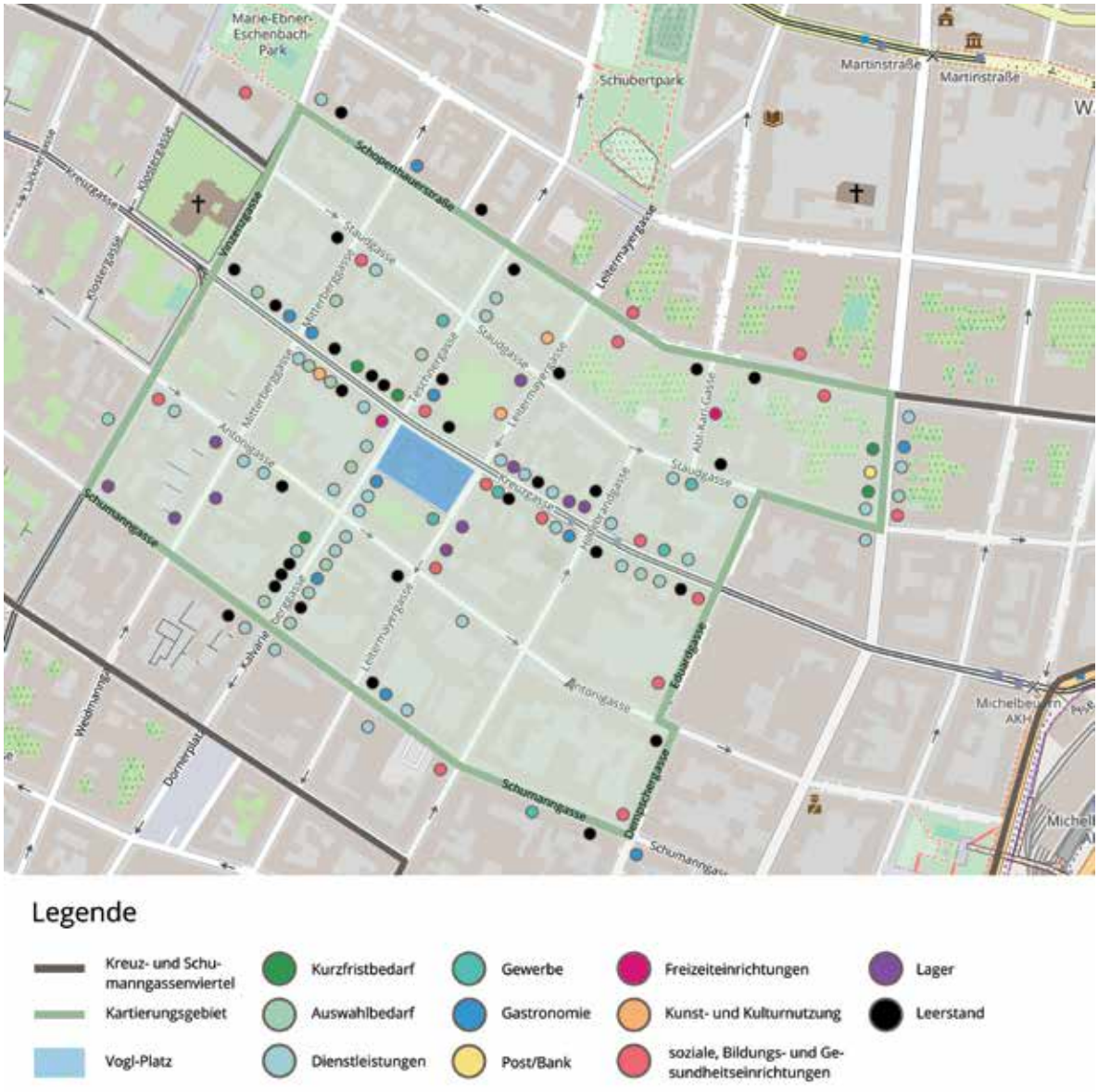
Abb. 9: Nutzung der Erdgeschoßzonen



Quelle: Erhebung und Darstellung Iris Frey

Vergleicht man diese Zahlen zum Beispiel mit jenen des Brunnenviertels zeigt sich, dass das Untersuchungsgebiet durch einen hohen Anteil an Dienstleistungsbetrieben (Brunnenviertel: neun Prozent) und einen hohen Anteil an Sozial-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen (Brunnenviertel: zwei Prozent) gekennzeichnet ist, während der Anteil an Auswahlbedarf nur unterdurchschnittlich ist (Brunnenviertel: 19 Prozent)(vgl. Rode et al. 2010).

Abb. 10: Nutzung der Erdgeschoßzonen



Quelle: Erhebung Iris Frey, OpenStreetMap, Darstellung Iris Frey

3 Für die Alltagsökonomie relevante Bereiche wurden ergänzt oder gesondert erhoben, wie etwa Post- und Bankfilialen, Gewerbe (produzierendes Gewerbe), Kunst- und Kulturnutzung (Atelier, Bühne, Kino, Ausstellung), soziale, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen (Kindergärten, Betreuungseinrichtungen, Schulen, Pflegeeinrichtungen, medizinische Einrichtungen und ÄrztInnen, religiöse Einrichtungen).

Institutional Mapping

Um die Potenziale des Platzes zu evaluieren, ist es wichtig, das institutionelle Gefüge vor Ort zu berücksichtigen. Im Folgenden werden die institutionellen AkteurInnen, deren Interessen und Interaktionen sowie deren Ressourcen beschrieben.

a / Bezirksvorstehung und Bezirksvertretung Währing: Wesentliche Kompetenzen der Bezirksvertretung umfassen die Instandhaltung öffentlicher Grünanlagen, der Straßen und der öffentlichen Pflichtschulen. Um die Qualität der öffentlichen Räume im Bezirk zu verbessern, wurde unter Einbeziehung unterschiedlichster AkteurInnen ein „Entwicklungsplan öffentlicher Raum“ für Währing erstellt. Neben dem Gersthofer Platzl wurde der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz als vorrangiger Raum identifiziert, an dem Handlungsbedarf besteht.

Seit 2015 gibt es in Währing einen Nahversorgungsbeauftragten. Er betont die Wichtigkeit von Zentren im Grätzel, die sich durch eine Mischung aus Einkaufsmöglichkeiten und nicht-kommerziellen Nutzungsmöglichkeiten auszeichnen.

b / GB*west: Die Gebietsbetreuung hat seit 2016 Aktivierungsmaßnahmen gesetzt, um die Belebung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes zu unterstützen. Im Frühjahr sowie im Sommer 2018 bespielte die GB*west den Platz mit einem vielfältigen Angebot, das von Kunstinstallationen bis zu Public Viewing während der Fußballweltmeisterschaft reichte und in einem Sommerfest Ende August gipfelte. Das Public Viewing und die Aufführungen des Volxkinos waren sehr gut besucht. Die Programmelemente waren auf unterschiedliche

Abb. 11: Public Viewing bei der Fußballweltmeisterschaft, Sommer 2018



Foto: Gebietsbetreuung Stadterneuerung für die Bezirke 16,17,18,19 (GB*west)

Gruppen ausgerichtet. So gab es beispielsweise Microsoccer für Kinder und Jugendliche, das von Molly's Jugendtreff begleitet wurde, oder Grillfisch bei der Blauen Elise.

Die Schwerpunkte der Arbeit in der GB*west liegen im Bereich Stadterneuerung im 16. und 17. Bezirk, daher sind ihre Ressourcen für die Stadtteilarbeit am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz beschränkt. Ihr Anliegen ist, trotzdem mit gezielten Veranstaltungen zur Bildung von Gemeinschaft und Identität am Platz beizutragen und auszutesten, welche Möglichkeiten der Platzentwicklung sich im Zusammenspiel mit der Bevölkerung ergeben. Das zeigte sich auch in ihren Empfehlungen zur Zwischenpräsentation des „Masterplans Voglplatz", in der die Qualität eines Treffpunktes und Kommunikationsortes besonders hervorgehoben wurde.

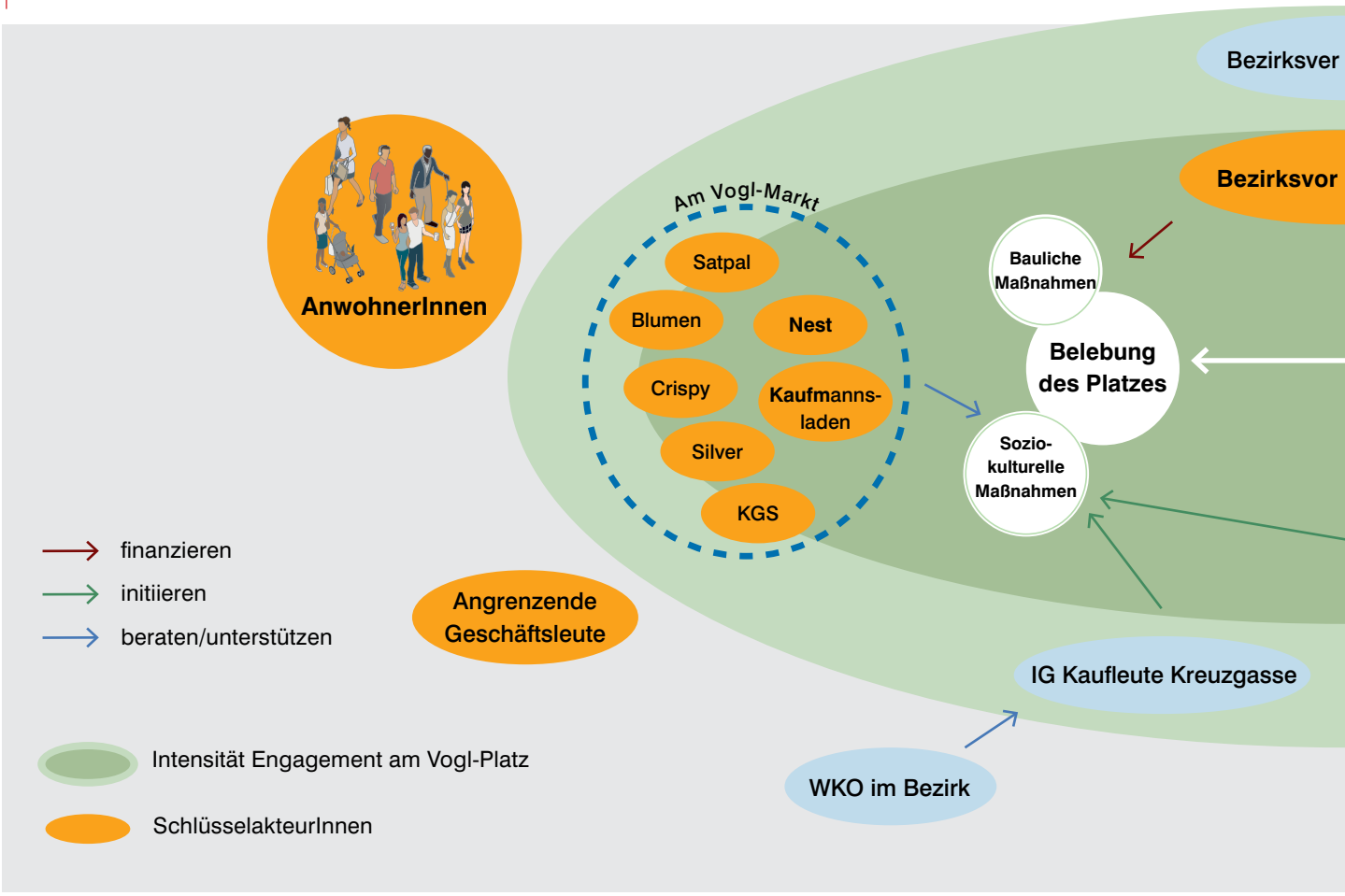
c / Einkaufsstraßenverein „IG Kaufleute Kreuzgasse": Der Verein vertritt 22 Gewerbetreibende in der Kreuzgasse. Möglichkeiten, den Markt optisch attraktiver zu machen, sieht dieser in einer Begrünung der Kreuzgasse sowie in einer Umgestaltung des Müllplatzes. Für den Verein ist das lokale Einkaufen eine Voraussetzung, damit sich die Geschäfte halten können. Dieses gelte es den Menschen bewusster zu machen. Das Problem der Leerstände sei vor allem auf hohe Mietpreise zurückzuführen, eventuell könnten hier Förderungen der öffentlichen Hand unterstützend wirken. Insgesamt sieht der Verein die positive Veränderung am Platz als ein längerfristiges Projekt. Der Verein selbst ist 2018 auch aktiv geworden, und hat am 8. September 2018 ein Marktfest organisiert.

Abb. 12: Marktfest am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz, September 2018



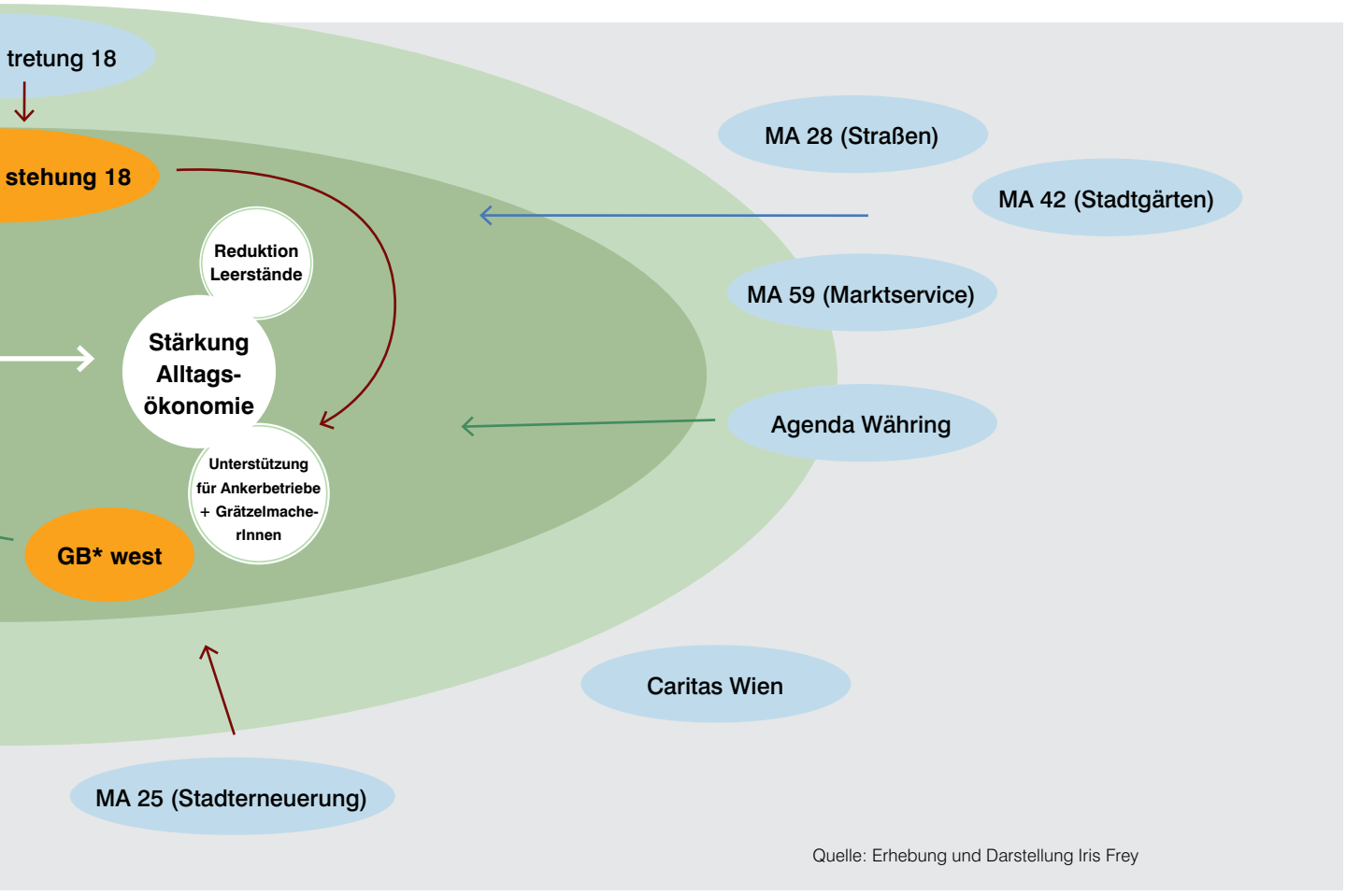
Foto: Gebietsbetreuung Stadterneuerung für die Bezirke 16,17,18,19 (GB*west)

Abb. 13: Institutional Map des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes



d / WKO im Bezirk: Einkaufsstraßenvereine werden in Wien von den jeweils zuständigen „BezirksmanagerInnen“ des Referats „WKO im Bezirk“ der Wirtschaftskammer Wien (WKW) unterstützt. Sie helfen durch Beratung und Bewerbung sowie in vermittelnder Funktion. Sie weisen auf die Herausforderungen des Online-Handels hin, welche die Geschäftsleute vor Ort proaktiv angehen müssten. Zum Beispiel sollten sie ihr lokales Angebot auch im Internet bewerben, um ihren KundInnenstamm zu halten. Außerdem sind Leerstände ein Problem, da Märkte und Einkaufsstraßen unter sinkender KundInnenfrequenz leiden. Die Kreuzgasse, die immer gut im Zusammenspiel mit dem Johann-Nepomuk-Vogl-Platz funktioniert habe, sei ein Beispiel für eine solche negative Dynamik. Als Reaktion versucht die Wirtschaftskammer Wien, EigentümerInnen durch Beratung und Vermittlung zu unterstützen, beispielsweise durch das Service Center Geschäftslokale oder durch die Beratung zu Mietverträgen vonseiten der Rechtsabteilung.

Die Nahversorgung vor Ort durch Einkaufsstraßen und Märkte biete ganzheitlich betrachtet viele Vorteile und solle daher weiter forciert werden. Das stärkt das soziale Gefüge, beispielsweise durch Gespräche mit den LadenbesitzerInnen. Daraus resultiere dann auch ein erhöhtes Sicherheitsgefühl, was beispielsweise ein unbeschwertes und selbstständiges Handeln von Kindern ermögliche. Für die Belebung des Marktes brauche es seiner Meinung nach auch optische Verbesserungen, die auf eine offene und helle Gestaltung des Marktinneren sowie auf Barrierefreiheit und ausreichend Straßenbeleuchtung abzielen sollten. Allerdings fehle auch ein anziehender Branchenmix am



Quelle: Erhebung und Darstellung Iris Frey

Platz und in der Kreuzgasse. Die Bedingungen für einen Bauernmarkt werden aufgrund des mangelnden Platzes als ungünstig bewertet.

e / Lokale Agenda 21 Wien: Die Lokale Agenda 21 fördert nachhaltige Stadtentwicklung. Die Basisfinanzierung der Lokalen Agenda 21 wird durch die Stadt Wien und die Europäische Union sichergestellt. Seit 2017 fördert und koordiniert die Agenda Währing **BürgerInnen-beteiligungsprozesse** wie die Grätzeloase. Betreut wird sie von einem sechsköpfigen Team bestehend aus den Planungsbüros Dialog Plus, stadtland, komobile und inspirin. Die Agendagruppen selbst bestehen aus Ehrenamtlichen. Diese arbeiteten zum Untersuchungszeitpunkt in Währing nicht unmittelbar am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz, sondern an thematischen Schwerpunkten, welche jedoch die Situation des Platzes beeinflussen. So zielt das Bildungsgrätzel „Ebner Inklusiv Eschenbach“[4] auf eine stärkere Vernetzung der Bildungseinrichtungen im Grätzel rund um den Ebner-Eschenbach-Park ab. Die Mobilitätsgruppe widmet sich der Erstellung ein neues Mobilitätsleitbildes und fördert das Verständnis zwischen verschiedenen VerkehrsteilnehmerInnen. Die Agenda Währing betont, dass es bei der Verbesserung der Lebensqualität nicht immer nur um physische Maßnahmen gehe, sondern auch um Diskurse. Der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz ist ihrer

4 Das Bildungsgrätzel Ebner Inklusiv Eschenbach wurde von Mitgliedern der Lokalen Agenda Währing initiiert und soll die Zusammenarbeit zwischen städtischen und privaten Schulen sowie Kindergärten, sonderpädagogischen Einrichtungen und Jugendbetreuungen rund um den Ebner-Eschenbach-Park unterstützen (Lokale Agenda Währing 2018).

Meinung nach als Platz für die AnwohnerInnen von besonderer Bedeutung. Auch die Mischung aus Grünfläche und Nahversorgungsbereich sei bemerkenswert. Weiters hebt die Agenda die Bedeutung der Erdgeschoßzonen als Schnittstelle zum öffentlichen Raum hervor. Geschäftslokale, Büros oder ÄrztInnen mit Schaufenstern in diesen Zonen würden die Kommunikation und die soziale Kontrolle auf die Straße ermöglichen und somit ein Viertel beleben und sicherer machen. Sobald ein Drittel der Lokale leer stehe, werde es für die verbleibenden Lokale schwierig, sich zu halten.

f / Caritas-Zentrale Vinzenzgasse/Kreuzgasse:
Die Caritas der Erzdiözese Wien wird ab 2020 im ehemaligen Haus der Barmherzigkeit Ecke Vinzenzgasse/Kreuzgasse ein neues Gebäude mit Mehrfachnutzungen errichten. Neben der neuen Zentrale der Caritas Wien und Geschäftsräumen der Caritas Österreich werden geförderte Mietwohnungen, soziale Einrichtungen und eine Gemeinschaftszone geschaffen. Es ist vorgesehen, dass 400 MitarbeiterInnen der Caritas in dem Haus tätig sein werden. In der Erdgeschoßzone wird es unter anderem eine Nachbarschaftsküche, eine Kantine, einen Veranstaltungssaal und einen Initiativenraum geben. Diese Räumlichkeiten sollen auch von der Nachbarschaft und Außenstehenden genutzt werden können. Die transparente Erdgeschoßzone wird Blicke in den Innenhofbereich ermöglichen, der Straßenraum wird durch breitere Gehsteige vergrößert und begrünt werden. Es ist zu vermuten, dass durch dieses große Büro- und Mehrzweckzentrum ganz neue Dynamiken im Stadtteil entstehen werden.

Abbildung 13 stellt die involvierten AkteurInnen am Platz zum Zeitpunkt der Untersuchung dar, die Intensität ihres Engagements und ihre Beziehungen untereinander. Die beiden gemeinsamen Oberziele, die von allen AkteurInnen geteilt werden, sind die Belebung des Platzes und die Stärkung der Alltagsökonomie.
Auch bei den dafür notwendigen Maßnahmen gibt es weitgehenden Konsens: Es braucht bauliche und soziokulturelle Maßnahmen sowie eine Reduktion von Leerständen und mehr Unterstützung für Ankerbetriebe und „GrätzelmacherInnen".

Die dunkelgrünen und hellgrünen Kreise in der Mitte sind ein Maß für das Engagement der verschiedenen AkteurInnen am Platz.
Im **dunkelgrünen Bereich** befinden sich die AkteurInnen, die am intensivsten an der Neugestaltung von Markt und Platz beteiligt sind. Das sind die PächterInnen von Nest und Kaufmannsladen als „GrätzelmacherInnen", die GB*west sowie die Bezirksvorstehung, die die Finanzierung und Umgestaltung koordiniert.
Im **hellgrünen Bereich** befinden sich die AkteurInnen, die an der Umgestaltung und Belebung des Platzes beteiligt sind. Das sind die Bezirksvertretung, die für die Finanzierung aus dem Bezirksbudget sowie für allgemeine Maßnahmen der Bezirksentwicklung verantwortlich ist, ebenso wie die übrigen StandlerInnen und diverse private und halböffentliche Vereine wie die Agenda Währing und die IG Kaufleute Kreuzgasse.

Die farbigen Pfeile stellen Wirkbeziehungen zwischen den AkteurInnen dar. So **initiieren** die GB*west und die IG Kaufleute Kreuzgasse Veranstaltungen am Platz, die wiederum von anderen Organisationen finanziert werden (insbesondere der Bezirksvertretung, MA 25, WKO, …). Die Bezirksvorstehung koordiniert die aktivierenden Maßnahmen sowie die Planung eines allfälligen Umbaus und ist damit eine Schlüsselakteurin. Die Umsetzung obliegt jedoch den diversen Magistratsabteilungen, insbesondere der Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) und der Magistratsabteilung 42 (Wiener Stadtgärten).

4. Untere Fußgängerzone Favoritenstraße[5]

Aktuelle Entwicklungen

Der neue Hauptbahnhof Wien wurde 2014 eröffnet und zählt zu den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten in Österreich. Er hat eine Schlüsselfunktion für Wien, da er nicht nur als Verkehrsdrehscheibe fungiert, sondern im Zuge der Umgestaltung auch ein komplett neues Stadtviertel entstanden ist – das Sonnwendviertel. Dieses Stadtentwicklungsgebiet soll vor allem jene Bevölkerungsgruppen ansprechen, für die eine Nutzungsmischung – in der Arbeit, Wohnen und Freizeit verbunden sind – attraktiv erscheint. Davon abgesehen entstand neben dem Wohnviertel auch ein Büroviertel, das Unternehmen anlocken soll und Platz für Hotels und TouristInnen bietet. Dementsprechend wurden Infrastruktureinrichtungen geschaffen, wie zum Beispiel ein Kindergarten, ein Bildungscampus, der Helmut-Zilk-Park und die Bahnhof-City mit zahlreichen Geschäften und Gastronomieangeboten. In Zusammenhang mit der Umgestaltung des Bahnhofsareals wurde die Interessensplattform Urbanitätsoffensive Hauptbahnhof Umfeld (UHU) von der Wirtschaftskammer Wien ins Leben gerufen – zur besseren Integration des neuen Stadtteils mit dem gründerzeitlichen Favoriten. Im Rahmen von mehreren Workshops zwischen Jänner 2015 und Mai 2016 wurden unter der Teilnahme von unterschiedlichen Interessensgruppen (z. B. Bezirksvertretung Wieden und Favoriten, Magistratsabteilungen der Stadt Wien, GB*4 und GB*10, UnternehmerInnen, lokalen ExpertInnen, HauseigentümerInnen etc.) folgende Zielsetzungen thematisiert (Wirtschaftskammer Wien 2017):

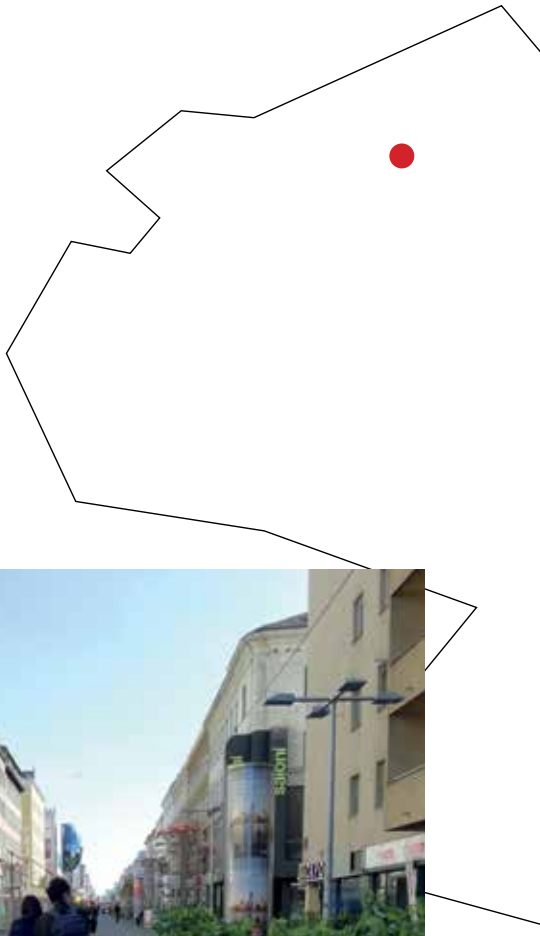
- Belebung des Gebietes rund um den Hauptbahnhof, vor allem eine Aufwertung der Erdgeschoßzone und eine Reduktion von Leerständen,
- Einbindung der ortsansässigen Geschäftsleute und Bevölkerung bei der Planung und Umsetzung von Projekten,
- Verbindung des alten und neuen Stadtteils, um Gemeinschaft zu fördern,
- Attraktivierung des öffentlichen Raums,
- Nachnutzung des Bahnoramas (ehemaliger Aussichtsturm).

Eine Stärken-Schwächen-Analyse der fünf Kernbereiche wurde durchgeführt, wobei drei der unteren Fußgängerzone Favoritenstraße zugeordnet werden können: Bahnoramaplatz, Favoritenstraße, Columbusplatz. Die Urbanitätsoffensive erzielte außer einer Vernetzung und eines Interessensaustausches verschiedener Stakeholder keine nennenswerten Ergebnisse zur Aufwertung dieses Gebietes. Zwar wurden die Defizite anerkannt, aber zu diesem Zeitpunkt wollte sich niemand zu einer Mitarbeit verpflichten und Verantwortung übernehmen.

5 Dieser Abschnitt stützt sich schwerpunktmäßig auf die sozioökonomische Raumanalyse von Verena Kamtner (2018). Daneben fließen erste Ergebnisse aus explorativen Untersuchungen Studierender der Technischen Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien ein, die im Herbst 2018 begonnen wurden.

Abb. 14: Untere Fußgängerzone Favoritenstraße







Fotos: Verena Kamtner

Auf Initiative von Wiener Wohnen und unter der Leitung der GB*ost fand 2015 ein Workshop zum Thema „Zwischennutzung Favoritenstraße 51“ statt. Als Grundeigentümer lud Wiener Wohnen lokale Institutionen, ProjektleiterInnen, BehördenvertreterInnen, potenzielle ProjektpartnerInnen und ExpertInnen ein, gemeinsam über eine temporäre Nachnutzung zu diskutieren, die einen Mehrwert für das nördliche Favoriten bietet und an die lokalen Bedürfnisse angepasst ist. Die Zwischennutzung von Leerständen wurde einerseits als Chance für Innovation und Neuorientierung empfunden, andererseits als Anstoß für eine Bottom-up-Entwicklung mit ökonomischem und sozialem Mehrwert für die untere Fußgängerzone Favoritenstraße.

Die eingebrachten Vorschläge (zum Beispiel Gestaltung als „Tor zu Favoriten“, Kulturort mit lokalem Bewusstsein und europäischer Perspektive, konsumfreier Aufenthaltsraum für diverse Aktivitäten) konnten allerdings nie umgesetzt werden, da sich der Abbau des Bahnoramas bis 2016 hinauszögerte. Somit wurden ferner auch die Gespräche über die mögliche Errichtung eines future. lab abgebrochen, das schließlich in Neu Marx im 3. Bezirk als OPENmarx realisiert wurde. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beide Initiativen keine Aufwertung der unteren Fußgängerzone Favoritenstraße erzielten. Der Urbanitätsoffensive Hauptbahnhof Umfeld mangelte es an Engagement und Verpflichtung der Stakeholder, weshalb keine konkreten Pläne entwickelt werden konnten. Im Gegensatz dazu erarbeitete die GB*ost ein realisierbares Nutzungskonzept mit fixen Partnerinstitutionen, scheiterte

Abb. 15: Leerstände untere Fußgängerzone Favoritenstraße



Fotos: Verena Kamtner



allerdings an der Verfügbarkeit des Platzes, was wiederum ein Schwinden des Interesses aller Beteiligten zur Folge hatte.

Raumanalyse

Anhand von teilnehmender Beobachtung, die an verschiedenen Plätzen der unteren Fußgängerzone Favoritenstraße an unterschiedlichen Tagen und Tageszeiten im Zeitraum von März bis August 2018 durchgeführt wurde, ergaben sich drei zentrale Perspektiven: /1/ städtebauliche Rahmenbedingungen, /2/ NutzerInnen und Nutzungsmöglichkeiten und /3/ Standpunkte der lokalen Unternehmen.

1 / Die untere Fußgängerzone in der Favoritenstraße (Hauptbahnhof bis Keplerplatz) ist eine breite Straße und – wie der Name schon sagt – für die Nutzung durch FußgängerInnen ausgelegt. Sie ist geprägt von alten Häusern und einer Aneinanderreihung von Geschäften und Esslokalen, die in der warmen Jahreszeit Schanigärten betreiben.

Ein weiteres Merkmal sind die zahlreichen Leerstände, welche zum Teil noch Restbestände der VormieterInnen aufweisen, und somit das Erscheinungsbild der Fußgängerzone unattraktiv aussehen lassen und verschlechtern.

Abb. 16: Begrünung untere Fußgängerzone Favoritenstraße







Fotos: Verena Kamtner

Einige InterviewpartnerInnen bezeichneten die untere Fußgängerzone in der Favoritenstraße aufgrund ihrer kargen Optik als Betonwüste. Um dem entgegenzuwirken, versuchte man Grünflächen zu schaffen. Dies ist allerdings nur bedingt möglich, da die U-Bahn sehr knapp unter der Favoritenstraße verläuft. Aus diesem Grund wurden Pflanzentröge aus Beton und Pflanzensäulen errichtet, die jedoch wenig attraktiv wirken. Einzig der Columbusplatz bietet kleine Grünflächen und Bäume, die jedoch nicht als Schattenspender dienen.

Im Zuge der Verlängerung der Fußgängerzone bis zum Hauptbahnhof und der Verlegung der Straßenbahnlinie O in die Laxenburger Straße wurde die untere Fußgängerzone der Favoritenstraße umgestaltet. Die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten und die Magistratsabteilung 19 (Architektur und Stadtgestaltung) führten eine Ausschreibung durch, in der Kriterien festgelegt waren, die in den Plänen der BewerberInnen berücksichtigt werden mussten. Vorrangiges Ziel war die Errichtung eines „Tors zu Favoriten", das eine Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof und der unteren Favoritenstraße im 10. Bezirk herstellen sollte.

2003 ging der italienische Architekt Luigi Blau als Sieger des Realisierungswettbewerbes hervor. Er konzipierte den Sonnwendplatz als italienische Piazza und stattete den Platz mit einem Wasserelement aus, das einem Boot ähnelt. Weiters platzierte er Bäume und Sitzbänke, die zum Verweilen einladen sollten. Der Platz hat sich bis heute nicht verändert, hat aber im Laufe der Zeit an Ausstrahlung und Attraktivität verloren. Die Vision des Architekten, dem Platz ein südländisches Flair zu verleihen, scheint heute völlig abwegig und wurde auch in der Vergangenheit niemals wahrgenommen. Keiner der InterviewpartnerInnen behauptete, sich dort gerne aufzuhalten und alle sahen in dem derzeitigen Zustand des Sonnwendplatzes keinen Mehrwert für die Bevölkerung.

Im Allgemeinen ist der Platz ein ruhiger, sicherer und neutraler öffentlicher Raum. Dies könnte als Vorteil empfunden werden und einen

Ausgleich darstellen zum hektischen Treiben in der oberen Favoritenstraße und dem Hauptbahnhof. Nichtsdestotrotz wird er von den BesucherInnen und BewohnerInnen dieses Teils der Favoritenstraße nicht beachtet bzw. genutzt, was zu einer Abwertung des gesamten Umfelds führt.

Der Columbusplatz nimmt eine spezielle Rolle ein. Er ist der belebteste Teil der unteren Fußgängerzone und Anziehungspunkt für alle Altersgruppen. Der teilnehmenden Beobachtung und den Interviews zufolge ist dieser öffentliche Platz der einzige positiv bewertete Ort dieses Gebietes.

Abb. 17: Sonnwendplatz alias Bahnoramaplatz



Fotos: Verena Kamtner

Abb. 18: Columbusplatz

Fotos: Verena Kamtner



Abb. 19: Raumanalyse Columbusplatz



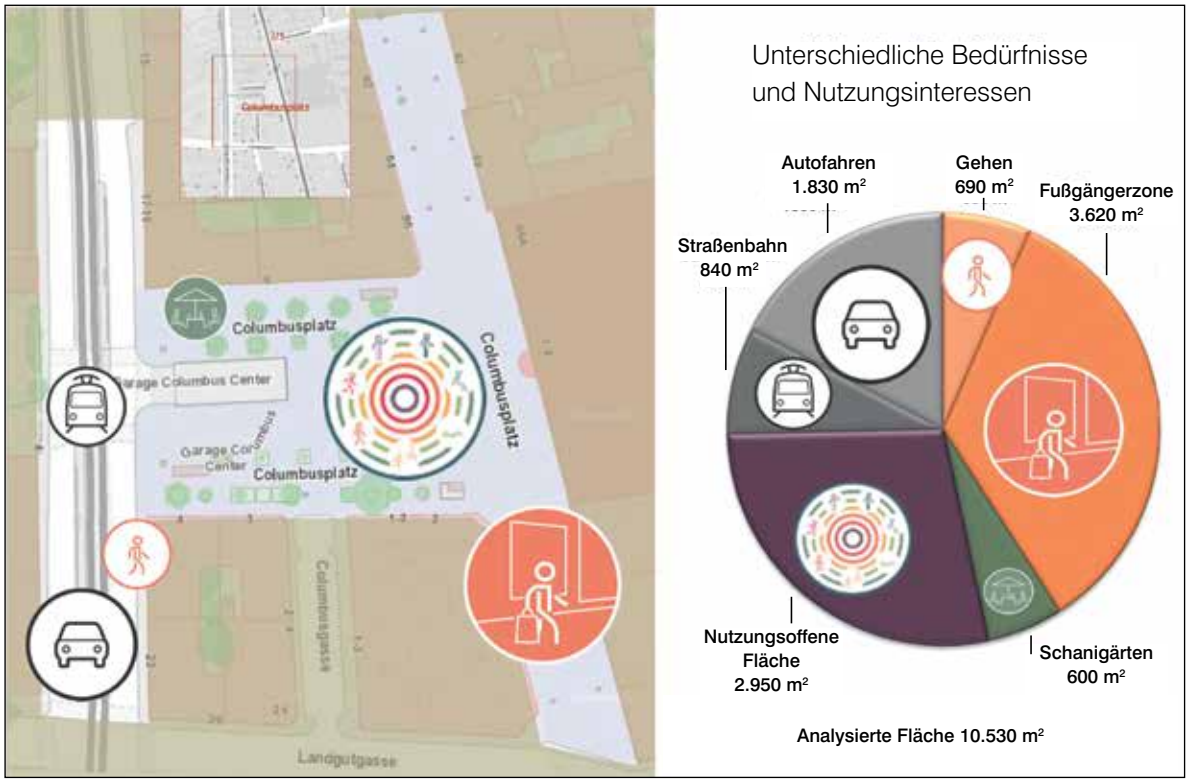
Quelle: www.wien.gv.at/stadtplan, Bearbeitung Udo Häberlin, MA 18

In Abbildung 19 kann man erkennen, dass der Columbusplatz lärmberuhigte als auch lärmbelastete Bereiche aufweist. Er bietet mehrere Sitzmöglichkeiten, Vegetation und ein Wasserelement. Der Platz vor dem Columbus Center wurde als belebte „urbane Bühne" bezeichnet.

2 / Die untere Fußgängerzone in der Favoritenstraße wird von allen Altersgruppen genutzt: Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und SeniorInnen. Weiters wurden verschiedene Personenkategorien identifiziert, wie z. B. Einzelpersonen, Familien, Geschäftsleute, TouristInnen, Obdachlose. Allerdings verändern sich die NutzerInnengruppen im Laufe des Tages. Unter der Woche sind in der Früh vorrangig Menschen unterwegs, die in die Arbeit gehen, oder Kinder, die auf dem Weg in die Schule sind. Am Vormittag sind eher ältere Personen sowie Mütter mit Babys und Kleinkindern anzutreffen. Dies ist auch jene Zeit, in der ZulieferInnen die umliegenden Geschäfte und Lokale versorgen. Um die Mittagszeit zieht es einige ArbeiterInnen aus der Umgebung in die Fußgängerzone, um dort die Mittagspause in einem der Restaurants zu verbringen oder um sich ein Essen als Take-away vom Merkur oder einem Imbisslokal zu holen. Bei schönem Wetter verleihen die Schanigärten dem Grätzel mehr Lebendigkeit. Am Nachmittag nimmt die Frequenz zu, vor allem durch Kinder und ihre Eltern. Zur sogenannten Rushhour ist hier am meisten los. Beschäftigte gehen von der Arbeit nach Hause, BewohnerInnen oder BesucherInnen nutzen das Gastronomieangebot oder verbringen ihren Feierabend gemeinsam mit KollegInnen, FreundInnen oder Familie in der Fußgängerzone, hauptsächlich am Columbusplatz.

Viele der FußgängerInnen nutzen das Gebiet als Durchgangszone zum Hauptbahnhof, während sie telefonieren, mit anderen plaudern oder einen Trolley hinter sich herschieben,

Abb. 20: Flächenverhältnisse und Aktivitäten am Columbusplatz



Aktivitäten-Icons der BOKU im Auftrag der MA 18; Quelle: www.wien.gv.at/stadtplan, Bearbeitung Udo Häberlin, Ali Reza Massoud, MA 18

ohne die Umgebung bewusst wahrzunehmen und eine Pause einlegen. Ganz selten sieht man Personen, die sich auf den Parkbänken aufhalten oder durch die untere Fußgängerzone der Favoritenstraße schlendern. Nach Meinung einiger InterviewpartnerInnen haben viele BewohnerInnen dieses Stadtteils kein Interesse an dem Grätzel, sondern wohnen in erster Linie aufgrund der Nähe zum Hauptbahnhof hier.

Die Raumanalyse für den Columbusplatz zeigt, dass dieser Bereich der Favoritenstraße vor allem für FußgängerInnen geeignet ist. Es gibt keinerlei Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten, da es sich um einen verkehrsberuhigten öffentlichen Raum handelt und jeder alles gemäß seinen Präferenzen machen kann, z. B. gehen, sitzen, stehen, liegen, spielen oder anderes. Tatsächlich nutzen im Sommer viele Leute das Freiraumangebot, wohingegen zur kalten Jahreszeit der Platz wenig Anreiz bietet.

3 / Standpunkte der lokalen UnternehmerInnen:[6] Grundsätzlich wurde der Standort in der Fußgängerzone der Favoritenstraße positiv bewertet, da es Möglichkeiten zum Einkaufen oder zum Essen gibt. Allerdings würden die meisten Unternehmen die Lage im oberen Teil der Favoritenstraße mit den Hotspots Reumannplatz, Viktor-Adler-Markt und Keplerplatz bevorzugen, da sich dort das Alltagsleben der FavoritnerInnen abspielt. Im Gegensatz dazu bietet der untere Teil der Fußgängerzone nur geringe Anreize für die lokale Bevölkerung oder KonsumentInnen. Der Abschnitt nördlich des Columbus Centers leidet seit langem an mangelnder Frequenz und Attraktivität. Die meisten neuen GeschäftsbesitzerInnen, die mehrheitlich

6 Die Ergebnisse dieses Abschnittes basieren auf 26 informellen Gesprächen mit UnternehmerInnen in der Favoritenstraße zwischen Hauptbahnhof und Landgutgasse im August 2018.

einen Migrationshintergrund haben, waren sich vor Betriebsgründung nicht über die ungünstigen Bedingungen dieses Teils der Favoritenstraße bewusst. Sie dachten, dass die Favoritenstraße als langjährige Einkaufsstraße und bekannte Fußgängerzone vielversprechend ist und die Nähe zum Hauptbahnhof ein Garant für KundInnenströme ist. Mit der Zeit mussten die NeumieterInnen in der Erdgeschoßzone erfahren, dass die Zahl der KundInnen und damit auch die Umsätze hinter ihren Erwartungen zurückblieben. In den Interviews wurde deutlich, dass sie oftmals davon ausgegangen sind, dass die größte Hürde im Erwerb und in der Eröffnung eines Geschäftes besteht und danach Gewinn erwirtschaftet wird. Das ist jedoch kaum der Fall, denn im ersten Jahr ist es nicht unüblich, Verluste zu machen. Allerdings reichen ihre finanziellen Mittel, abgesehen von der Unterstützung der Familie, oftmals nicht aus, um Umsatzeinbußen auszugleichen.

Einige der interviewten GeschäftsbesitzerInnen bzw. MitarbeiterInnen gaben an, ihr Geschäft schon seit Jahren in der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße zu betreiben und demensprechend vieles miterlebt zu haben. Ihrer Ansicht zufolge ist dieser Abschnitt der Favoritenstraße seit jeher ein benachteiligtes und strukturschwaches Gebiet, das es bis heute nicht geschafft hat, Anschluss an den oberen Bereich zu finden und „gleichzuziehen". Die Entwicklung des Hauptbahnhofs und des Sonnwendviertels wurde anfangs als Chance empfunden, doch wie schon so oft in der Vergangenheit, hat die untere Fußgängerzone der Favoritenstraße nicht profitiert. Es wird zwar behauptet, dass sich nun spürbar mehr Leute in diesem Bereich aufhalten, diese aber vorrangig durchziehen, ohne das Angebot vor Ort zu nutzen. Ohne StammkundInnen oder die Umstellung auf Lieferservice könnten sich die meisten Geschäfte nicht über Wasser halten.

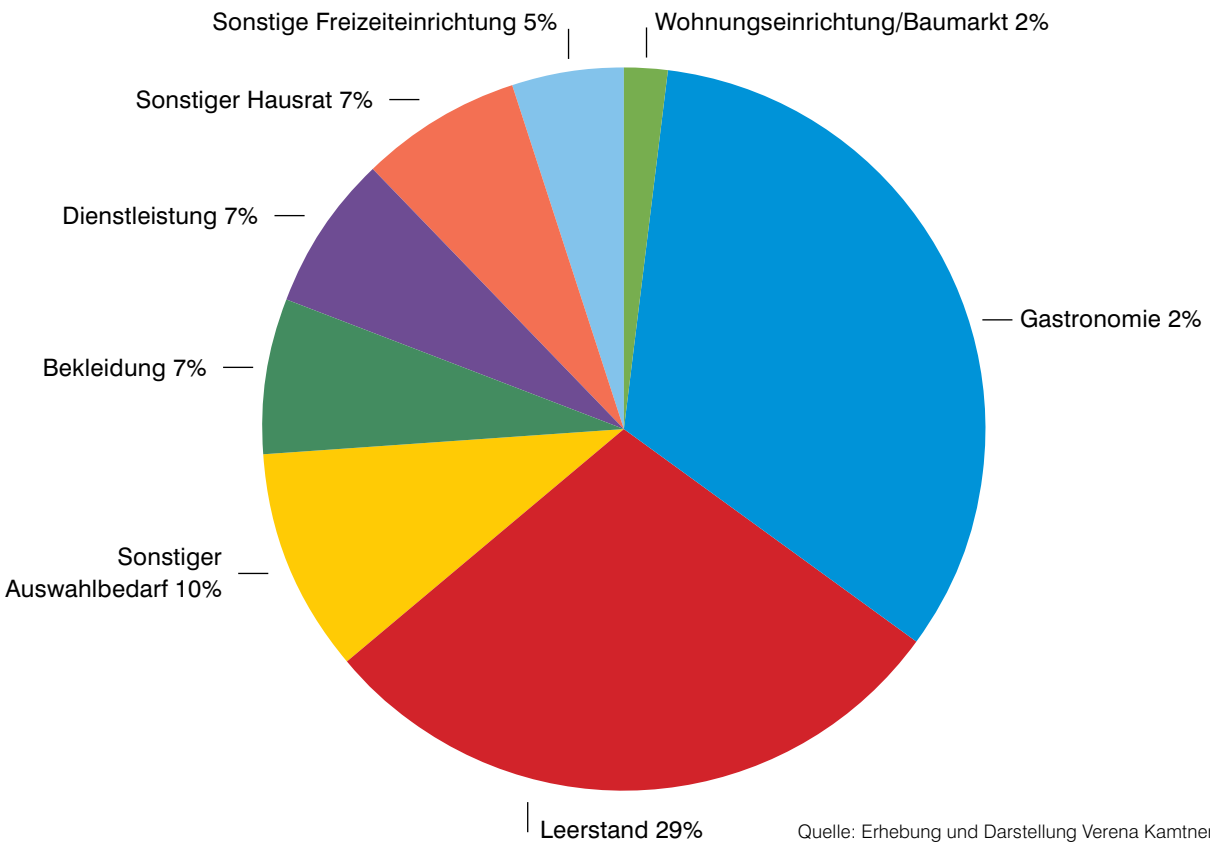
Die Gruppe der MieterInnen von Geschäftslokalen sind mit der aktuellen Situation besonders unzufrieden. Diese tendieren auch dazu, die Verantwortung für Veränderung an die Bezirksvorstehung zu delegieren. Sie selbst haben keine konkreten Ideen geäußert, wie man diesen Bereich aufwerten könnte und deuteten auch keine Bereitschaft an, sich selbst einzubringen oder mit anderen zusammenzuarbeiten. Schuld für den schlechten Zustand dieses Stadtteils (dauerhafte Leerstände, hohe Fluktuation der Geschäfte, geringe Frequenz etc.) haben nach ihrer Aussage ausschließlich die PolitikerInnen und die Stadtverwaltung. Diese Einstellung hindert die Geschäftsleute daran, einen Mehrwert in der Kooperation mit anderen Unternehmen zu sehen und an Gemeinschaftsprojekten und Beteiligungsverfahren mitzuwirken, von denen sie ebenfalls profitieren könnten. Die meisten UnternehmerInnen in der Erdgeschoßzone sind zu sehr mit sich selbst beschäftigt und schließen Kooperationen mit anderen Gewerbetreibenden prinzipiell aus.

Sozioökonomische Analyse

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Bewertung der Nahversorgungsstruktur hinsichtlich ihres Potenzials, eine funktionstüchtige Alltagsökonomie sicherzustellen. Vorausgeschickt werden soll, dass es sich im Untersuchungsgebiet um eine Bevölkerungsgruppe handelt, deren Altersdurchschnitt unter dem der Wiener Bevölkerung liegt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass besonders die Altersgruppe 20-34 Jahre im Vergleich zu Favoriten bzw. Wien überdurchschnittlich repräsentiert ist. In Bezug auf das Bildungsniveau weist das Untersuchungsgebiet einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Personen auf, die über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Das monatliche Nettoeinkommen liegt mit ungefähr 1.600 Euro unter dem Wiener Durchschnitt von rund 1.700 Euro (Wirtschaftskammer Wien 2018).

Die Entwicklung der lokalen Ökonomie im Bereich der unteren Fußgängerzone der

Abb. 21: Branchenmix 2018, untere Fußgängerzone Favoritenstraße



Quelle: Erhebung und Darstellung Verena Kamtner

Favoritenstraße hat sich seit 1996 stark verändert. Besonders hervorzuheben ist der Verlust von AnbieterInnen von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, die 1996 noch elf Prozent ausmachten und 2018 komplett verschwunden sind. Die Kategorie ‚Kurzfristbedarf' umfasst Nahversorger wie z. B. LebensmittelhändlerInnen, Supermärkte, Bäckereien oder Drogeriemärkte. Diese sind essenziell für die Alltagsökonomie, da sie täglich benötigte Güter für die gesamte Bevölkerung anbieten. Auffallend ist überdies die Zunahme an Gastronomie von 17 auf 33 Prozent. Das derzeitige kulinarische Angebot in der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße ist vielfältig und reicht von traditionell österreichischen und italienischen Speisen bis zu arabischem und asiatischem Essen. Fast alle Gastronomiebetriebe verfügen über einen Schanigarten. Indessen besteht die Gefahr, dass durch das regelrechte ‚Zupflastern' der Fußgängerzone mit Gastgärten der konsumfreie öffentliche Raum zu stark eingeschränkt wird.

Kritisch ist auch der hohe Anteil an Leerständen. Schon 2004 ist die Anzahl an Leerständen besorgniserregend hoch gewesen und betraf fast ein Viertel der Erdgeschoßeinheiten. Somit wird ersichtlich, dass bereits vor dem Umbau des Hauptbahnhofs die Leerstände verbreitet waren. Nach der Fertigstellung wurden sie jedoch nicht wie erwartet weniger, sondern sogar noch mehr und liegen derzeit bei 29 Prozent. Diese Persistenz muss auch im Zusammenhang mit den Strukturen des lokalen Immobilienmarkts betrachtet werden. Dieser ist durch eine besonders hohe Bedeutung von privaten EigentümerInnen (sowohl private natürliche als auch juristische Personen)

gekennzeichnet und unterscheidet sich damit sowohl vom Bezirksdurchschnitt als auch von Wien insgesamt. Hinsichtlich des baulichen Bestands ist festzuhalten, dass dieser einen für den Bezirk überdurchschnittlich hohen Anteil an Altbauten aufweist. Die nähere Untersuchung der EigentümerInnenstruktur dürfte ein wichtiger Schlüssel zur Reduzierung der Leerstände bzw. zur Attraktivierung des Gebiets sein. Derzeit verhindern hohe Mieten für neue Geschäftslokale sowie das Desinteresse der EigentümerInnen die Belebung der Erdgeschoßzonen, da sie die Räumlichkeiten lieber leer stehen lassen und in der Bilanz abschreiben, als sie zu vermieten.

Eine weitere nennenswerte Veränderung seit 1996 ist der Rückgang in den Kategorien „Bekleidung" und „Wohnungseinrichtung/ Baumarkt". Früher war der untere Teil der Favoritenstraße bekannt für seine qualitativ hochwertigen Produkte in diesem Sortiment, das Leute speziell nach Favoriten lockte. Allerdings konnten sich solche Qualitäts-produzentInnen, großteils österreichische Unternehmen, nicht halten und mussten schließen.

Die Qualität der lokalen Infrastruktur zeigt sich auch in den PassantInnenströmen[7]. Drei Untersuchungsstandorte der Passant-tInnenzählung befinden sich in der Favoriten-straße im 10. Bezirk, wobei die erste Adresse Favoritenstraße 63/78 der unteren Fußgänger-zone zugeordnet werden kann, die zweite Adresse Favoritenstraße 93/108 der erweiterten Fußgängerzone bis zum Keplerplatz entspricht, und die dritte Adresse außerhalb des Forschungsgebietes dieser Arbeit liegt. Diese Zählung verdeutlicht die großen Unterschiede im PassantInnenaufkommen an den zwei Standorten: Während an der Adresse Favoritenstraße 63/78 an einem Donnerstag 6.944 Personen gezählt wurden, liegt der entsprechende Wert für die Favoritenstraße 93/108 bei 22.697 Personen. An einem Samstag kann bei allen zwei Standorten eine höhere PassantInnenfrequenz festgestellt werden, die sich auf 7.034 respektive 29.859 beläuft (Wirtschaftskammer Wien 2018).

Eine Standortanalyse der Wirtschaftskammer Wien beinhaltet Informationen zum Branchenmix in der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße im Jahre 2017. Als Start-punkt wurde die Kreuzung Favoritenstraße/ Landgutgasse festgelegt und davon ein Einzugsgebiet von jeweils 300 und 500 Metern gebildet. Das Einzugsgebiet umfasst 1.007 unterschiedliche Unternehmen. Die häufigsten Branchen sind IT-Leistungen, Einzelhandel mit Bekleidung und Textilien, Hausbetreuungstätigkeiten, selbstständige PersonenbetreuerInnen, Kleintransportgewerbe mit unbeschränkter Kfz-Anzahl, Unter-nehmensberatung, Werbeagentur, sonstige Berechtigungen im Bereich Bauhilfsgewerbe und Elektroeinzelhandel. Hinsichtlich der Alltagsökonomie gibt es zahlreiche Einrichtungen, die die soziale und materielle Infrastruktur dieses Stadtteils ausmachen: diverse ÄrztInnen, Apotheken, eine Volksschule, Kindergärten und andere Kinderbetreuungs-stätten, Weiterbildungsinstitute, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Pfarramt, das magistratische Bezirksamt 10. Bezirk und ein Standesamt. Weiters gibt es wichtige Services wie Banken, ein Postamt, eine Tankstelle, Supermärkte, Kleidergeschäfte und FriseurInnen, die zur Nahversorgung zählen. Als mangelhaft einzuschätzen sind die Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie das Fehlen von KinderärztInnen und Einrichtungen für SeniorInnen. Insgesamt lässt diese Liste auf eine gute Nahversorgung und Daseinsvorsorge der Bevölkerung schließen. Gleichzeitig muss eingeräumt werden, dass dies eine rein quantitative Bewertung der Alltagsökonomie ist und nichts über deren Qualität aussagt.

7 Jedes zweite Jahr wird Anfang Oktober (jeweils an einem Donnerstag und Samstag) von der Wirtschaftskammer Wien in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 18 eine PassantInnenzählung in verschiedenen Einkaufsstraßen Wiens vorgenommen.

Institutional Mapping

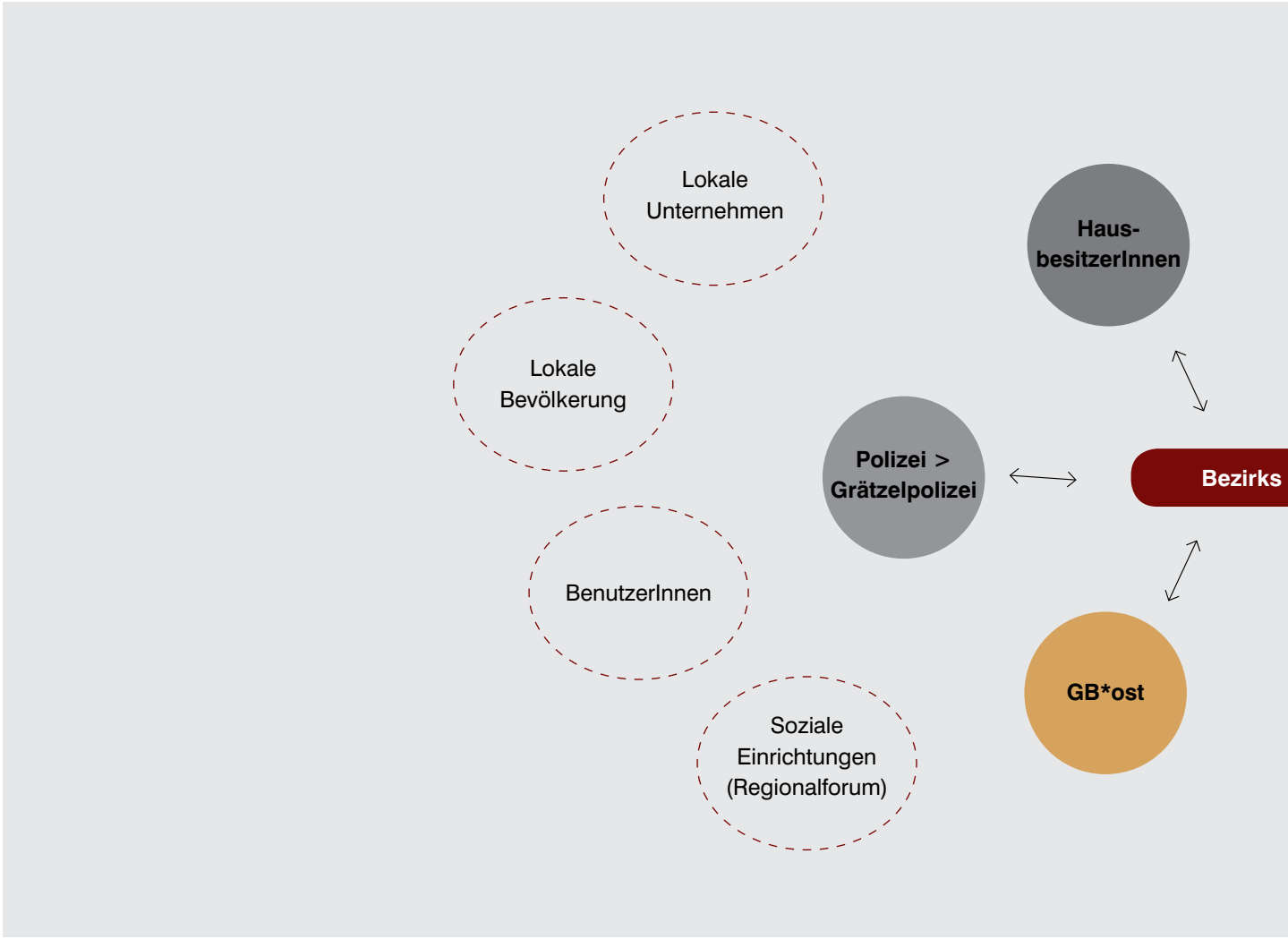
Dieses Kapitel präsentiert das institutionelle Gefüge der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße bestehend aus einzelnen AkteurInnen und Netzwerken. Diese sind von essenzieller Bedeutung, um das Potenzial zur Stärkung der Alltagsökonomie zu beurteilen. Anhand von ExpertInneninterviews wurden die folgenden Institutionen, die zur Entwicklung im Untersuchungsgebiet beitragen, identifiziert (Abbildung 22). Die Position im *Institutional Map* spiegelt die Wichtigkeit und Mächtigkeit der verschiedenen AkteurInnen wider. Die bunten Kreise entsprechen den gegenwärtigen SchlüsselakteurInnen im Grätzel. Die strichlierten Kreise auf der linken Seite bilden die bedeutendsten Interessensgruppen ab, während die kleineren Kreise auf der rechten Seite weitere Stakeholder repräsentieren. Diese Analyse kann als Basis für weitere zukünftige Forschungen dienen.

a / Bezirksvorstehung und Bezirksvertretung Favoriten:
Schlüsselperson für die Bezirksentwicklung ist der Bezirksvorsteher. Unter dem Titel „Favoriten. Reden wir über unseren Bezirk", hat er seine Sprechstunden in diverse Beisl und Kaffeehäuser in Favoriten verlegt. Bei dieser Gasthaustour mischt er sich unter die lokale Bevölkerung, um über aktuelle Themen zu reden, Anregungen entgegenzunehmen und ein Gefühl für die Bedürfnisse der FavoritnerInnen zu bekommen. Dieses niederschwellige Angebot ermöglicht Kontakt zu allen Bevölkerungsgruppen, vor allem zu jenen, die davor zurückschrecken, ins Bezirksamt zu kommen. Damit sollen einerseits die BürgerInnen ermutigt werden, sich an der Entwicklung ihres Wohnortes zu beteiligen, und andererseits der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit unterschiedlicher ethnischer Bevölkerungsgruppen im Grätzel gestärkt werden. Seine Vision ist, dass Favoriten das Image eines klassischen ArbeiterInnenbezirks ablegt und sich zu einem Kulturbezirk umwandelt, mit vielen Events, Konzerten, Ausstellungen und anderen kulturellen Aktivitäten.
Bei der letzten Bezirksvertretungswahl in Favoriten 2015 erreichte die FPÖ 39,4 Prozent (Wien gesamt: 30,8 Prozent) und belegte den zweiten Platz hinter der SPÖ mit 41,4 Prozent. Nur zehn Jahre früher zeigte das Wahlergebnis noch ein komplett anderes Bild, da nur 19,6 Prozent der WählerInnen für die FPÖ stimmten, wohingegen die SPÖ 57,69 Prozent erzielte. Neben diesen beiden großen Parteien sind noch die Grünen, ÖVP, NEOS und Gemeinsam für Wien Teil der Favoritner Bezirksvertretung.

b / Wiener Stadtverwaltung:
Das ExpertInnenwissen innerhalb der verschiedenen Magistratsabteilungen der Wiener Stadtverwaltung ist bedeutsam für die Entwicklung der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße. Doch sollte deren Know-how verstärkt mit AkteurInnen vor Ort ausgetauscht werden, um „Informationssilos" zu vermeiden und geplante Aktivitäten besser zu koordinieren. Teilweise wurde auch Kritik an einzelnen Aktivitäten der Magistratsabteilungen geäußert, wiewohl alle Befragten die Magistratsabteilungen als wichtige PartnerInnen sehen, wenn es um die Aufwertung des Gebietes geht.

c / GB*ost und Lokale Agenda Favoriten:
Die GB*ost und die Lokale Agenda Favoriten sind an der Entwicklung des 10. Bezirks maßgeblich beteiligt. Sie dienen als Service-stellen für alle BewohnerInnen Favoritens, wobei die Lokale Agenda Favoriten die aktive Mitgestaltung für die nachhaltige Entwicklung der Nachbarschaft fördert und die GB*ost BewohnerInnen bei ihren Anliegen unterstützt. BürgerInnenbeteiligungen an Gemeinschaftsprojekten sollen einerseits die Nachbarschaftsbeziehungen ausbauen bzw. verbessern, und andererseits die BewohnerInnen ermächtigen, eine aktive Rolle im Grätzel zu übernehmen, um die Lebensqualität zu erhöhen. Besondere

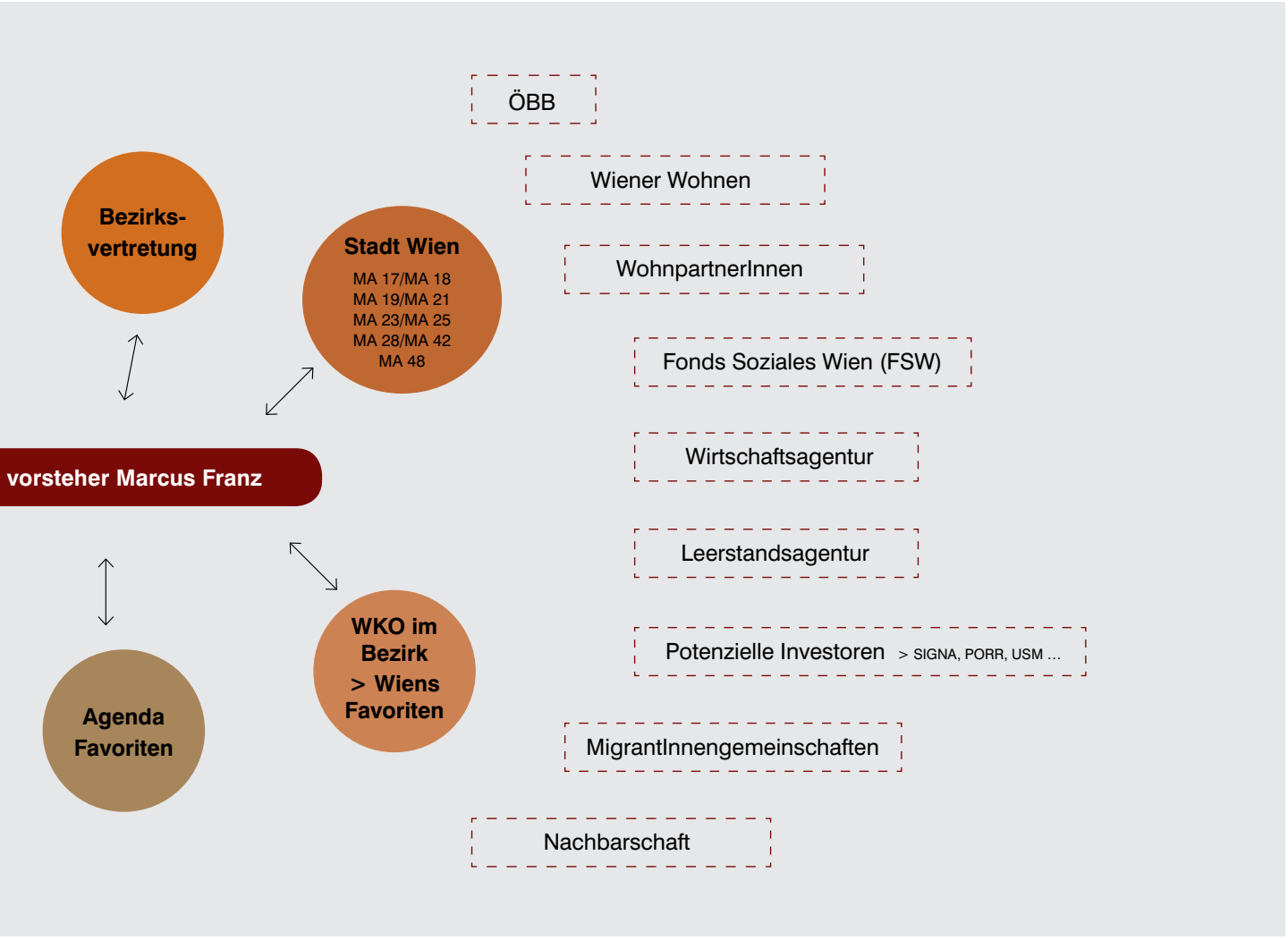
Abb. 23: Institutional Map untere Fußgängerzone Favoritenstraße



Bedeutung wird dabei dem öffentlichen Raum beigemessen. Momentan gibt es kein Projekt in der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße, das von einer der beiden Institutionen unterstützt wird. Dazu bedarf es freiwilliger Beteiligung der BewohnerInnen oder anderer lokaler Einrichtungen, da sie nicht die Kapazität haben, allein ein Projekt umzusetzen.

d / Wirtschaftskammer (WKO) im Bezirk: Die Wirtschaftskammer hat für alle Wiener Bezirke jeweils eigene Verantwortlichkeiten. Was die untere Fußgängerzone in der Favoritenstraße betrifft, möchte sie primär das Problem der geringen Frequenz sowie die hohen Leerstände in Angriff nehmen. Zu diesem Zweck hat sie angeregt, eine Wirtschaftsinitiative zu gründen, die leerstehende Einheiten in der Erdgeschoßzone im Gebiet anmietet und sie zur Zwischennutzung an JungunternehmerInnen weitervermietet, um ein Cluster an Pop-up-Stores zu entwickeln. Wie diese Initiative finanziert wird, und ob die HauseigentümerInnen überhaupt zustimmen, ist nicht geklärt, weshalb man sich vorerst nicht zu viel von dieser Idee erwarten darf.

Wiens Favoriten ist ein Verein der Wirtschaftskammer Wien, der UnternehmerInnen in der Einkaufsstraße Favoritenstraße und Umgebung unterstützt. Als Dachverband fungiert die Institution Wiener Einkaufs-



Quelle: Erhebung und Darstellung Verena Kamtner

straßen, die von der Wirtschaftsagentur Wien gefördert wird. Wiens Favoriten hat derzeit 75 Mitglieder, die sie in der Nachbarschaft bewerben und miteinander vernetzen. Als Vereinsmitglied besteht die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen, was heutzutage immer weniger angenommen wird, da die meisten Unternehmen in der Favoritenstraße nicht genug Zeit und Engagement aufbringen können. Die Mehrheit der Mitglieder sind österreichische Unternehmen. Da jedoch viele UnternehmerInnen einen Migrationshintergrund haben, wird Wiens Favoriten auch als „ÖsterreicherInnen-Verein" wahrgenommen. Es wäre anstrebenswert, auch UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund als Mitglieder zu gewinnen. Es wäre wichtig, dass die ansässigen Unternehmen der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße gemeinsam an einem Strang ziehen.

e / Grätzelpolizei: Seit 2017 ist die sogenannte Grätzelpolizei in Wien im Einsatz. Die nationale Initiative GEMEINSAM.SICHER zielt darauf ab, das Sicherheitsgefühl und Vertrauen der Bevölkerung zu stärken und Barrieren zwischen der Polizei, den Verwaltungsbehörden und den BürgerInnen abzubauen. In Wien sind rund 100 Sicherheitskräfte „GrätzelpolizistInnen", die den niederschwelligen Kontakt der Bevölkerung zur Polizei stärken sollen. In Favoriten kümmern



Identifizierung von AkteurInnen

sich sieben GrätzelpolizistInnen um die Sicherheitsanliegen der lokalen Bevölkerung. Als „lokale ExpertInnen“ dieses Stadtteils sehen sie die untere Fußgängerzone als Stiefkind, da die Bevölkerung des 10. Bezirks keine Zugehörigkeit empfindet und die AnrainerInnen des 4. Bezirks sich als InnerstädterInnen sehen und lediglich bis zum Hauptbahnhof und nicht weiter Richtung Süden gehen. Eine Bezeichnung für die untere Fußgängerzone der Favoritenstraße lautet „Blinddarm“, da scheinbar niemand diesen Bereich der Favoritenstraße benötigt, er aber auch niemanden stört, solange er keine Probleme verursacht. Tatsächlich ist dieser Abschnitt unauffällig und weist eine durchschnittliche Kriminalitätsrate auf. Eine Art von Grätzelgefühl sei nicht vorhanden, weshalb sich die Beteiligung der BürgerInnen als Hürde herausstellen könnte. Die GrätzelpolizistInnen sind ist auch für das Sonnwendviertel zuständig. Dieses hat seiner Meinung nach nichts gemein mit der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße und ein Zusammenwachsen ist unwahrscheinlich, da nicht einmal ein Zusammenhalt innerhalb des Sonnwendviertels vorhanden sei.

f / HauseigentümerInnen: Auch die privaten HausbesitzerInnen sind Schlüsselpersonen des Stadtteils, wiewohl sie von allen InterviewpartnerInnen nicht als konstruktive StadtteilgestalterInnen wahrgenommen wurden. So wird angegeben, sie blockieren eine Aufwertung der Nachbarschaft, obwohl sie davon profitieren könnten. Bis heute sei keine Zusammenarbeit mit ihnen möglich. Die meisten HauseigentümerInnen entscheiden in ihrem kurzfristigen Interesse, nehmen Leerstände in Kauf und kümmern sich wenig um die MieterInnen bzw. den Zustand der Wohnungen, so das Bild aus den Interviews. Da der Umgang mit Immobilieneigentum vorwiegend privatrechtlich geregelt ist, können öffentliche Institutionen nur schwer eingreifen und Vorschriften machen. Kleine, oberflächliche Verbesserungen der unteren



_____und Netzwerken

Fußgängerzone der Favoritenstraße können ohne deren Zustimmung nicht umgesetzt werden. Jedoch ist für eine umfassende Neukonzipierung des öffentlichen Raums auch die Neugestaltung der privaten Räume, insbesondere der Häuser, notwendig.

g / Netzwerke: Das Institutional Mapping beschäftigt sich nicht nur mit der Identifizierung von AkteurInnen, sondern auch von Netzwerken. In Favoriten gibt es über Jahrzehnte hinweg ein großes, funktionierendes Netzwerk an diversen Institutionen, das sich durch regelmäßigen Austausch auszeichnet. Das **Regionalteam Favoriten** dient als bezirksweite Plattform für soziale Einrichtungen. Zu den vierteljährlichen Treffen sind alle Institutionen eingeladen, um sich kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und über aktuelle Probleme zu diskutieren. Im Vordergrund steht die Zusammenarbeit. Darauf aufbauend haben sich kleinere Netzwerke gebildet, wie zum Beispiel der Arbeitskreis Kinder und Jugend oder der Arbeitskreis SeniorInnen, die wiederum mit anderen Institutionen vernetzt sind. Die Polizei ist mit den Netzwerken verlinkt und versucht, deren Anliegen in die Initiative GEMEINSAM. SICHER zu integrieren, die sich wesentlich auf die GrätzelpolizistInnen stützt. In Favoriten hält der Bezirksvorsteher seine Sprechstunden gemeinsam mit dem Sicherheitskoordinator und den GrätzelpolizistInnen ab, damit etwaige Sicherheitsanliegen gleich direkt an die Polizei herangetragen werden können. Darüber hinaus gibt es quartalsmäßige Sicherheits-Jour-Fixes zum Umfeld des Hauptbahnhofs mit rund 30 TeilnehmerInnen (u. a. Wiener Linien, Österreichische Bundesbahnen, WIPARK, Mungos, Suchthilfe Wien, Caritas, Magistratsabteilung 42). Da der Hauptbahnhof von großer Bedeutung für ganz Wien ist, stellt er ein zentrales Thema über den 10. Bezirk hinweg dar.

5. BewohnerInnenbefragung am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz

Im Folgenden werden die Ergebnisse der BewohnerInnenbefragung am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz vorgestellt. In diesem Zusammenhang wird zunächst auf die Erstellung des Fragebogens Bezug genommen und die Durchführung der Befragung erläutert, bevor die Ergebnisse im Detail besprochen werden.

Konzeption und Durchführung

Auch wenn „Alltagsökonomie" ein neues wissenschaftliches Konzept ist, sind die Themen Nahversorgung, Daseinsvorsorge und Nutzung öffentlicher Räume schon lange Gegenstand empirischer Erhebungen. Gerade in Wien wurde mit den seit 1995 durchgeführten Erhebungen zur Lebensqualität eine Tradition begründet, welche die Zufriedenheit der Bevölkerung mit Einkaufsmöglichkeiten, öffentlicher Infrastruktur und öffentlichem Raum regelmäßig erfasst (Troger und Gielge 2016). Das Interesse am Wohlergehen und der Zufriedenheit der Wiener Bevölkerung ist auch in Studien wie dem Besiedelungsmonitoring der Seestadt Aspern (Reinprecht und Dlabaja 2015) sowie in der Studie zu den „Urbanen Nutzungsmustern" (Horak 2017) sichtbar. Das Projektteam hat sich bei der Erstellung des Fragebogens von diesen Studien leiten lassen, jedoch Adaptierungen dort vorgenommen, wo es notwendig erschien, den Besonderheiten des Untersuchungsgebiets Rechnung zu tragen. Darüber hinaus haben auch die Rückmeldungen der Magistratsabteilung 18, des Planungsbüros stadtland sowie der GB*west zu weiteren Anpassungen und Ergänzungen beigetragen.

DieBewohnerInnenbefragung konzentrierte sich auf folgende Kernthemen: Wie zufrieden sind die BewohnerInnen rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz mit den vor Ort gegebenen Einkaufs- und Konsummöglichkeiten, der öffentlichen Infrastruktur und dem öffentlichen Raum? Wie nutzen sie diese Angebote? Wie beurteilen sie verschiedene Vorschläge zur Neugestaltung des Platzes? Die im Fragebogen diesbezüglich aufgelisteten Vorschläge wurden im Wesentlichen dem von der GB*9/17/18 initiierten Projekt KIOSK entnommen (siehe Kapitel 3 – Historische Entwicklung). Ein letzter Themenblock betraf Fragen zum ehrenamtlichen Engagement, um die von den BewohnerInnen geleisteten freiwilligen und unentgeltlichen Tätigkeiten im außerfamiliären Bereich zu erfassen.

Die Lebensqualität von Menschen hängt nicht nur mit dem äußeren Angebot, der „Infrastruktur", zusammen, auch innere Einstellungen spielen eine Rolle. Eine Trennung zwischen „innen" und „außen" ist nicht leicht zu ziehen, da jeder und jede immer auch durch die mit einer Klassenposition verbundenen Bewusstseins-, Einstellungs- und Handlungsmuster geformt ist, und so die gesellschaftlichen Strukturen direkt Eingang in die Persönlichkeit finden, im Sinne einer Art Körpertechnik (Bourdieu 1992: 81). Ein international übliches Maß einer solchen „inneren" Lebensqualität ist das Maß an Vertrauen, das man seinen Mitmenschen entgegenbringt sowie die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation. Diese Fragen erlauben es, an internationale Studien anzuschließen (Gieling und Haartsen 2017), da diesbezügliche Fragen beispielsweise im European Social Survey enthalten sind.

Bei der Durchführung der Befragung wurde entschieden, den Fragebogen direkt an die BewohnerInnen zu verteilen.[8] Damit sind folgende Vorteile verbunden: (1) Durch den persönlichen Kontakt ist davon auszugehen, dass die Ausfüllbereitschaft günstig beeinflusst wird und mehr Personen an der Befragung teilnehmen, als wenn der Fragebogen nicht

persönlich ausgehändigt worden wäre. Dies betrifft vor allem ältere Personen (Christiaansen und Haartsen 2017). (2) Weiters erhält man durch das persönliche Austeilen der Fragebögen einen Einblick in jene Gruppe von Menschen, die nicht an der Befragung teilnehmen wollen und über die man in den herkömmlichen Untersuchungen meist gar keine Informationen besitzt. (3) Die BewohnerInnen werden durch die Befragung über diverse Umgestaltungsmöglichkeiten informiert und auf diese Weise gleichsam „aktiviert".

Drei Wochen lang, von Ende Mai bis Mitte Juni 2018, war das Team, bestehend aus den Bachelorstudierenden Zsolt Dobos, Iva Ljubic und Clara Marinovic und der Projektkoordinatorin Sigrid Kroismayr in dem Gebiet zwischen Staudgasse – Mitterberggasse – Schuhmanngasse – Hildebrandgasse unterwegs und ist von Haus zu Haus, von Tür zu Tür gegangen. Insgesamt wurden ungefähr 1.200 Fragebögen entweder direkt ausgehändigt oder im Postfach hinterlegt. Die ausgefüllten Fragebögen konnten dann im Lokal Nest am Platz Ecke Kreuzgasse/ Leitermayergasse abgegeben werden, wo eine gut sichtbare rote Box aufgestellt war. Schlussendlich haben **218 Personen** an der Befragung teilgenommen. Der **Rücklauf liegt bei 18 Prozent.** Auffallend war, dass die Fragebögen sehr sorgfältig ausgefüllt waren. Dies ist gerade bei „SelbstausfüllerInnen" keineswegs selbstverständlich, da hier oftmals Fragen ausgelassen und übersprungen werden.

Die Gewissenhaftigkeit, mit der die Fragebögen ausgefüllt wurden, lässt sich auch an der Beantwortung der **offen gestellten Frage** ablesen, in der die TeilnehmerInnen aufgefordert wurden, schriftlich zu notieren, was ihnen in ihrer Wohnumgebung fehle. **133 Personen** haben hier die Gelegenheit genützt, in schriftlicher Form Anmerkungen zu machen, was sie in ihrem Alltag vermissen und gerne vor Ort vorfinden würden. Dies bedeutet, dass **61 Prozent der RespondentInnen** in irgendeiner Weise Stellung bezogen haben, was sich am und rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz ändern sollte. Diese Vorschläge sind nicht als individuelle Wünsche zu verstehen, sondern als Vorschläge, die insgesamt auf eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Platz abzielen und dadurch allen Menschen, die sich dort aufhalten und wohnen, zugutekommen würden.

Der Umfang der Rückmeldungen variierte von einem Wort bis zu mehreren Zeilen. In einem Fall wurde gar ein Brief verfasst und dem Fragebogen beigelegt. Dieses Engagement macht deutlich, dass den BewohnerInnen und AnrainerInnen die zukünftige Neugestaltung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes ein großes Anliegen ist. In Bezug auf sozio-demografische Merkmale gibt es keine Auffälligkeiten, das heißt, die schriftlichen Rückmeldungen entsprachen der vorhandenen Verteilung im Sample. Indem es sich allerdings um eine Individualbefragung gehandelt hat und nicht um eine Haushaltsbefragung, ist es vorgekommen, dass sich manche Haushalte stärker zu Wort gemeldet haben, zum Beispiel durch gleiche oder ähnliche Kommentare eines Zweipersonenhaushalts. Soweit ersichtlich, ist das jedoch nur vereinzelt der Fall gewesen.

8 Von der ursprünglichen Idee einer PassantInnenbefragung bzw. einer Einbindung der SchülerInnen der Neuen Mittelschule Schopenhauerstraße 79 wurde Abstand genommen, da befürchtet wurde, weit weniger und selektivere Bevölkerungsgruppen erreichen zu können. Das Format schien auch wenig praktikabel, da eine persönliche Befragung zu lange gedauert hätte.

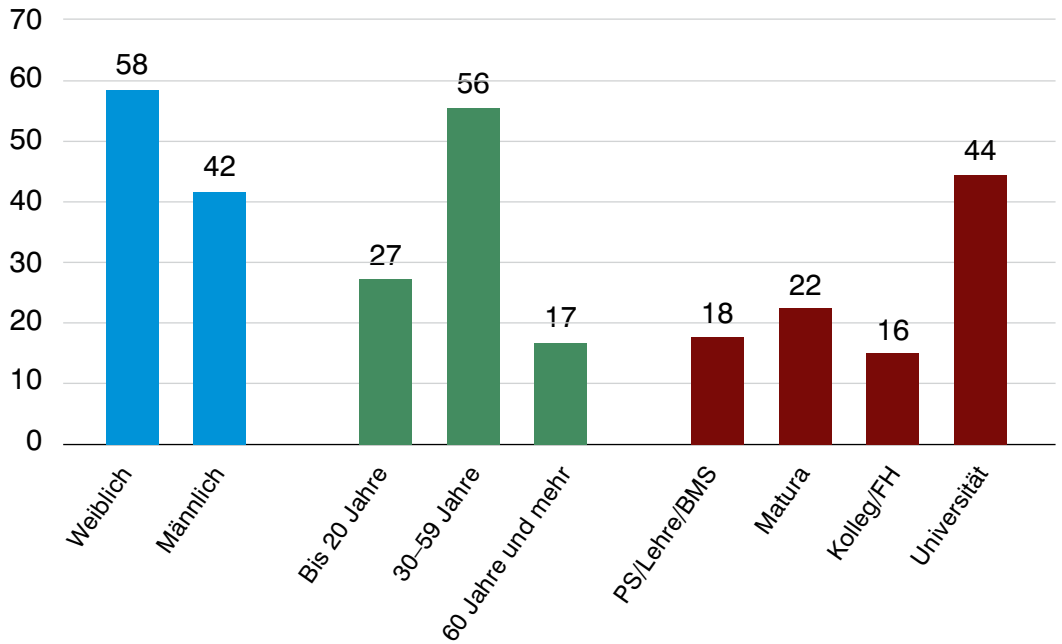
Beschreibung des Samples

Im Folgenden wird die Verteilung des Samples nach wichtigen sozio-demografischen Merkmalen vorgestellt. Es zeigt sich, dass 58 Prozent der beantworteten Fragebögen von Frauen und 42 Prozent von Männern ausgefüllt wurden. Die Altersstruktur im Sample bildet die Bevölkerungsstruktur im Kreuzgassenviertel gut ab, mit einem Anteil von 27 Prozent bei den unter 30-Jährigen, 57 Prozent bei den 30- bis 59-Jährigen und 17 Prozent bei den Personen ab dem 60. Lebensjahr (vgl. Troger und Gielge 2016: 100). Gerade ältere Personen sind in Befragungen oftmals unterrepräsentiert, vor allem wenn es sich um Online-Befragungen handelt. Für die vorliegende Befragung trifft dies nicht zu und ist sehr wahrscheinlich der direkten Verteilung der Fragebögen zu verdanken.

In der Befragung liegt der Anteil von Personen mit sekundärer Bildung (Lehre, berufsbildende mittlere Schule, Matura) bei 38 Prozent.[9] Damit ist diese Personengruppe unterdurchschnittlich im Sample vertreten, da laut den statistischen Grundlagen der Stadt Wien der Anteil in diesem Viertel zwischen 49 und 55 Prozent liegt (Stadt Wien 2015b). Am häufigsten haben Personen mit einem akademischen Abschluss an der Befragung teilgenommen.[10] Inkludiert man auch jene Personen, die ein Kolleg, eine Akademie oder eine Fachhochschule abgeschlossen haben, ergibt sich ein Anteil von 60 Prozent. Dieser **überdurchschnittliche Anteil an Personen mit akademischer Bildung** lässt sich damit erklären, dass diese Bevölkerungsgruppe eher Gelegenheiten der Mitbestimmung wahrnimmt. Es kommt aber auch der Umstand zum Tragen, dass diese Personen selbst einmal studiert haben, und daher eher bereit sind, (Bachelor-) Studierende in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Im Fragebogen wurde sowohl nach dem Geburtsland als auch nach der Staatsbürgerschaft gefragt. Der Anteil der Personen, die seit der

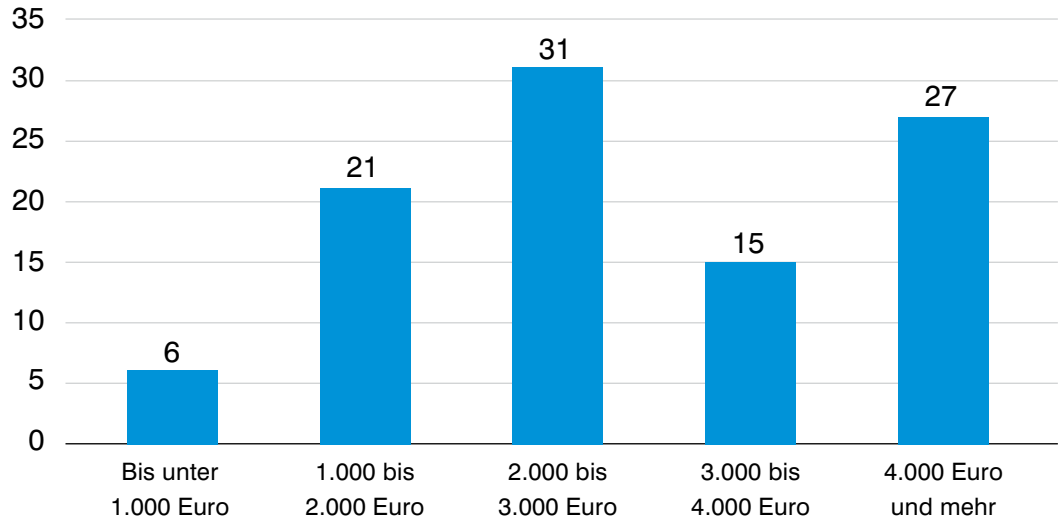
Abb. 23: Samplestruktur nach sozio-demografischen Merkmalen (in %)



9 Nur zwei Prozent haben einen Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss angegeben.

10 Für bestimmte Gebiete im 18. Bezirk, wie z. B. Pötzleinsdorf, ist ein AkademikerInnenanteil von 38 Prozent in der letzten Registerzählung 2011 nachgewiesen (Troger und Gielge 2016: 100).

Abb. 24: Monatliches Nettoeinkommen im Haushalt (in %)



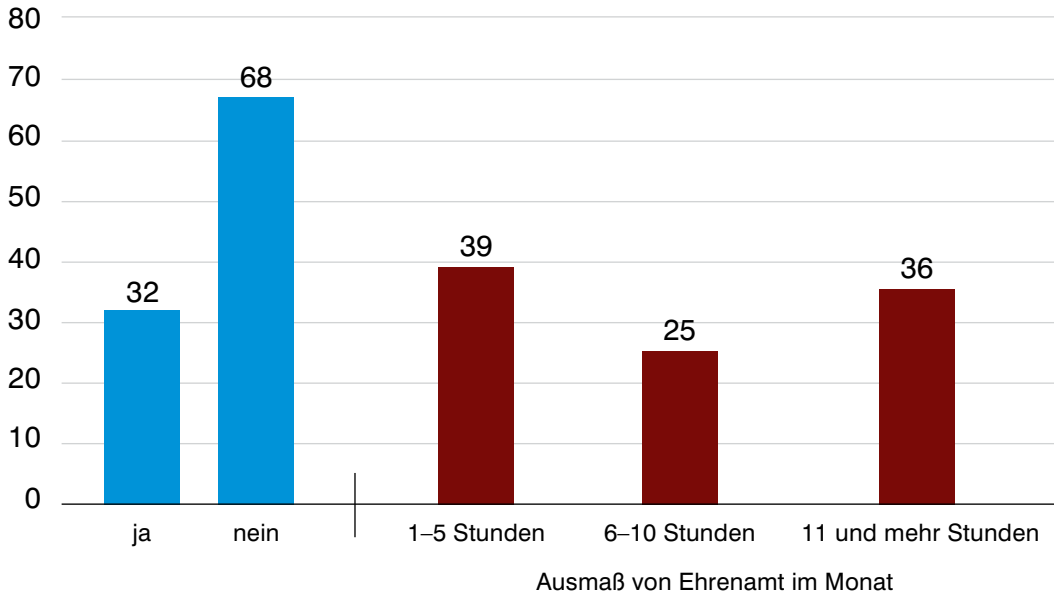
Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, beträgt im Sample 85 Prozent. Dies bedeutet, dass der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund bei mindestens 15 Prozent liegt, während für Wien der entsprechende Anteil 37,5 Prozent ausmacht. Dieser Wert kann auch als Richtwert für das Kreuzgassen- und Schuhmanngassenviertel gelten (Stadt Wien 2017b), sodass **im Ausland geborene Personen im Sample stark unterrepräsentiert sind.** Eine Charakteristik des Samples ist weiters, dass der Anteil an Singlehaushalten, gemessen am Wiener Durchschnitt, verhältnismäßig niedrig ist. Im Untersuchungsgebiet liegt er im Jahr 2017 bei 50 Prozent und mehr (Stadt Wien 2017a), während der Anteil in der Untersuchung 19 Prozent beträgt. In der Befragung sind hingegen **Haushalte mit Kindern überdurchschnittlich erfasst**.

Der überwiegende Anteil der BefragungsteilnehmerInnen befindet sich in einer günstigen ökonomischen Situation. Nur sechs Prozent haben monatlich weniger als 1.000 Euro netto für den Haushalt zur Verfügung, während **27 Prozent ein Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro und mehr** aufweisen. In diesen Zahlen spiegeln sich der hohe Anteil an AkademikerInnen sowie der niedrige Anteil an Personen mit Migrationshintergrund wider.

Ein Drittel der Befragten ist ehrenamtlich tätig. Allerdings lassen sich teilweise nennenswerte Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen feststellen. Männer haben häufiger angegeben, ehrenamtlich tätig zu sein als Frauen (37 versus 26 Prozent). Beim Vergleich der Altersgruppen zeigt sich, dass 36 Prozent der mittleren Generation (30-59 Jahre) ehrenamtlich tätig sind und damit zu den Aktivsten gehören, während von der älteren Generation nur zwölf Prozent ein Ehrenamt ausüben. In Bezug auf den Bildungsabschluss dominieren die **UniversitätsabsolventInnen, von denen sich 41 Prozent ehrenamtlich engagieren, während es bei den Personen mit Pflichtschule, Lehre oder mittlerer berufsbildender Schule 16 Prozent sind.** Unterschiede zwischen Einkommensgruppen lassen sich beim ehrenamtlichen Engagement nicht feststellen.

Will die Belebung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes gelingen, ist es wichtig zu wissen, wie gut vernetzt die dort lebenden Personen

Abb. 25: Ehrenamtliches Engagement (in %)

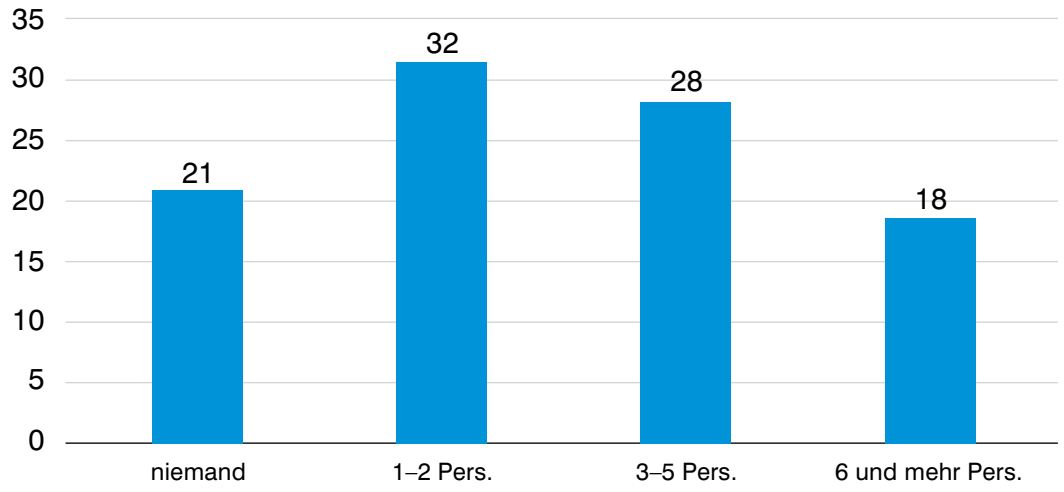


bereits sind. Eine Betrachtung nach soziodemografischen Merkmalen zeigt, dass vor allem viele von den unter 30-Jährigen niemanden vor Ort kennen, mit dem sie in ihrer Wohnumgebung in einem regelmäßigen Kontakt stehen. 44 Prozent von ihnen haben angegeben, keine nachbarschaftlichen Beziehungen zu pflegen, während es im Durchschnitt „nur" 21 Prozent sind. Noch **höher ist der Anteil an Personen ohne nachbarschaftliche Kontakte bei jenen, die gerade eine Ausbildung machen.** Mehr als die Hälfte hat angegeben, mit niemandem im Wohnumfeld Kontakte zu unterhalten. Es ist anzunehmen, dass es sich bei diesen Menschen primär um Studierende handelt, deren Freundes- und Bekanntenkreis sich außerhalb der Wohnumgebung befindet. Umgekehrt verhält es sich bei der **älteren Generation, von denen sich die Hälfte zumindest mit drei bis fünf Personen in der Nachbarschaft regelmäßig austauscht,** während es im Durchschnitt 28 Prozent der BefragungsteilnehmerInnen sind. Besonders gut vernetzt sind auch Personen, die in Eigentum leben bzw. ein Haus besitzen. Ein Drittel von ihnen plaudert regelmäßig mit mehr als fünf Personen in der Nachbarschaft, während der entsprechende Wert im Durchschnitt bei 18 Prozent liegt.

Abschließend sollen noch ein paar Anmerkungen zum Vertrauen der BefragungsteilnehmerInnen in ihre Mitmenschen und zur eigenen Lebenszufriedenheit gemacht werden. Aus Abbildung 28 ist ersichtlich, dass die Zufriedenheit stärker ausgeprägt ist als das Vertrauen. Auf einer 10-stufigen Skala haben 20 Prozent angegeben, sehr großes Vertrauen in die Mitmenschen zu haben (9–10 Pkt.), die Hälfte besitzt mittleres Vertrauen (6–8 Pkt.), und nicht ganz ein Drittel ist gegenüber Mitmenschen eher misstrauisch eingestellt (0–5 Pkt.). Insbesondere ältere Menschen ab 60 Jahren und Personen mit Pflichtschule, Lehre oder einer berufsbildenden mittleren Schule weisen mit 45 bzw. 58 Prozent ein überdurchschnittlich geringes Vertrauen in andere Menschen auf.

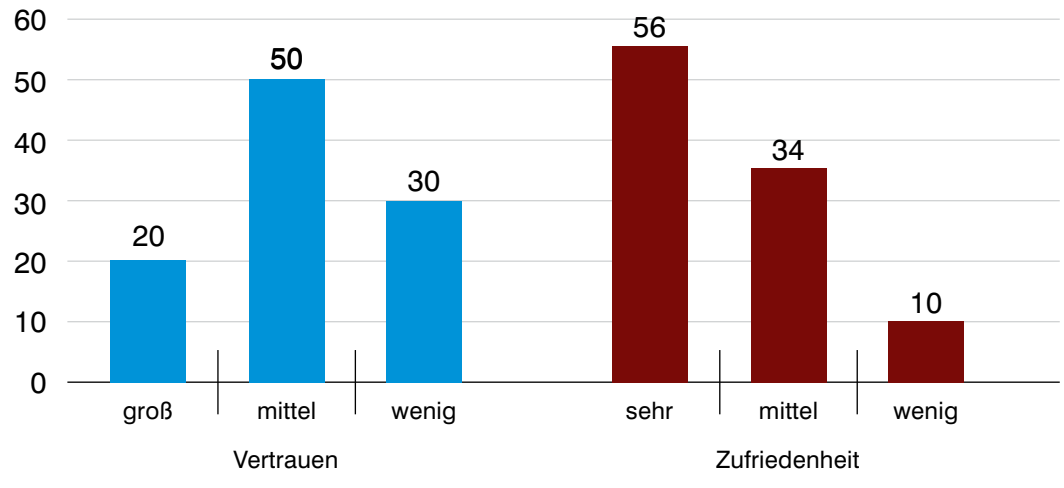
In Bezug auf die Lebenszufriedenheit, die ebenfalls auf einer 10-stufigen Skala erfasst wurde, weisen die BefragungsteilnehmerInnen im Allgemeinen sehr hohe Werte auf. Mehr als die Hälfte hat die höchsten Zufriedenheitsnoten

Abb. 26: Kontakte rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz (in %)



(9–10 Pkt.) vergeben, ein Drittel ist zumindest mittelmäßig mit dem Leben zufrieden (6–8 Pkt.) und nur ein Zehntel ist mit der eigenen Lebenssituation unzufrieden. Es lässt sich auch ein klarer Zusammenhang zwischen Einkommen und Zufriedenheitsnoten feststellen. So haben nur 41 Prozent der Personen, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen unter 2.000 Euro liegt, ihre Zufriedenheit mit 9 oder 10 bewertet, während es bei Personen mit über 3.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen 73 Prozent sind.

Abb. 27: Vertrauen und Zufriedenheit (in %)



Quantitative Ergebnisse der BewohnerInnenbefragung

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der quantitativen Erhebung vorgestellt. In den Abbildungen sind immer die Prozentwerte aller BefragungsteilnehmerInnen angegeben. In der Interpretation wird aber auf das Antwortverhalten von bestimmten Bevölkerungsgruppen näher eingegangen, sofern dieses vom Durchschnitt abweicht.

Die Zufriedenheit mit dem bestehenden Angebot an Lebensmittelgeschäften ist gut, und liegt bei 69 Prozent. Trotzdem sollte nicht übersehen werden, dass fast ein Drittel der BefragungsteilnehmerInnen mit der vorhandenen Auswahl am und rund um den Platz nur mäßig zufrieden ist und daher Potenzial zur Verbesserung besteht. Die unter 30-Jährigen sind besonders zufrieden. Gleich 80 Prozent haben hier angegeben, sehr oder eher zufrieden zu sein. Gleiches gilt für Personen, die nicht in Österreich geboren sind, von denen 84 Prozent die Versorgung als zufriedenstellend beurteilt haben. Umgekehrt ist die junge Generation bei der Versorgung mit lokalen und regionalen Produkten weniger zufrieden als der Durchschnitt. Nicht einmal ein Drittel der unter 30-Jährigen steht hier dem Angebot positiv gegenüber, während die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Auswahl an regionalen und lokalen Produkten bei 42 Prozent liegt. Bei der Versorgung mit biologischen Lebensmitteln lassen sich keine auffallenden Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen feststellen.

Als Nahversorgung im weiteren Sinne wurde in der Befragung das Angebot an Drogerien, Trafiken sowie Bank- und Postfilialen erfasst. Das Ergebnis zeigt, dass die Zufriedenheit mit dem Angebot für die zwei erstgenannten Bereiche höher liegt als die Zufriedenheit mit den Lebensmittelgeschäften. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Auswahl an Geschäften

Abb. 28: Zufriedenheit mit der Nahversorgung im engeren Sinn (in %)

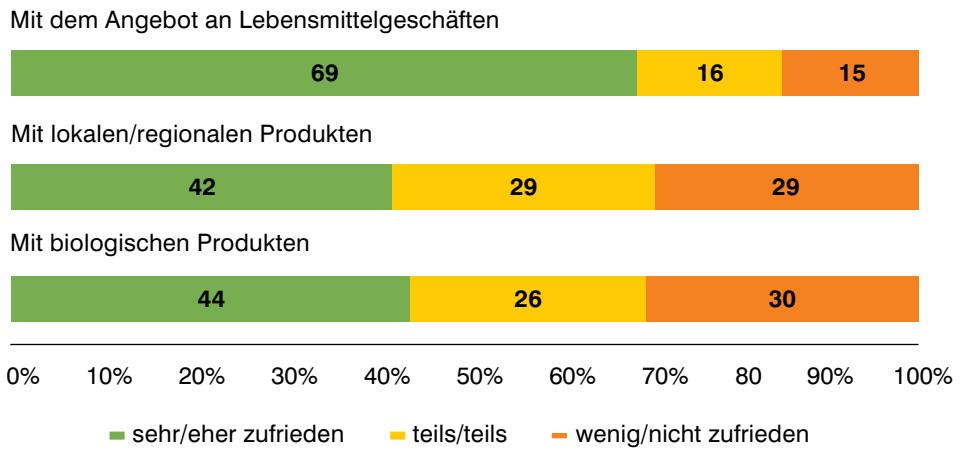
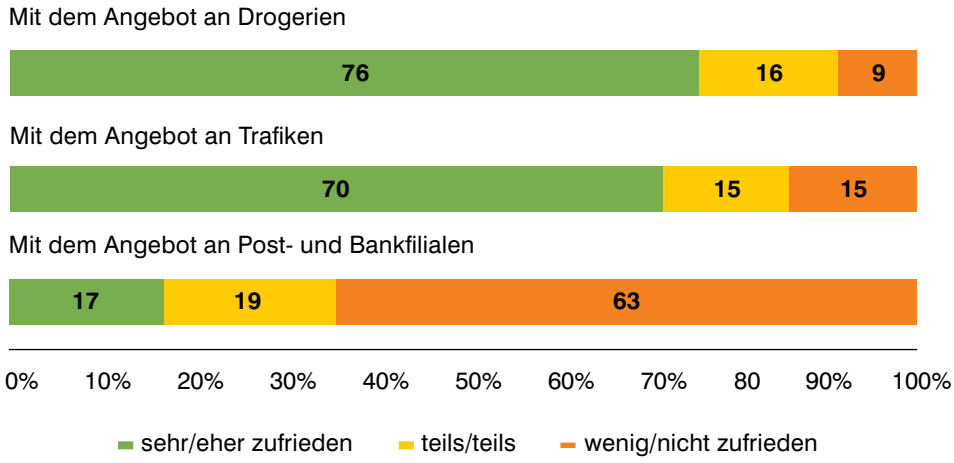


Abb. 29: Zufriedenheit mit der Nahversorgung im erweiterten Sinn (in %)



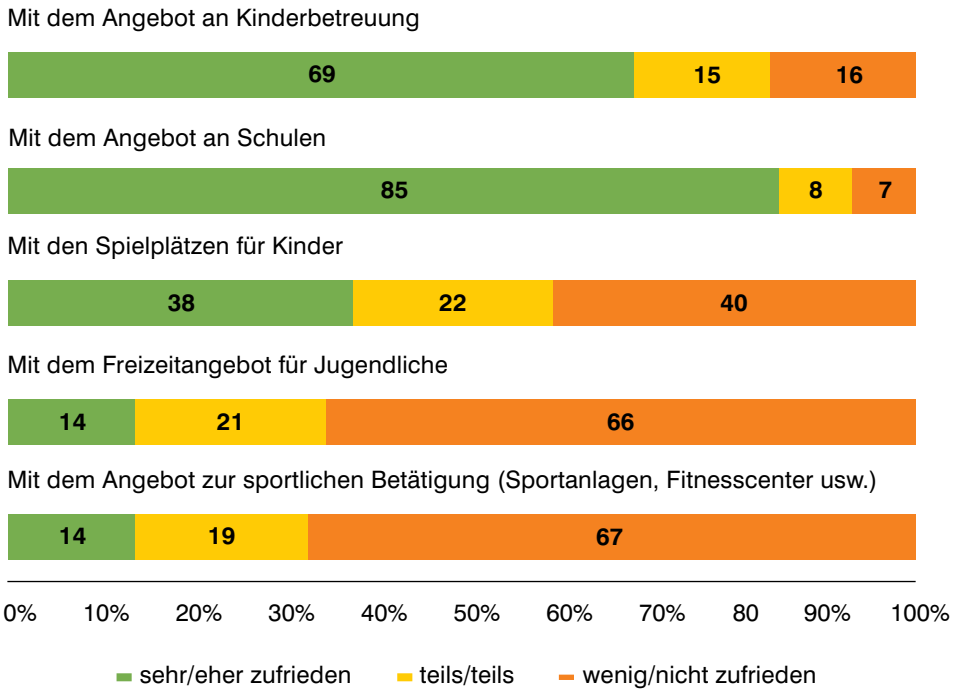
im Lebensmittelbereich größer ist als bei Drogerien und Trafiken. Bei der Beurteilung des Angebots an **Trafiken** sind es wieder die unter 30-Jährigen, von denen 86 Prozent besonders hohe Zufriedenheitswerte aufweisen, während die über 60-Jährigen mit 59 Prozent unterdurchschnittlich zufrieden sind.

Die Zufriedenheit mit den Bank- und Postfilialen fällt im Vergleich zu anderen Angeboten deutlich zurück. Vor einigen Jahren hat in der Kreuzgasse (Ecke Teschnergasse) die letzte Bankfiliale zugesperrt und nur mit Mühe konnte man erreichen, dass zumindest die Möglichkeit zur Bargeldabhebung durch die Installierung eines Bankomats erhalten blieb. Vor allem die über 60-Jährigen sind mit dieser Situation sehr unzufrieden. Gleich **91 Prozent (!) haben das Angebot an Post- und Bankfilialen negativ bewertet.** Dies ist insofern gut nachvollziehbar, als für diese Generation die persönliche Betreuung in Geldangelegenheiten weiterhin wichtig ist. Dazu kommt, dass durch die im Alter häufiger auftretenden körperlichen Beeinträchtigungen der nun deutlich längere Fußweg beschwerlich werden kann.

In Abbildung 30 sind die Einschätzungen zum Bildungs- und Freizeitangebot dargestellt. Das Angebot an Kinderbetreuung wurde von 69 Prozent der BefragungsteilnehmerInnen, jenes an Schulen sogar zu 85 Prozent (!) als zufriedenstellend beurteilt.[11] Allerdings zeigen sich interessante Unterschiede nach dem Bildungsabschluss: AkademikerInnen beurteilen das Angebot generell günstiger als Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Eine Erklärung könnte sein, dass es in diesem Gebiet ein vielfältiges Angebot an Privatschulen und Privatkindergärten gibt, das jedoch von dieser Bevölkerungsgruppe aufgrund des finanziellen Mehraufwands nicht in Anspruch genommen werden kann.

11 Die Kartierung der Erdgeschoßzonen rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz (siehe Kap. 3.1.3.) zeigt, dass auch in den Erdgeschoßen Angebote an Sozial- und Bildungseinrichtungen an dritter Stelle rangieren.

Abb. 30: Zufriedenheit mit Bildungs- und Freizeiteinrichtungen (in %)

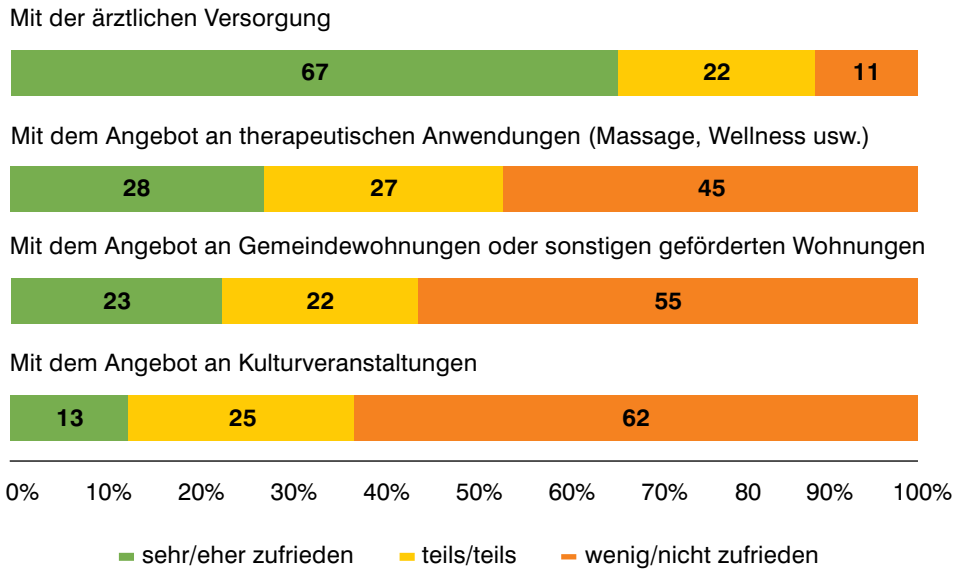


Die Zufriedenheit mit Spielplätzen, dem Freizeitangebot für Jugendliche sowie dem sonstigen sportlichen Angebot rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz ist eher niedrig ausgefallen. Personen mit einem Pflichtschul- und Lehrabschluss bzw. einem Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule sind mit dem bestehenden Angebot aber überdurchschnittlich zufrieden, während AkademikerInnen dieses wesentlich ungünstiger eingeschätzt haben. Wie schon beim Bildungsangebot zeigt sich auch beim Sportangebot eine Kluft in der Beurteilung der Bevölkerung nach Bildungsabschluss.

Das ärztliche Angebot wurde insgesamt gut bewertet. Nur elf Prozent sind wenig oder nicht damit zufrieden. Vor allem Personen mit Pflichtschule, Lehre oder berufsbildender mittlerer Schule haben das Angebot an ÄrztInnen zu 83 Prozent sehr oder eher zufriedenstellend eingestuft. Eine ähnlich hohe Zufriedenheit zeigen auch Personen der unteren Einkommensgruppen (weniger als 2.000 Euro monatliches Haushaltsnettoeinkommen). Von ihnen sind 80 Prozent mit dem Angebot an ÄrztInnen sehr oder eher zufrieden. Das therapeutische Angebot wird insgesamt weniger positiv bewertet – nur 28 Prozent der BefragungsteilnehmerInnen sind damit zufrieden. Allerdings wurde das Pflegeangebot von Personen ab 60 Jahren mit 41 Prozent überdurchschnittlich gut bewertet.

Ein facettenreiches Bild zeigen die Zufriedenheitswerte in Bezug auf das Angebot an Gemeindewohnungen: Die allgemeine Zufriedenheit liegt bei 23 Prozent. Besonders unzufrieden mit der Situation sind ältere Personen und Personen mit absolvierter Pflichtschule, Lehre oder berufsbildender mittlerer Schule. Sie schätzen das Angebot

Abb. 31: Zufriedenheit mit weiteren Infrastruktureinrichtungen (in %)

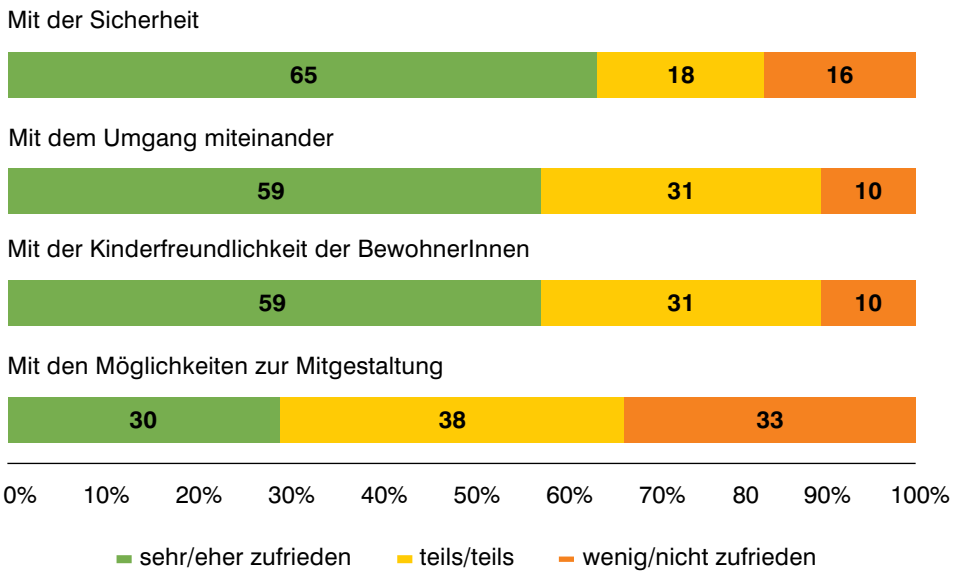


an Gemeindewohnungen nur zu sechs bzw. 14 Prozent als zufriedenstellend ein. Eine Erklärung könnten die in den letzten Jahren stark gestiegenen Mieten am privaten Wohnungsmarkt sein (Fachverband der Immobilientreuhänder 2016). Umgekehrt gibt es eine überdurchschnittliche Zufriedenheit bei den unter 30-Jährigen (36 Prozent), den AkademikerInnen (31 Prozent) und Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft (40 Prozent). Die Zufriedenheit mit dem Kulturangebot ist mit 13 Prozent generell niedrig. Unterschiede in der Einschätzung gibt es vor allem bei den Altersgruppen. Während die Jungen „nur" zu 53 Prozent wenig oder nicht zufrieden sind, liegt der entsprechende Wert bei der älteren Generation bei 73 Prozent.

Zwei Drittel der Befragten sind mit der Sicherheit rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz sehr oder eher zufrieden.

60 Prozent der BefragungsteilnehmerInnen äußern sich auch positiv über den Umgang miteinander und die Kinderfreundlichkeit in der Wohnumgebung. Allerdings schätzen Personen mit Pflichtschule, Lehrabschluss oder berufsbildender mittlerer Schule das Zusammenleben sowie die Kinderfreundlichkeit weniger günstig ein. Nur 43 bzw. 47 Prozent haben hier angegeben, sehr oder eher zufrieden zu sein, während der Durchschnitt der Zufriedenen bei jeweils 59 Prozent liegt.

Abb. 32: Zufriedenheit mit dem Zusammenleben (in %)

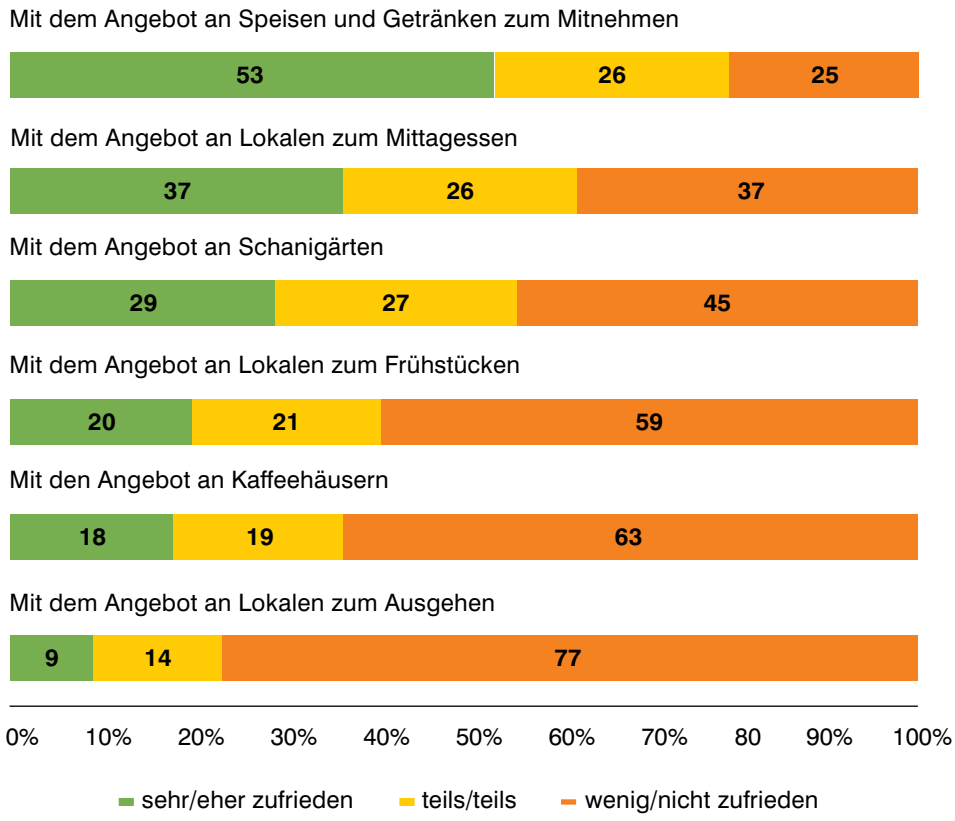


Die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Mitgestaltung fällt im Vergleich zu den anderen Parametern des Zusammenlebens deutlich zurück. Nicht ganz ein Drittel der BefragungsteilnehmerInnen (30 Prozent) sind damit sehr oder eher zufrieden. Personen mit großem Vertrauen (9–10 Pkt.) (52 Prozent), Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (43 Prozent) sowie Personen, die im Eigentum wohnen (42 Prozent), haben eine über den Durchschnitt hinausweisende Zufriedenheit geäußert. Ein weiteres Drittel ist jedoch wenig bis gar nicht zufrieden. Es sind dies Personen, die in unbefristeter Miete leben (47 Prozent) – dies betrifft verstärkt die ältere Generation –, und Personen, die keine Kontakte in der Nachbarschaft haben (43 Prozent) – dies betrifft verstärkt die junge Generation. Auch der Anteil der Männer ist in dieser Gruppe der Unzufriedenen erhöht (42 Prozent).

Es fällt auf, dass Personen mit großem Vertrauen (9–10 Pkt.) in allen vier Dimensionen besonders hohe Zufriedenheitswerte aufweisen, während Personen mit niedrigem Vertrauen in einem deutlich geringeren Maße eine positive Einschätzung abgegeben haben. Während beispielsweise Personen mit großem Vertrauen zu 90 Prozent mit der Sicherheit zufrieden sind, sind es bei Personen mit geringem Vertrauen nur 41 Prozent, also um mehr als die Hälfte weniger. Verbesserte Angebote in Bezug auf Nahversorgung, Daseinsvorsorge und Freizeitgestaltung bieten Möglichkeiten, gleichermaßen Zufriedenheit und Vertrauen zu heben – insbesondere, wenn sowohl kommerzielle als auch kommunikative Bedürfnisse befriedigt werden können.

Die **hohe Unzufriedenheit mit dem gastronomischen Angebot** ist eines der herausragenden Ergebnisse dieser Befragung. Gleichzeitig wird damit auch das größte Potenzial des Platzes deutlich. Interessanterweise fällt die Einschätzung dieses Angebots relativ einheitlich aus. Einzig die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens lässt Unterschiede in der Beurteilung sichtbar werden.

Abb. 33: Zufriedenheit mit dem gastronomischen Angebot (in %)



Als generelle Tendenz gilt, dass Personen mit einem höheren Einkommen unzufriedener mit dem vorhandenen Angebot in der Gastronomie sind als niedrigere Einkommensgruppen.

In Bezug auf die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Raum werden die Sicherheit und Barrierefreiheit von Gehwegen von allen Bevölkerungsgruppen am günstigsten eingestuft. Ungefähr zwei Drittel der BefragungsteilnehmerInnen sind damit zufrieden. An zweiter Stelle rangiert die Sauberkeit, die von einer Mehrheit (56 Prozent) positiv beurteilt wird. Besonders zufrieden mit der Sauberkeit sind die unter 30-Jährigen, von denen 70 Prozent sehr oder eher zufrieden sind. Besonders unzufrieden sind hingegen Personen der höchsten Einkommensgruppe mit 3.000 Euro und mehr monatlichem Nettoeinkommen. Nur 47 Prozent dieser Gruppe sind mit der Sauberkeit am und rund um den Platz zufrieden. Bei der Beurteilung der Plätze zum Verweilen lassen sich keine sozio-demografischen Unterschiede feststellen. Die niedrigen Zufriedenheitswerte von im Durchschnitt 27 Prozent zeigen an, dass es hier Verbesserungspotenzial gibt. Dies gilt auch für das Angebot an Bäumen und Grünflächen, mit dem nur etwas mehr als ein Viertel der BefragungsteilnehmerInnen sehr oder eher zufrieden ist. Die über 60-Jährigen sind hier am wenigsten kritisch eingestellt. 44 Prozent sind mit dem Jetzt-Zustand einverstanden.

Abb. 34: Zufriedenheit mit dem öffentlichen Raum (in %)

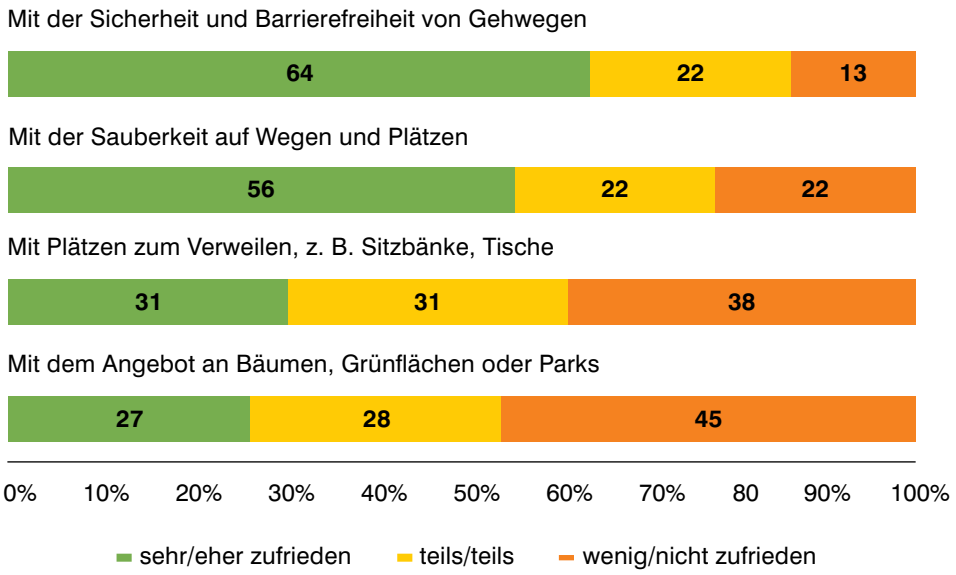
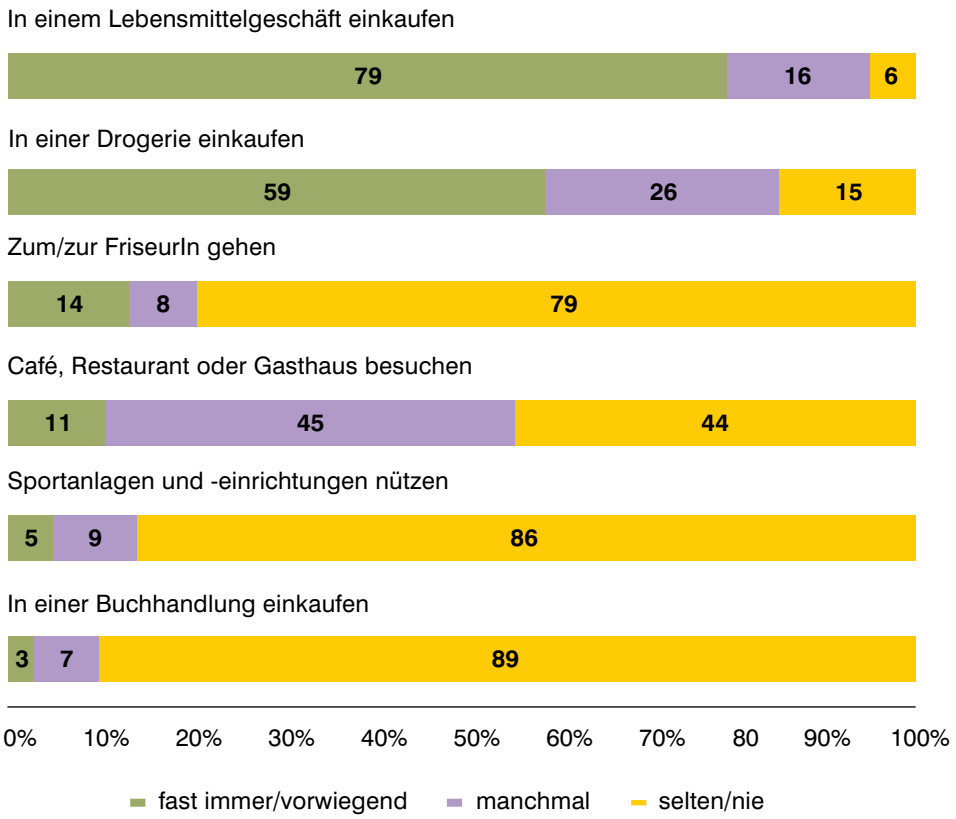


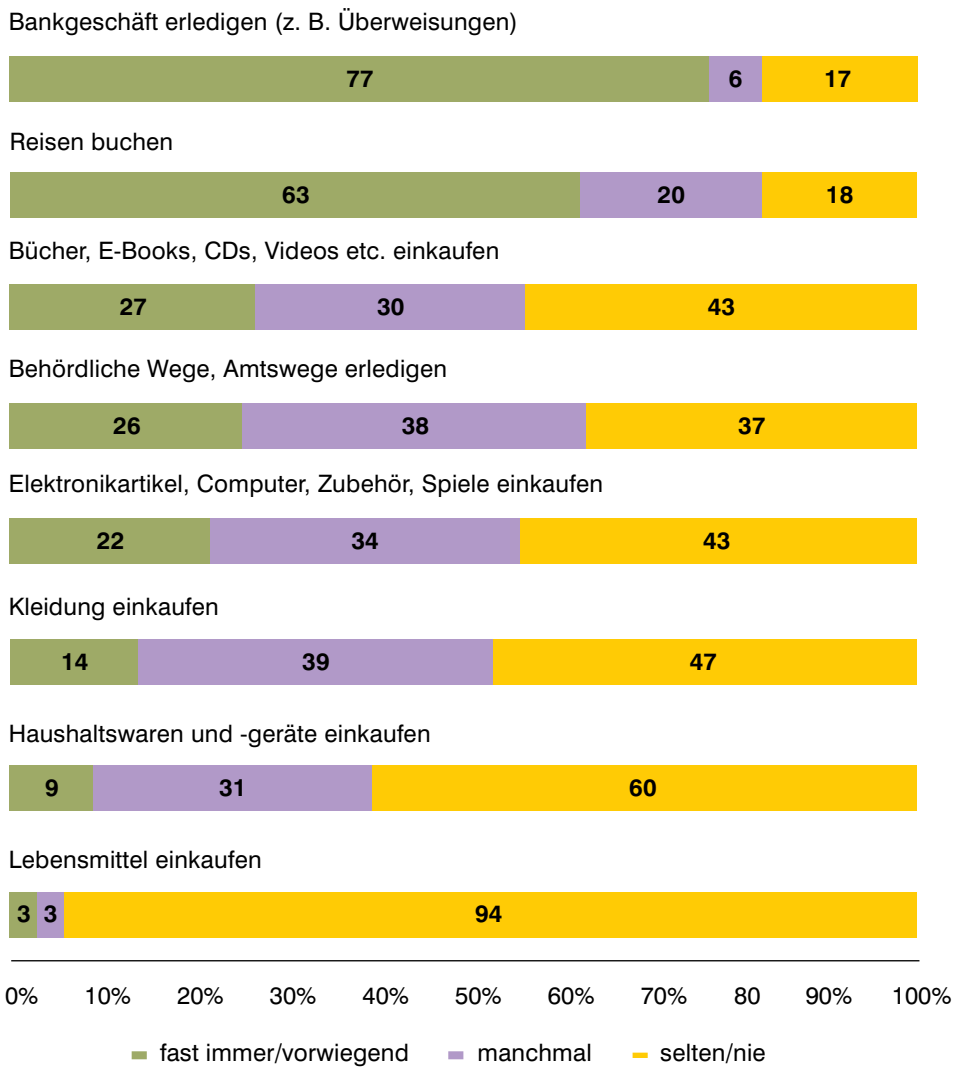
Abb. 35: Häufigkeit des Einkaufs verschiedener Waren rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz (in %)



Insgesamt darf die Versorgung mit Lebensmittelgeschäften rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz als gut eingestuft werden. Ein Billa, ein Penny und ein Spar befinden sich in unmittelbarer Nähe. Die Angebote am Markt selbst dienen als (willkommene) Ergänzung, sei es durch den Kaufmannsladen mit einem Angebot an biologischen Waren aus der Region oder dem Blumengeschäft. Auch die in Platznähe befindliche Drogerie wird von vielen genützt. Alle anderen Bereiche spielen eine vernachlässigbare Rolle.

Erhoben wurden auch die Aktivitäten im Internet. Aus Abbildung 36 ist ersichtlich, dass mehr als drei Viertel der BefragungsteilnehmerInnen ihre Bankgeschäfte über das Internet abwickeln – das ist im Vergleich zu den Einkäufen in Lebensmittelgeschäften ein beeindruckend hoher Wert. Personen mit einem Abschluss einer Pflichtschule, einer Lehre oder einer berufsbildenden mittleren Schule nutzen jedoch nur zu 55 Prozent das Internet für diese Aktivität. Weit verbreitet ist auch das Online-Buchen von Reisen, das in der vorliegenden Untersuchung am zweithäufigsten genannt wurde. Hier werden vor allem Unterschiede bei den Altersgruppen sichtbar. 87 Prozent der unter 30-Jährigen nutzen das Internet dafür, jedoch nur 27 Prozent der Personen der

Abb. 36: Häufigkeit des Einkaufs verschiedener Waren im Internet (in %)

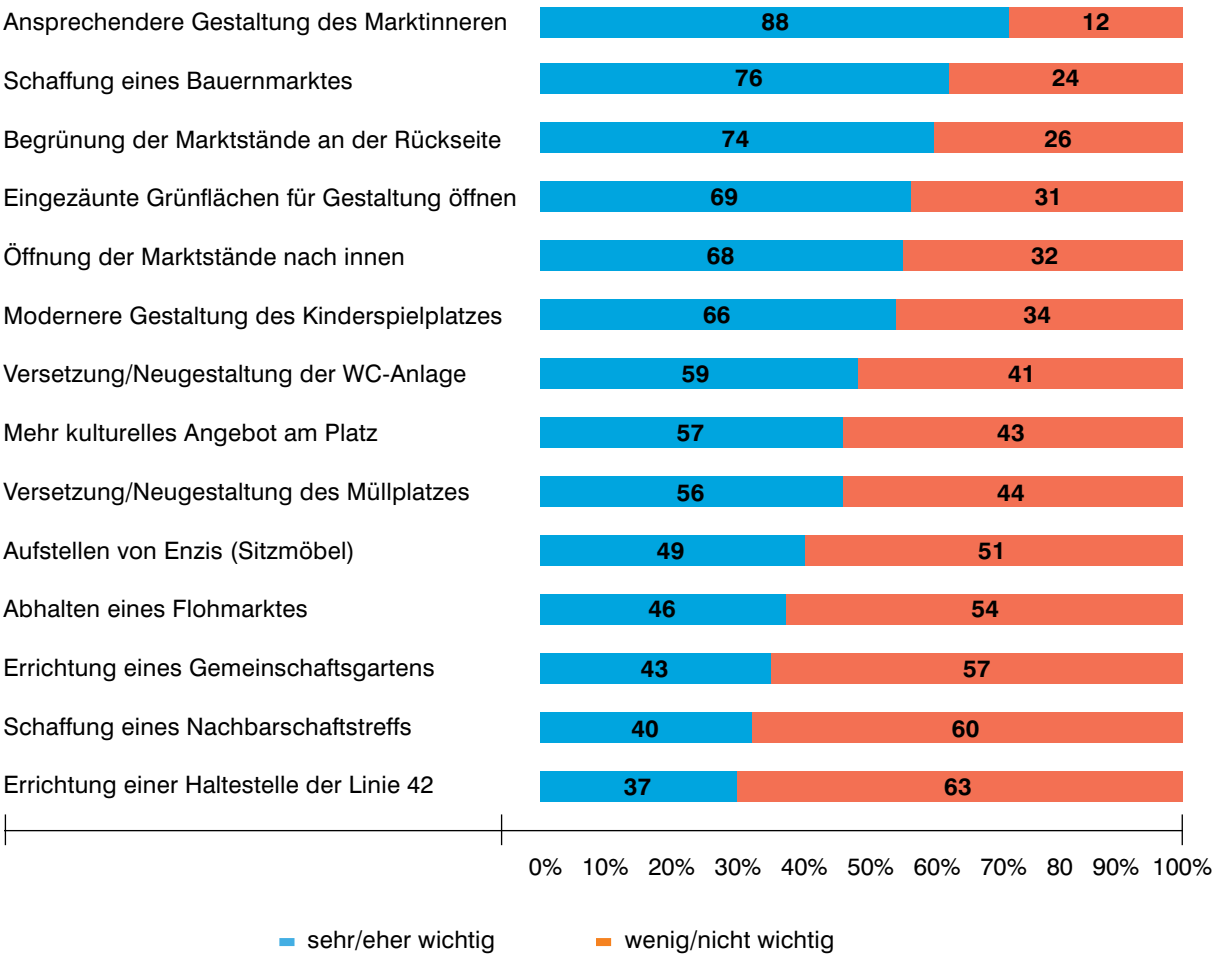


älteren Generation. Etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) der BefragungsteilnehmerInnen nutzt das Internet für Einkäufe von Büchern, CDs und Videos, etwas weniger (22 Prozent) kaufen Elektronikartikel, Computer und Zubehör im Internet. Letztgenanntes wird öfter von Männern im Internet erstanden. Auch behördliche Wege werden von einem Viertel der RespondentInnen online erledigt. Alle anderen abgefragten Aktivitäten spielen in unserem Sample eine untergeordnete Rolle. Vor allem überrascht der geringe Anteil an Personen, die Kleidung über das Internet bestellt. Der Lebensmitteleinkauf über das Internet bewegt sich in einer vernachlässigbaren Größenordnung von drei Prozent.

Ergebnisse zu Änderungsvorschlägen des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes

Für Änderungsvorschläge zum Johann-Nepomuk-Vogl-Platz liegen sowohl quantitative als auch qualitative Ergebnisse vor. Die Vorschläge in der quantitativen Befragung stammen wie schon erwähnt aus dem Projekt KIOSK, in dessen Rahmen im Herbst 2016 Wünsche und Anregungen der AnrainerInnen gesammelt wurden. Durch die Fragebogenerhebung konnten diese Vorschläge einer allgemeinen Beurteilung durch alle AnrainerInnen am und rund um den Platz unterzogen werden. Dadurch wurde es möglich, die vorgeschlagenen

Abb. 37: Beurteilung der Maßnahmen zur Umgestaltung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes (in %)



Maßnahmen nach ihrer Wichtigkeit zu reihen. Der Fragebogen enthielt auch eine offen gestellte Frage, bei der die TeilnehmerInnen schriftlich notieren konnten, was ihnen fehlt.

Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass das **Innere des Marktes ansprechend gestaltet** werden soll. Gleich 88 Prozent der BefragungsteilnehmerInnen erachten dies für sehr oder eher wichtig, wobei die Zustimmungswerte der älteren Generation mit 68 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Gleich an zweiter Stelle rangiert der Wunsch nach einem **Bauernmarkt.** 76 Prozent meinen, dies sei sehr oder eher wichtig, wobei auch hier die ältere Generation ein bisschen zurückhaltender ist (66 Prozent), jedoch weniger deutlich vom Durchschnitt abweicht als bei der Gestaltung des Marktinneren.

Bei der **Begrünung der Marktstände** an der Rückseite zeigen sich vor allem Unterschiede nach dem Geschlecht, dem Alter und der Bildung. Insgesamt haben drei Viertel der Befragten diese Maßnahme als sehr oder eher wichtig eingestuft, wobei dieser Vorschlag vor allem von Frauen (83 Prozent) überdurchschnittlich oft befürwortet wird, während die ältere Generation (64 Prozent) und AbsolventInnen einer Pflichtschule, Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule (58 Prozent) das für weniger wichtig erachten. Dies gilt in gleicher Weise für den Vorschlag, die **eingezäunten Grünflächen für die Gestaltung zu öffnen sowie die Marktstände nach innen zu öffnen.** Während etwa zwei Drittel der BefragungsteilnehmerInnen diese zwei Maßnahmen als sehr oder eher wichtig eingestuft haben, sind es bei der älteren Generation sowie den AbsolventInnen einer Pflichtschule, Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule etwa die Hälfte, die darin eine wichtige Maßnahme erkennen.

Eine **moderne Gestaltung des Kinderspielplatzes** findet bei allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen Zustimmung, mit der doch überraschenden Ausnahme der jungen Generation, die diese Maßnahme nur zu 44 Prozent als sehr oder eher wichtig beurteilt hat, während im Durchschnitt zwei Drittel der BefragungsteilnehmerInnen das für wichtig halten.

Bei dem Vorschlag, den **Müllplatz bzw. das WC zu versetzen bzw. neu zu gestalten,** gibt es unter den RespondentInnen geteilte Meinungen. Besonders Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro und mehr haben für diese Maßnahmen mit 73 Prozent (Müllplatz) und 72 Prozent (WC-Anlage) eine klare Präferenz geäußert. Im Gegensatz dazu halten 44 Prozent (Müllplatz) bzw. 41 Prozent (WC) der TeilnehmerInnen eine Versetzung oder Neugestaltung für wenig oder nicht wichtig.

Auch eine **Verbesserung des kulturellen Angebots** wird von einer Mehrheit als sehr oder eher wichtig eingeschätzt, ohne dass sich Besonderheiten nach sozio-demografischen Merkmalen zeigen. Alle anderen Vorschläge finden keine Mehrheit mehr. Dies sagt jedoch nichts darüber aus, dass manche dieser Vorschläge nicht trotzdem eine wichtige Rolle für die Belebung des Platzes spielen können, wenn sich für deren Umsetzung engagierte Personen finden. So ist die Errichtung eines Gemeinschaftsgartens für 43 Prozent der BefragungsteilnehmerInnen sehr oder eher wichtig, die Schaffung eines Nachbarschaftstreffs für 40 Prozent bedeutsam.

Aus den schriftlichen Rückmeldungen auf die offene Frage lässt sich ablesen, dass es den starken Wunsch gibt, eine angenehme Atmosphäre am Platz zu schaffen. „Eigentlich ist alles da, nur vieles an den Geschäften wirkt nicht sehr einladend", hat hier eine Person geschrieben. Man findet den Platz wenig attraktiv. Die Auswertung der offenen Frage zeigt dabei deutlich, dass der **Wunsch nach mehr Grün und nach mehr Gastronomie** am häufigsten genannt wird. Gerade im Zusammenhang mit letztgenanntem Punkt ist oftmals der Wunsch nach (innen gerichteten)

Schanigärten verbunden, dessen Umsetzung derzeit vor allem durch den im Innenbereich des Platzes angelegten Müllplatz blockiert wird.

a / Mehr Grün: Der Wunsch nach „mehr Grün“ wurde von 28 Personen genannt und ist damit das am häufigsten vorgebrachte Einzelanliegen. Dies korrespondiert mit der geringen Zufriedenheit in der quantitativen Befragung, wo 45 Prozent angegeben haben, mit dem Angebot an Bäumen, Grünflächen oder Parks wenig oder nicht zufrieden zu sein (siehe Abbildung 37). Hinter dem Wunsch nach mehr Grün verbergen sich jedoch unterschiedliche Vorstellungen:[12] Die meisten wünschen sich mehr Grünflächen (16 Personen); mehr Rasenflächen bzw. eine Wiese werden von fünf Personen genannt, vier Personen fordern mehr Bäume und weitere vier Personen möchten eine Grünfläche zum Verweilen. Zwei Personen haben mehr Sitzmöglichkeiten angeregt, ohne dass von ihnen der Wunsch nach mehr Grün artikuliert wurde.

b / Mehr Gastronomie: Die Ergebnisse der quantitativen Befragung haben bereits deutlich gemacht, dass sich Kritik und Erwartungen im Bereich Gastronomie konzentrieren. Obwohl es insgesamt sieben Lokale am Platz bzw. in Platznähe gibt – die sieben Marktlokale Blaue Elise, Kaufmannsladen, Crispy Dream, Kreuzgassen Stüberl, Nest, Café Erich und Café Habe –, sind die BewohnerInnen rund um den Platz mit dem Angebot nur bedingt zufrieden. Gewünscht wird eine Bäckerei (26 Nennungen), gefolgt vom Wunsch nach einem (gemütlichen) Kaffeehaus mit 22 Nennungen.[13] Weiters haben 14 Personen den Wunsch nach einem Gasthaus oder Restaurant vorgebracht, in dem man gut essen kann, in zwei Fällen wurde hier explizit österreichische Küche nachgefragt. Dieses Anliegen lässt sich schwer abgrenzen von den Kommentaren, in denen ein modernes Lokal angeregt wurde. In der Zuordnung der schriftlichen Rückmeldungen wurden Anmerkungen, in denen Lokale für junge Menschen und StudentInnen gewünscht wurden (drei Personen) ebenfalls dem Wunsch nach modernen Lokalen zugerechnet, sodass diese Kategorie insgesamt sieben Nennungen beinhaltet.

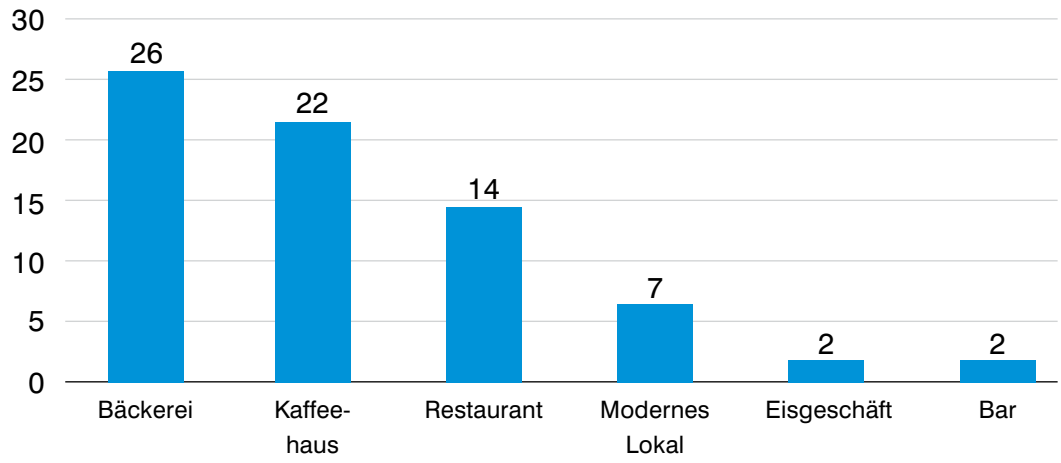
Exkurs: Schanigärten: Der Wunsch nach Schanigärten findet sich in 16 Kommentaren. Entweder werden diese im Zusammenhang mit den oben genannten Rubriken – Bäckerei, Kaffeehaus, Restaurant und modernes Lokal – direkt erwähnt, indem man festhält, dass diese Orte auch Möglichkeiten zum Draußensitzen bieten sollten (sieben Personen), oder der Wunsch nach Schanigärten wird unabhängig von einer bestimmten Lokalform erwähnt (sechs Personen). In drei Fällen sehen die Personen die als unbefriedigend empfundene Lösung der Müllsammelstelle im Innenbereich des Marktes – oft gemeinsam mit der WC-Anlage in der Mitte – als Haupthindernis, um im Freien gemütlich sitzen zu können. Folgerichtig wird denn auch die Öffnung des Marktes nach innen und die damit verbundene Schaffung von Schanigärten als Möglichkeit gesehen, dem Markt einen neuen „Drive“ zu geben, wie eine Person geschrieben hat. Diese Möglichkeit wird von manchen auch deshalb favorisiert, weil der Müllplatz nicht immer ordnungsgemäß genützt wird und Anlass zu Beschwerden gibt (dazu mehr unter Punkt f).

c / Mehr Markt: Der Wunsch nach „mehr Markt“ wurde in unterschiedlicher Weise geäußert. Neun Mal wurde etwa das Anliegen nach einem Obst- und Gemüsestand vorgebracht. Weitere Nennungen betreffen das Abhalten eines Bauernmarktes (vier

12 In der folgenden Auflistung kann eine Person mehrfach enthalten sein, wenn sie z. B. Grünflächen und Bäume notiert hat.

13 Zwar zählt eine Bäckerei nicht eigentlich zum gastronomischen Bereich, sondern wird dem Einzelhandel zugeordnet. Durch die Möglichkeit, einen Kaffee zu trinken und dazu eine Mehlspeise zu essen, deckt sich das Angebotssortiment mit dem Kaffeehaus, wodurch es gerechtfertigt erscheint, diese zwei Bereiche als „Sinneinheit“ zueinander in Beziehung zu setzen und hier gemeinsam zu präsentieren. Die novellierte Marktordnung ist bezüglich solcher Mischnutzungen jedoch weiterhin sehr restriktiv.

Abb. 38: Wünsche in Bezug auf das gastronomische Angebot



Personen), Lebensmittelgeschäfte mit lokalen Produkten/Frischwaren (zwei Personen), mehr Marktleben (zwei Personen) und das Vorhandensein eines Bauernladens (eine Person). Indem diese Anregungen in dieselbe Richtung weisen, kann man insgesamt von 18 Nennungen ausgehen. Zur Kategorie „Mehr Markt" wurde auch der Wunsch nach einer Fleischhauerei gezählt, da dieser Geschäftszweig üblicherweise Teil des Marktlebens ist und bei der Beantwortung der offenen Frage von acht Personen erwähnt wurde. Für die Belebung des Marktes wäre es jedoch auch wichtig, die bestehenden **Leerstände zu beseitigen,** wie drei Personen angemerkt haben. Als Leerstand wird auch empfunden, wenn ein Geschäft – wie das Kleidergeschäft am Markt – jeden Tag drei Stunden offen hat, und eine Ware anbietet, die wenig nachgefragt wird.

d / Mehr Spiel und Sport: Das Bedürfnis, sich spielerisch-sportlich zu bewegen, ist in allen Altersgruppen ausgeprägt. Dementsprechend divers fallen die Wünsche für Kleinkinder, Jugendliche und Erwachsene aus. Wie schon erwähnt, sind die BefragungsteilnehmerInnen nur zu 41 Prozent mit dem Angebot an Spielplätzen sehr oder eher zufrieden, aber zu 38 Prozent wenig oder nicht zufrieden. Damit ist der Anteil an Zufriedenen etwa gleich hoch wie der Anteil an Unzufriedenen. Anregungen zur Verbesserung dieser Situation sind in der Beantwortung der offenen Frage von sieben Personen gemacht worden. In diesem Zusammenhang wurde von jeweils einer Person der Wunsch nach Verbesserung bzw. nach Vergrößerung des Spielplatzes geäußert. Weiters wünscht man sich Schaukeln (drei Personen) und einen Wasserspielplatz (zwei Personen).

Die in der quantitativen Befragung deutlich gewordene Unzufriedenheit mit dem Angebot zur sportlichen Betätigung im Allgemeinen, zum Freizeitangebot für Jugendliche im Besonderen spiegelt sich auch in den Rückmeldungen der offenen Frage wider, wenngleich in ganz unterschiedlichen Anregungen. Insgesamt haben 14 Personen Vorschläge zu diesem Thema eingebracht: Gewünscht werden ein verbessertes sportliches Angebot für Jugendliche (fünf Personen), Basketballkörbe (zwei Personen), ein Fußballkäfig (eine Person) sowie ein „Outdoor-Gym" (eine Person). In sechs weiteren Fällen ist nicht klar, ob sich der Wunsch nach mehr Sportmöglichkeiten auf den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz selbst bezieht oder auf ein gewünschtes Indoor-Angebot in der Umgebung.

e / Weitere Wünsche: Alle weiteren Wünsche spielen im Vergleich zu den bereits erwähnten Anregungen eine untergeordnete Rolle

oder sind für die Belebung des Marktes von geringerer Bedeutung. Zu nennen ist hier der Wunsch nach einer Parkgarage bzw. Parkplätzen, der von acht Personen vorgebracht wird. Gleichzeitig stehen diesem Ansinnen nach mehr Parkraum Vorschläge gegenüber, die genau auf das Gegenteil zielen, nämlich das Auflassen von Parkplätzen (vier Personen). Die große Unzufriedenheit mit dem **Schließen der letzten Bankfiliale** wurde schon durch die quantitative Befragung sichtbar. Es überrascht nicht, dass die Neu- oder Wiedereröffnung einer Post- oder Bankfiliale auch in den schriftlichen Rückmeldungen ihren Niederschlag gefunden hat und von acht Personen erwähnt wurde. Als letzter Punkt ist der Wunsch nach mehr Kulturveranstaltungen zu nennen. Insgesamt haben vier Personen diesem Anliegen schriftlich Nachdruck verliehen.

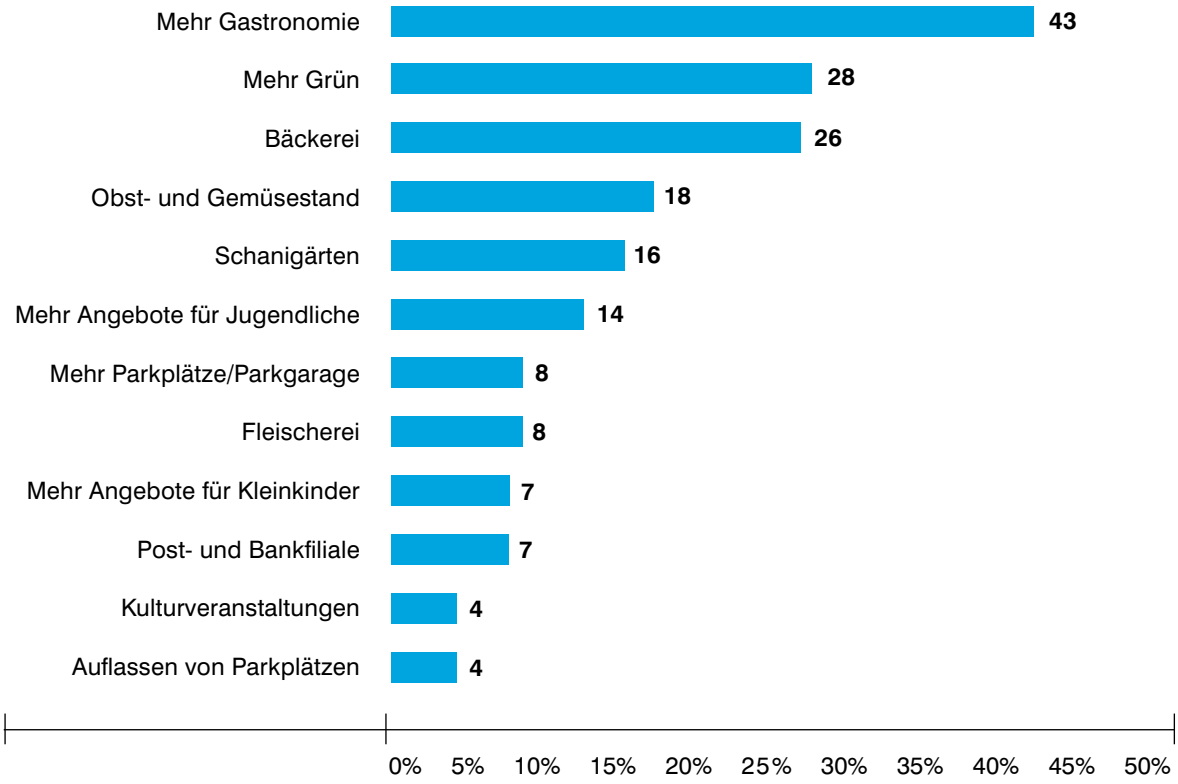
f / Beschwerden: Die offene Frage wurde nicht nur dazu genutzt, schriftlich festzuhalten, was einem am Platz fehlt, sondern auch, was man als störend empfindet. In diesem Zusammenhang wurde mit Abstand am häufigsten die **Situation des Müllplatzes** angesprochen. Die Beschwerden fokussieren dabei auf zwei Themenkreise, die jedoch gemeinsam genannt wurden und in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen: die unsachgemäße Müllentsorgung sowie die (damit einhergehende) Taubenplage, die von sechs Personen beklagt wurde. Trotz ausreichender Container landet der Müll außerhalb der Mülltonnen, wie drei Personen angeben. Weiters wird der Platz auch für das Abstellen von Sperrmüll verwendet, was an sich nicht gestattet ist (drei Personen). Die Kommentare machen deutlich, dass der Müllplatz nicht von allen ordnungsgemäß verwendet wird und durch die mangelnde Sauberkeit Folgeprobleme entstehen, etwa durch das Überhandnehmen von Tauben.

Beschwerden wurden auch bezüglich der Obdachlosen geäußert, die sich am Platz aufhalten. Insgesamt haben hier fünf Personen Anmerkungen gemacht. Zwei Personen wünschen sich in diesem Zusammenhang mehr Polizeikontrollen. Weiters sollte die Polizei auch gegen RaserInnen in der Kreuzgasse vorgehen, wie ebenfalls von zwei Personen angemerkt wurde. Zwei weitere Personen haben den Verkehrslärm als zu hoch beschrieben bzw. würden sich eine Verkehrsberuhigung wünschen. Schlussendlich haben sich auch zwei Personen wegen der vielen „Ausländer“ am Platz beklagt bzw. vermissen die „deutsche Sprache“.

In Abbildung 39 wird nochmals eine zusammenfassende Übersicht gegeben, welche Themen wie oft genannt wurden, sodass sich eine Rangfolge nach der Wichtigkeit der von den BewohnerInnen gemachten schriftlichen Kommentare ergibt. An erster Stelle bezüglich Neugestaltung des Platzes steht der **Wunsch nach Kaffeehäusern, Restaurants und modernen Lokalen.** 43 Personen (ein Drittel der Kommentare) haben sich diesbezüglich geäußert. Damit werden die Ergebnisse aus der quantitativen Befragung, die ebenfalls schon die geringe Zufriedenheit mit dem gastronomischen Angebot deutlich gemacht haben, nochmals eindrucksvoll bestätigt. Wenn man das Angebot am Platz kennt, verbirgt sich dahinter nicht nur der Wunsch nach mehr, sondern vor allem nach einem anderen als dem bestehenden kulinarischen Angebot und Ambiente. Etwa ein Fünftel (28 Personen) haben in ihrem Kommentar den Wunsch nach mehr Grün schriftlich deponiert. Eine ungefähr gleich große Gruppe hätte am Platz gerne eine Bäckerei. Die Vorschläge bezüglich der Schaffung von Obst- und Gemüseständen und Schanigärten sowie mehr Sportmöglichkeiten am Platz für ältere Kinder und Jugendliche werden von einem Sechstel der Personen favorisiert.[14]

14 Alle weiteren Wünsche finden jedoch nur mehr bei einer vergleichsweise geringen Personenzahl Zuspruch.

Abb. 39: Überblick der Wünsche zur Neugestaltung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes



Zusammenfassung der Ergebnisse der Feldforschung in Währing

Eine funktionierende Alltagsökonomie schafft durch die Mischung von kommerziellen Angeboten und öffentlichen Einrichtungen Orte, die von AnwohnerInnen häufig frequentiert werden, um Alltagsbesorgungen zu machen. Auf den öffentlichen Flächen, Straßen und Plätzen kann Interaktion stattfinden. Durch die Belebung von Straßen und Plätzen kann die Alltagsökonomie dazu beitragen, Begegnungsräume nicht nur in der Freizeit der Menschen zu schaffen, sondern auch im Alltag zu befördern. Es kann sozialer Austausch stattfinden, Bekanntschaften geknüpft werden und damit Vertrautheit und Sicherheit entstehen. Diverse nicht-kommerzielle Nutzungen (Sitzen auf Bänken, Spielen am Spielplatz) und kommerzielle Nutzungen (Marktstände, Geschäfte) sowie Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen könnten sich gut ergänzen.

Die quantitative Befragung hat ergeben, dass das Angebot an Lebensmittelgeschäften, Drogerien und Trafiken von mehr als zwei Drittel der TeilnehmerInnen der BewohnerInnenbefragung als zufriedenstellend eingeschätzt wird. Dass das Angebot im Einzelhandel noch deutlich verbessert werden kann, zeigen insbesondere die Rückmeldungen zu der Frage, was jeder und jedem in ihrer und seiner Wohnumgebung fehle, wo der Wunsch nach einer Bäckerei ganz oben rangiert. Eine hohe Unzufriedenheit besteht auch in Bezug auf das nicht mehr vorhandene Angebot an Bank- bzw. Postfilialen.

Das Angebot an Bildungs- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche wird zwiespältig bewertet: Während die vorhandenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung und das Angebot an Schulen hohe Zufriedenheitswerte erhält, werden die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung (Spielplätze und Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung) weit weniger günstig beurteilt. Mit der ärztlichen Versorgung sind zwei Drittel der BefragungsteilnehmerInnen sehr oder eher zufrieden, womit der Anteil etwa gleich hoch liegt wie beim bestehenden Angebot im Einzelhandel. Hingegen werden die therapeutischen Möglichkeiten nur von etwas mehr als einem Viertel als zufriedenstellend eingestuft.

Ein Defizit zeigt sich beim Angebot an Gemeindewohnungen sowie an Kulturveranstaltungen, die die niedrigsten Zufriedenheitswerte beim Angebot an öffentlicher Infrastruktur aufweisen. Das Zusammenleben rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz wird von einer deutlichen Mehrheit positiv bewertet. Diese Zufriedenheit könnte noch dadurch gesteigert werden, indem die Möglichkeiten zur Mitgestaltung ausgebaut werden. Mit dieser ist aktuell nur ein Drittel zufrieden. Im Allgemeinen überwiegt bei der Beurteilung des gastronomischen Angebots der Anteil der Unzufriedenen. Hier bestünde ein großes Entwicklungspotenzial, das den Bezug zum Platz nachhaltig verbessern könnte. Voraussetzung dafür ist eine entsprechende Gestaltung. Derzeit wird die Aufenthaltsqualität (Plätze zum Verweilen, Angebot an Grünflächen) nicht einmal von einem Drittel der BefragungsteilnehmerInnen als zufriedenstellend erachtet.

Bei den Vorschlägen zur Neugestaltung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes wurde von 88 Prozent der RespondentInnen eine **ansprechende Gestaltung des Platzinneren** als prioritär erachtet. Auch wenn über dieses Anliegen weithin Einigkeit besteht, ist die entscheidende Frage, in welcher Form dieser Wunsch realisiert werden soll. Ziel müsste es jedenfalls sein, eine angenehme Aufenthaltsqualität zu schaffen, die derzeit oftmals vermisst wird, wie sich aus den schriftlichen Hinweisen schließen lässt. Zwei Drittel der BefragungsteilnehmerInnen sprechen sich für eine **stärkere Begrünung des inneren Platzes** aus, ebenso viele halten die **Öffnung der Marktstände nach innen** für sehr oder eher wichtig. Würde dieser Schritt tatsächlich gesetzt werden, ergebe sich quasi von alleine eine Neukonfiguration der Marktplatzsituation. Aus den offenen Antworten ist zu entnehmen, dass der **Müllplatz** in seiner derzeitigen Form ein wesentlicher Grund für die wenig einladende Atmosphäre ist. Er lässt den Platz unsauber erscheinen und zieht auch Tauben an.
In der quantitativen Befragung haben sich „nur“ 56 Prozent für eine Verlegung bzw. Neugestaltung des Müllplatzes ausgesprochen. Das ist zwar mehr als die Hälfte, trotzdem liegt dieser Vorschlag im Vergleich zu den anderen nur im Mittelfeld.

Der Wunsch nach einer ansprechenden Gestaltung des Marktinneren ist für die BefragungsteilnehmerInnen von großer Bedeutung. Allerdings ist anzunehmen, dass dem nur Rechnung getragen werden kann, wenn substanzielle Änderungen am Platz vorgenommen werden. Die Öffnung der Marktstände nach innen mit der Schaffung von Schanigärten sowie die Verlegung des Müllplatzes als eine mögliche Konsequenz davon wären jedenfalls Optionen, dem Johann-Nepomuk-Vogl-Platz eine neue Aufenthaltsqualität zu geben.

Empfehlungen für Aufwertung ohne Verdrängung

Empfehlungen für Aufwertung ohne Verdrängung

Das Pilotprojekt untersuchte, **wie Alltagsökonomie zur Aufwertung von Stadtteilen und Stadtzentren beitragen kann.** Die Verbesserung der Standortqualität von Stadträumen kann jedoch auch nachteilige Entwicklungen zur Folge haben. Aus der Literatur zur Gentrifizierung ist bekannt, dass Aufwertungen zur Verteuerung von Wohnraum führen können und damit zur Verdrängung der eingesessenen Bevölkerung (siehe u. a. Slater 2009, Smet 2015, Kadi 2015). Die Forschungen im Pilotprojekt waren deshalb ausdrücklich darauf ausgerichtet auszuloten, wie Aufwertung ohne Verdrängung stattfinden kann; welche lokalen und supra-lokalen Maßnahmen es braucht, um vielfältige Nutzungsformen für unterschiedliche Einkommensgruppen und Milieus zu ermöglichen.

Die folgenden Empfehlungen basieren auf den in der Feldforschung erhobenen empirischen Daten und systematisieren diese mit Hilfe eines sozioökonomischen Zugangs für die Wiener Stadtplanung. Dieser integrierte und interdisziplinäre Ansatz verbindet Raumanalysen mit Sozialem und Ökonomischem und erlaubt, kommerzielle und nicht-kommerzielle Nutzungen zusammenzudenken.[15] So kann **ein Entweder-Oder in ein Sowohl-als-Auch transformiert werden.** Die folgenden Empfehlungen unterteilen sich in kurzfristige Empfehlungen sowie in Empfehlungen, die grundsätzlichere, mittel- und längerfristige Dynamiken der Stadtentwicklung betreffen. Die ersten drei Empfehlungen fassen im Wesentlichen die Erkenntnisse aus der Feldforschung in Währing zusammen, da diese auf Vorarbeiten aufbauen konnten und, insbesondere durch die BewohnerInnen-befragung, deutlich umfassender waren als in Favoriten. Empfehlung 4 fokussiert auf Favoriten. Die mittel- und langfristigen Empfehlungen 5, 6 und 7 benennen den weiteren Forschungsbedarf, der sich aus der explorativen Forschung in der Favoritenstraße sowie aus dem aktuellen internationalen Forschungsstand zur Alltagsökonomie ergibt. Daraus lassen sich Vorschläge für zukünftige Schwerpunkt-setzungen der Kommunalpolitik ableiten.

15 In diesem Kapitel werden weder die Studienergebnisse noch die Wünsche und Anregungen der BewohnerInnen und anderer AkteurInnen wiederholt.

Kurzfristige Empfehlungen

Empfehlung 1: Kommerzielle und nicht-kommerzielle Nutzungen zusammendenken

Die vermeintliche Konkurrenz kommerzieller und nicht-kommerzieller Nutzungen wurde am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz von allen Beteiligten intensiv diskutiert. Aus dem Umstand, dass er gleichermaßen Markt und Platz ist, könnte die falsche Schlussfolgerung gezogen werden, sich entscheiden zu müssen, was dieser öffentliche Raum nun sei: Markt oder Platz? Er ist aber beides – **sowohl Platz als auch Markt. Kommerzielle und nicht-kommerzielle Nutzungen müssen nicht konkurrieren,** sondern können sich ergänzen. Die AnwohnerInnen profitieren von einer höheren Aufenthaltsqualität des Platzes genauso wie die StandlerInnen von der erhöhten KundInnenfrequenz. Dies ist ein Potenzial, eine Stärke dieses Marktplatzes. Die Neugestaltung sollte sich an diesem Leitgedanken orientieren.

Es geht darum, den geeigneten **Mix aus verschiedenen Nutzungsformen** zu finden. Ein Beispiel für die Komplementarität von kommerziellen und nicht-kommerziellen Nutzungen ist der **Kulturbereich bzw. die Kreativwirtschaft.** Gelänge es, den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz als kulturelle und künstlerische Referenz des Stadtteils zu positionieren, könnte dies zu einer Verbindung von kommerziellen und nicht-kommerziellen Nutzungen beitragen, die einander ergänzen und für unterschiedliche NutzerInnengruppen Angebote bereithalten (siehe Public Viewing während der Fußballweltmeisterschaft). Hier sollte darauf geachtet werden, dass die Mischung der kulturellen und künstlerischen Angebote dem Geschmack der verschiedenen Milieus am Platz entspricht. Geschäfte werden zu Kommunikationsdrehscheiben. Das jährliche Kunst.Fest.Währing könnte am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz ein vorübergehendes Stadtteilzentrum installieren. Genauso könnte ein wöchentlicher Bauernmarkt den Platz beleben.

KleinunternehmerInnen sind oftmals „KümmerInnen“ vor Ort. Am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz zum Beispiel erfüllen MarktstandlerInnen den Platz mit Leben. Als **GrätzelmacherInnen** verkaufen sie nicht nur, sondern reden mit den Leuten, wissen, was los ist, und bemühen sich um rasche Lösungen. Sie sind regelmäßig anwesend, haben ein großes Eigeninteresse an der Belebung ihres Geschäfts und genießen Vertrauen bei einzelnen Gruppen von NutzerInnen.

Der Markt am Johann-Nepomuk-Vogl-Platz braucht geeignete rechtliche Rahmenbedingungen. Die mit Oktober 2018 novellierte **Marktordnung** berücksichtigt die lokalen Besonderheiten der Wiener Märkte nicht ausreichend. Sie setzt zu stark auf vereinheitlichende Regeln, die Potenziale von unten stark einschränken. Zu sehr ist der Naschmarkt Referenz für Wiener Märkte. Bei eher schwach besuchten Märkten wie dem Johann-Nepomuk-Vogl-Platz kommt hingegen **Ankerbetrieben im Gastronomiebereich** eine Schlüsselrolle zu, um die Synergien von kommerziellen und nicht-kommerziellen Nutzungen auszuschöpfen. Die Marktordnung müsste dem Umstand Rechnung tragen, dass heute – angesichts der Konkurrenz durch Supermärkte, aber vor allem durch den Online-Handel – **Marktstände nur mit vielfältigem Angebot überleben.** Dies muss bei der Konzessionsvergabe stärker berücksichtigt werden.

Lokale Zentren (soziale Infrastrukturen, kulturelle Angebote, Verwaltungseinrichtungen) werden nur in Verbindung mit einem lebendigen (und hoffentlich vielfältigen) Gastronomieangebot ihre sonstigen Funktionen (Nahversorgung, Kommunikationszentrum, Freizeitangebote, Naherholungsraum) wahrnehmen können. Kommerzielles wie nicht-kommerzielles Angebot sollte auch bei der Unterstützung durch die öffentliche Hand stärker mitgedacht werden, indem die **Aktivitäten lokaler AkteurInnen** (insbesondere Bezirksvorstehung, Gebietsbetreuung, Agendagruppen, Wirtschaftskammer und Wirtschaftsagentur) **stärker aufeinander abgestimmt und Synergien gesucht werden.** In Währing zum Beispiel würde die Entwicklung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes von einer Ausweitung des Aufgabenfeldes der dort tätigen Gebietsbetreuung, die gut vor Ort verankert ist, profitieren.

Empfehlung 2: Grätzelzentren mit Bevölkerung und lokaler Wirtschaft gemeinsam entwickeln

Plätze wie der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz oder der Columbusplatz könnten mehr Zentrenfunktionen für das umliegende Grätzel übernehmen. In diesen dicht bebauten Gründerzeitvierteln könnten beide Plätze **kleinräumige Zentrenfunktionen für mehr Alltagsaktivitäten übernehmen,** allen voran Gastronomie, Einzelhandel und Verweilen. In Währing könnte der geplante Neubau der Wiener Caritas-Zentrale an der Ecke Kreuzgasse/Vinzenzgasse[16] für belebende Impulse genutzt werden.

Besonderes Augenmerk muss den **Leerständen** gewidmet werden, die negative Dynamiken auslösen. Bei der Belebung der Erdgeschoßzonen muss angesichts des zunehmenden Online-Handels über den klassischen Einzelhandel und Gastronomieangebote hinausgegangen werden. Auch Kindergärten, Pflege- und Gesundheitspraxen, Büros, Ateliers oder Vereinslokale könnten zur

Belebung des öffentlichen Raums beitragen. Weiters ist zu überlegen, inwieweit das spielerisch-sportliche Angebot für Kinder und Jugendliche verbessert werden kann.[17]

Während der sozioökonomischen Raumanalyse und der Befragung waren wir beeindruckt vom großen Interesse der BewohnerInnen und Geschäftsleute an der Neugestaltung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes. Gleichzeitig bringen die Ergebnisse von Befragung und Feldforschung den **Wunsch zur stärkeren Einbindung der Bevölkerung** zum Ausdruck. Es gibt große Erwartungen, dass rasch etwas passiert. Hier ist die Bezirksvorstehung gefordert, kurz- und mittelfristige Vorschläge zu machen, die die Bevölkerungswünsche aufgreifen. Die bauliche Umgestaltung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes ist der erste Schritt hin zu einer dauerhaften Belebung. Diese wird jedoch nachhaltig nur gelingen, wenn **neben den Geschäftsleuten auch die AnrainerInnen Verantwortung übernehmen.** Es ist nicht erstrebenswert, dass sich die BewohnerInnen darauf beschränken, Forderungen zu stellen und Verantwortung an öffentliche Stellen (die „Politik", die „Verwaltung", die „da oben") delegieren. Stadtteilentwicklung gelingt nur gemeinsam mit der Bevölkerung, GrätzelmacherInnen, Geschäftsleuten, Verwaltung und Politik. Es gilt, **von einer Kultur des Einforderns von Mitbestimmungsmöglichkeiten zu einer Kultur des gemeinsamen Gestaltens (Co-Creation) zu kommen.**

Unbedingt notwendig sind der **bewusste Einkauf vor Ort und die Nutzung des Gastronomieangebots,** ohne die die Geschäfte nicht überleben können. Nahversorgung und Daseinsvorsorge vor Ort brauchen ein passendes Angebot, aber ohne ausreichende Nachfrage überleben sie nicht. Darüber hinaus bräuchte es andere, insbesondere **nachbarschaftliche Aktionen** (etwa kleine Feste), **kulturelle Ereignisse** (zum Beispiel Film- und Musikveranstaltungen) und **künstlerische Aktivitäten** (wie das Kunst.Fest.Währing). Die Befragung in Währing zeigt, dass die BewohnerInnen ehrenamtlich schon sehr aktiv sind. Trotzdem dürfte es weiteres Potenzial für gemeinsames Handeln geben. Vor allem der von vielen geteilte Wunsch nach der **Errichtung von Gemeinschaftsgärten und eines Nachbarschaftstreffs** verweist auf diesen Umstand.

16 Der Johann-Nepomuk-Vogl-Platz liegt am Schnittpunkt von Kreuzgasse und Teschnergasse und damit an einer in der Grün- und Freiraumentwicklung aktuell ausgeschilderten zentralen Grünverbindung (Stadt Wien 2015a).

17 Die Kapazitäten des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes sind aufgrund seiner Größe zwar begrenzt, trotzdem sollten Möglichkeiten ausgelotet werden. In Bezug auf das sportliche Angebot für Jugendliche könnte etwa überlegt werden, ob nicht entsprechende Indoor-Angebote in unmittelbarer Umgebung des Platzes eine gute Alternative sind.

Empfehlung 3: Alltagsökonomie und Ökologisierung: Heimat schaffen, Resilienz stärken

Gerade nach dem Hitzesommer 2018 ist klar, dass Städte vor ökologischen Herausforderungen stehen. Einzelpersonen können diese alleine nicht lösen. Die Aufwertung von Stadtteilökonomien sowie attraktive öffentliche Räume, Bäume und Grünanlagen im Grätzel sind Ansatzpunkte, die **Resilienz gegenüber ökologischen und ökonomischen Schocks zu erhöhen.** Dies kann vor Ort soziale Beziehungen stärken, wodurch Vertrautheit und Sicherheit wachsen können. Es können in einer Zeit zunehmender Verunsicherung Orte des Zuhausefühlens entstehen, womit ein Stück Heimat geschaffen wird. Dies kann gleichermaßen Zufriedenheit und Zuversicht erhöhen, Routinen stabilisieren und Sicherheit vermitteln. In Zeiten von Globalisierung, Finanzialisierung und Digitalisierung gewinnt **Heimat als Ort des Vertrauten** an Attraktivität, wo Verbindendes und Gemeinsames entstehen kann. „Heimat schaffen, Resilienz stärken" ist eine **lokale Handlungsstrategie mit weltweitem Horizont,** die ermächtigt, die Welt „im Kleinen" ein bisschen besser zu machen.

Empfehlung 4: Innerfavoriten braucht einen integrierten Ansatz zur Förderung der Zentrenentwicklung und der Alltagsökonomie

Das Pilotprojekt hatte in der unteren Fußgängerzone Favoritenstraße ausdrücklich den Auftrag, das Forschungsfeld zu erkunden. Auf diesen explorativen Untersuchungen aufbauend können empirischer Forschungsbedarf und stadtplanerische Interventionen klarer benannt werden: Es gibt eine Vielzahl von AkteurInnen vor Ort und in der Stadt, denen die Aufwertung Innerfavoritens wichtig ist. Nach Jahren vereinzelter Initiativen besteht die Chance auf eine längerfristige Zusammenarbeit, basierend auf Partnerschaften unterschiedlicher AkteurInnen. Lokale Wissensallianzen sind langfristige Lern- und Forschungspartnerschaften von PraxispartnerInnen und Wissenschaft mit dem gemeinsamen Ziel, zur Stadtteilentwicklung beizutragen (vgl. Empfehlung 5). Die Interviews im Zuge der explorativen Forschung lassen vermuten, dass die Zeit reif ist, eine **„Wissensallianz Favoriten" als eine lokale Wissensallianz** zu gründen. Das Pilotprojekt der Wirtschaftsuniversität könnte mit Bezirksvorstehung, Gebietsbetreuung, der Technischen Universität und anderen lokalen AkteurInnen in Innerfavoriten weiterentwickelt werden. So könnte eine Plattform zur Stärkung der Alltagsökonomie entstehen. Auf diese Weise könnten einige (oder alle) der im Folgenden aufgelisteten Vorschläge aufgegriffen werden.

1 / Das in Abstimmung mit der Bezirksvorstehung Favoriten gewählte Forschungsgebiet (untere Fußgängerzone Favoritenstraße) ist vermutlich zu klein für integrierte stadtplanerische Interventionen

und eine sozioökonomische Raumanalyse. In einem **größeren, noch genau zu definierenden Forschungsgebiet („Innerfavoriten“) könnte die Diversität des Stadtteils besser erfasst und der funktionalen Vielfalt vermutlich besser entsprochen** werden. Zumindest drei Raumtypen sind zu unterscheiden, und könnten sich vermutlich in einem integrierten Forschungs- und Implementierungsansatz gut ergänzen: (1) die untere und (2) obere Fußgängerzone Favoritenstraße sowie (3) das Sonnwendviertel.

2 / Das soziale Kapital, das **Vertrauen zwischen NachbarInnen sowie unter den lokalen Geschäftstreibenden, ist in der unteren Fußgängerzone Favoritenstraße nicht sehr hoch.** Wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung erfordert gerade in diesem Stadtteil aktivierende Stadtteilarbeit, die Vertrauen schafft und gemeinsame Aktivitäten sowie GrätzelmacherInnen unterstützt (vgl. hierzu Empfehlung 3). Ohne Grätzelidentität und einer Kerngruppe treibender privater und öffentlicher SchlüsselakteurInnen (GrätzelmacherInnen) gibt es keine erfolgreiche lokale Wirtschaftsentwicklung. Eine Möglichkeit, dieses Vertrauen zu schaffen, könnten **Public-Civil-Partnerships** sein, in denen engagierte BewohnerInnen ermächtigt werden, zur sozialen und ökonomischen Entwicklung des Stadtteils beizutragen (vgl. Empfehlung 6).

3 / Zur Überwindung der weit verbreiteten passiven Haltung des Appellierens an die „da oben“ braucht es eine **Verantwortungsrevolution.** Zentrale Bedeutung kommt hierbei öffentlichen Stellen zu, die Mittel bereitstellen und Regeln so adaptieren müssen, damit **Teilhabe** möglich wird (siehe Überlegungen zur Marktordnung in Empfehlung 1). Es braucht **mehr Mitarbeit von und Kooperation unter BewohnerInnen und Geschäftstreibenden.** Öffentliche Stellen haben hierbei zwei zentrale Aufgaben: Zum einen ermöglichen sie einen Zugang zur Infrastruktur für möglichst alle und zum anderen unterstützen sie privates und zivilgesellschaftliches Engagement. Stadtteile florieren durch **Co-Creation, das heißt das gemeinsame Schaffen von Werten und Produkten.** So verbinden GrätzelmacherInnen oftmals kommerzielle und nicht-kommerzielle Aktivitäten und schaffen auf diese Weise einen Mehrwert für den Stadtteil. Derartige private Initiativen könnten öffentlich systematischer unterstützt werden. Das Potenzial von **Public-Civil-Partnerships** sollte vermehrt ausgelotet werden (vgl. Holemans 2018).

4 / Bei Ansiedlungen in der Fußgängerzone sollte vermehrt auch nach **kulturellen, sozialen, gesundheits- und pflegebezogenen BetreiberInnen in den Erdgeschoßnutzungen** Ausschau gehalten werden. Insbesondere Kultur und Kunst könnten zur Belebung der Straße beitragen und die Grätzelzugehörigkeit stärken. Perspektivisch sind hier auch von den BewohnerInnen des Sonnwendviertels Impulse zu erwarten bzw. sollten verstärkt in den Blick genommen werden.

5 / Immobiliennutzung sollte in diesem Stadtteil genauer untersucht werden (siehe Empfehlung 7), da Leerstand, Airbnb und Vernachlässigung der Bausubstanz hier konzentrierter auftreten als in anderen Teilen des Bezirks und Wiens. Es muss mit innovativen Formen von Gebühren, Steuern, Widmungen experimentiert werden, um wirksame Interventionen zur Erreichung einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Stadtteilentwicklung voranzutreiben.

Mittel- und langfristige Empfehlungen

Die mittel- und langfristigen Empfehlungen sollen die Diskussion befördern, zu weiteren vertieften Forschungen anregen und zu experimentellen stadtplanerischen Interventionen ermutigen.

Empfehlung 5: „Wissensallianz Alltagsökonomie" bilden

Wissensallianzen sind **langfristige Lern- und Forschungspartnerschaften** von Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft, in der die Teilnehmenden jeweils explizit auch eigene Zielsetzungen verfolgen (Stigendal und Novy 2018). Das vorliegende Pilotprojekt hat sich in seinem Forschungsdesign an diesen **transdisziplinären Kooperationen** orientiert. Die Partnerschaft von Technischer Universität und Wirtschaftsuniversität sowie die Zusammenarbeit mit den Bezirksvorstehungen in Währing und Favoriten sowie der Magistratsabteilung 18 im Rahmen des Pilotprojekts wurden komplementiert durch die Konferenz „Alltagsökonomie. Systemische Innovationen für neue urbane Gestaltungsräume" am 20. November 2018 im Wiener Rathaus.[18] In Währing kam es zur Zusammenarbeit der Forschenden mit öffentlicher Verwaltung und Gebietsbetreuung. Die Erkenntnisse des Pilotprojekts fließen in die Neugestaltung des Johann-Nepomuk-Vogl-Platzes ein. Doch das Thema der Alltagsökonomie könnte darüber hinaus systematisch von einer **wienweiten Wissensallianz** begleitet und unterstützt werden, wie dies in Wales schon erfolgreich praktiziert wird (Welsh Government 2018). Zentrale AkteurInnen einer ***Wissensallianz Alltagsökonomie*** wären die Wirtschaftsuniversität, die Technische Universität, die Stadt Wien sowie die Wirtschaftsagentur Wien und die Arbeiter- sowie Wirtschaftskammer Wien. Werden die Pilotstudien

18 Mehr zur Konferenz und den Vorträgen unter www.guteslebenfueralle.org.

fortgesetzt oder an anderen Orten begonnen, sind die jeweiligen Bezirksvorstehungen, Gebietsbetreuungen und Agendagruppen zentrale AkteurInnen **lokaler Wissensallianzen** (vgl. Empfehlung 1).

Es gilt, das Aufgabenfeld zu spezifizieren, wie sozioökonomische Forschung mit lokaler Wirtschaftsentwicklung und Stadtplanung systematischer im Sinne evidenzbasierter Politikentwicklung mit der Stadtteilentwicklung abgestimmt werden könnte. Aufgabe der Universitäten wäre es, Lehrveranstaltungen (insbesondere im Masterprogramm) sowie Forschungsaktivitäten mit PraxispartnerInnen zu koordinieren. Für eine derartige, transdisziplinär organisierte Wissensökonomie braucht es passende Infrastrukturen. Diese umfassen auch **Schwerpunktsetzungen bei der Forschungsförderung der Stadt Wien,** die es ermöglicht, Alltagsökonomie systematischer zu erforschen. Insbesondere sollten transdisziplinäre Kooperationen im Sinne transformativer Forschung mit ausdrücklichem Umsetzungsanspruch gefördert werden. Eine Möglichkeit wäre ein Topf zur Förderung von „stadtteilbasierten Wissensallianzen für systemische Innovationen in der Alltagsökonomie". Das Entscheidungsgremium müsste diesbezüglich auch mit diversen AkteurInnen aus Verwaltung, Wirtschaftsförderung und Wissenschaft besetzt sein.

Empfehlung 6: Sozioökonomische Analysen zur Alltagsökonomie ergänzen Stadtplanung

In beiden Untersuchungsgebieten (Währing und Favoriten) zeigten sich die Stärken eines Ansatzes, der **räumliche und sozioökonomische Analysen verbindet.** Die Vorzüge dieses Ansatzes sind unter anderem:

1 / Es ist auf diese Weise möglich, **Infrastrukturen (öffentliche Räume, Grünräume, Mobilität, Einzelhandel, Gesundheit/Pflege) in ihren ökonomischen, sozialen, ökologischen und räumlichen Dimensionen integriert zu untersuchen.** Eine interdisziplinäre Analyse kann Grundlage von integriertem stadtplanerischem Handeln diverser öffentlicher AkteurInnen sein. Der Fokus auf **sozialökologische Infrastrukturen eines guten Lebens,** die es Menschen erleichtern, mit weniger fossilen Energieträgern auszukommen, ist grundlegend für eine Smart City Strategie, die Änderungen der Lebens- und Produktionsweise umfassender und systemischer versteht. Anders wirtschaften und anders leben gehen Hand in Hand.

2 / Alltagsökonomische Untersuchungen loten – basierend auf einer Mehrebenenanalyse – **Handlungsspielräume „von unten"** aus. Voraussetzung für eine florierende Alltagsökonomie ist eine Regulierung von Finanzmärkten und globalen Plattformen (Krisch und Plank 2018), denn derartige globale, mobile Value

Taker untergraben die Möglichkeiten der Value Maker vor Ort (Mazzucato 2018). Plattformen wie Amazon, Uber und Airbnb sind quasi-öffentliche Infrastrukturen, die natürlichen Monopolen ähneln. Es braucht neben Regulierungen auf übergeordneter Ebene lokale soziale Innovationen, um deren **Renten abzuschöpfen und Marktmacht zu beschränken.** Insbesondere Gebühren, Steuern, Flächenwidmung und die Regulierung von Logistik wären diesbezüglich mögliche kommunale Instrumente. Städte können hier alleine eine gewisse Wirkung entfalten, müssen aber angesichts der Dominanz dieser globalen Player verstärkt bestehende Netzwerke und Partnerschaften (zum Beispiel Eurocities) nutzen, um Know-how zu bündeln, Gegenmacht aufzubauen und Alternativen (wie beispielsweise FairBnb.coop) umzusetzen.

3 / Public-Civil-Partnerships sind Partnerschaften von Initiativen, Vereinen und Kooperativen, die mit öffentlichen Stellen zusammenarbeiten. Diese werden aktuell in Wien in kleinem Rahmen zum Beispiel in der Lokalen Agenda 21 umgesetzt (etwa bei der Umgestaltung der Lange Gasse). Hier könnte aus internationalen Erfahrungen gelernt werden, indem mehr Ressourcen und neue Institutionen (z. B. Chamber of Commons – eine Kammer der Gemeingüter oder Commons-Incubator – Gemeingüter-Inkubatoren) geschaffen werden, um das Potenzial für Co-Creation besser auszuschöpfen.

4 / Die Analyse der Alltagsökonomie eröffnet einen breiteren Blick auf Stadtökonomie jenseits etablierter Metriken und Diskurse im Kontext des Städtewettbewerbs (stellvertretend dafür etwa die Global-City-Debatte). Um die grundlegenden wirtschaftlichen Tätigkeiten, die ein gutes Leben ermöglichen und tagtäglich benötigt werden, wahrzunehmen und wertzuschätzen, braucht es **alternative Wohlstandsmessungen.** Es besteht weitgehend Konsens, dass weder das Bruttoinlandsprodukt noch das Bruttonationaleinkommen geeignete Wohlstandsindikatoren sind (Stiglitz et al. 2010). Es gibt eine Vielzahl alternativer Wohlstandsmessungen. Aktuell wurde dies im Arbeiterkammer-Wohlfahrtsbericht operationalisiert (Feigl und Wukovitsch 2018). Im Zusammenhang mit der Alltagsökonomie konnte gezeigt werden, dass gerade in städtischen Räumen das verfügbare Einkommen (Einkommen nach Abzug der Steuern) kein guter Indikator ist. Das verbleibende Einkommen (residual income), das vom verfügbaren Einkommen die notwendigen und stark variierenden Kosten für Wohnen und Verkehr abzieht, erfasst Lebensqualität besser.

Empfehlung 7: Wohnen und Leerstandsaktivierung als Schlüssel, damit Aufwertung ohne Verdrängung gelingen kann

Es gibt in der Stadtforschung die berechtigte Sorge, dass eine Verbesserung des öffentlichen Raums zur Gentrifizierung und damit zur Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen beiträgt. Doch kann die Gefahr der Verdrängung kein Grund sein, Verbesserungsmaßnahmen im öffentlichen Raum nicht durchzuführen. Es ist Aufgabe der Stadtplanung, **bewusste und konsequente Maßnahmen zu setzen, damit sich dieser strukturelle Trend der Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen nicht realisiert.** Im Wohnbaubereich heißt dies vor allem, bei Abrissgenehmigungen zurückhaltend zu sein, um damit den Bestand an billigen Mietwohnungen zu halten, und bei Neubauaktivitäten hochpreisige Angebote im Stadtteil als nicht im öffentlichen Interesse stehend zu definieren. **Lokale Zentrenentwicklung würde von einem Nebeneinander verschiedener Milieus profitieren.** Sowohl rund um den Johann-Nepomuk-Vogl-Platz als auch auf der unteren Favoritenstraße im 10. Bezirk gibt es Anzeichen von Gentrifizierung. Gerade deshalb läge der Charme von bis jetzt vernachlässigten kleinräumigen Zentren vermutlich in einem **diverseren Erscheinungsbild mit leistbarem Preisniveau.**

Das größte Potenzial von Stadtteilzentren scheint im **Ausnützen von Vielfalt** zu liegen. Eine starke, diversifizierte und lokal verankerte Alltagsökonomie kann Begegnungsräume im Alltag der Menschen schaffen. Ein genaueres Verständnis der lokalen Struktur des Immobilienmarkts ist ein Schlüssel für planerische Innovationen zur Stärkung der Alltagsökonomie. Eine erste Analyse im Bereich der unteren Fußgängerzone der Favoritenstraße deutet auf einen überdurchschnittlich hohen Anteil von privaten EigentümerInnen bei gleichzeitig hohem bzw. steigendem Leerstand im Bereich der Geschäftslokale hin. Um Leerstände zu aktivieren, wäre es zielführend, genauere Untersuchungen zu den unterschiedlichen Motiven der EigentümerInnen durchzuführen, um auf dieser Basis fundiert Leerstand bekämpfen zu können. Im Bereich Wohnen spielen neue para-touristische Nutzungen durch Plattformen wie Airbnb offenbar ebenfalls eine wichtige Rolle. Hier wäre zu prüfen, inwiefern die bisher von der Stadt Wien gesetzten Maßnahmen zur Regulierung dieser Plattformen ausreichend sind bzw. ergänzt werden müssten.

Kurzbeschreibungen der AutorInnen

Oriol Estela Barnet
Ökonom und Geograf. Seit Juni 2016 Koordinator des strategischen Entwicklungsplans der Metropolregion Barcelona. Koordinator des Lehrstuhls für lokale Wirtschaftspolitik an der Barcelona-Universidad Pompeu Fabra.

Iris Frey
Absolventin des Masterprogramms Socio-Ecological Economics and Policy an der WU Wien mit Spezialisierung in den Bereichen Multi-Level Governance und ökologische Ökonomie. Interessensbereiche: Klimagerechtigkeit und Prozesse der sozial-ökologischen Transformation.

Birgit Hebein
Vizebürgermeisterin, Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung.

Dirk Holemans
Direktor von Oikos, einem Think-Tank, der sich für sozial-ökologische Veränderungen einsetzt. Forscher und Autor, schreibt über Commons, Kommunen, Wirtschaft und politische Ökologie.

Sukhdev Johal
Professor für Rechnungswesen und Strategie an der School of Business and Management an Queen Mary, University of London. Experte für forensische Buchführung in der Sozialforschung und Leiter der Forschung zu alternativen Wohlbefindensmaßnahmen.

Verena Kamtner
Absolventin des Masterprogramms Socio-Ecological Economics and Policy an der WU Wien, mit Spezialisierung in den Bereichen Multi-Level Governance und Demographie. Interessensbereiche: Zero-Waste-Bewegungen, regionale Entwicklung und Bildung.

Astrid Krisch
Universitätsassistentin am Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik des Instituts für Raumplanung der TU Wien. Forschungsschwerpunkte: Stadtplanung und -entwicklung, Planungspolitik und kritische Forschung zu sozialer und technischer Infrastruktur.

Sigrid Kroismayr
Freiberufliche Soziologin, Lektorin an der Universität Innsbruck sowie Redakteurin der Sozialwissenschaftlichen Rundschau. Arbeitsschwerpunkte: regionale Entwicklung, Protestbewegungen, nicht-ökonomische Tauschbeziehungen, qualitative Methoden.

Andreas Novy
Leiter des Institute for Multi-Level Governance and Development am Department Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Arbeitsschwerpunkte: sozialökologische Transformation, Stadtentwicklung, soziale Innovationen, Entwicklungsforschung und Transdisziplinarität.

Leonhard Plank
Universitätsassistent am Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik des Instituts für Raumplanung der TU Wien und Mitautor von „Foundational Economy: The infrastructure of everyday life". Forschungsschwerpunkte: globale Produktionsnetzwerke, kritische Infrastrukturforschung und Finanzialisierung.

Alexandra Strickner
Politische Ökonomin, zuständig für Theorie-Praxis-Dialoge am Institute for Multi-Level Governance and Development. Mitorganisatorin der „Gutes Leben für alle"-Kongresse 2015 und 2017. Mitbegründerin von Attac Österreich. Thematische Schwerpunkte: Globalisierung, Handelspolitik und wirtschaftliche Alternativen.

Karel Williams
Professor an der Manchester Business School. Mitbegründer des Foundational Economy Collective und Mitautor von „Foundational Economy: The infrastructure of everyday life".

Klassifikation der Bedarfsgruppen

Bedarfsgruppe	Betriebstyp/Branche
Kurzfrist	Nahversorger (kleiner als 400 m² VK) Supermarkt (größer als 400 m² VK) Verbrauchermarkt (ab 1.000 m² VK) Lebensmitteldiskonter (Hofer, Plus) Bäcker Fleischer Gemüse + Obst Drogerie Drogeriemarkt (größer als 200 m² VK) Lebensmittelspezialisten (Kaffee, Tee, Wild, Hühner, Fisch)
Auswahlbedarf (Bekleidung)	Damenoberbekleidung Herrenoberbekleidung Bekleidungshaus (z. B. Kleiderbauer, C&A) Bekleidungsdiscounter Junge Mode (z. B. Benetton, Jeansladen etc.) Baby/Kinderbekleidung Schuhe Wäsche Boutique, Strümpfe, Socken, Hemden, Trachten Stoffe, Nähzubehör Lederjacken, Pelze
Auswahlbedarf (Wohnungseinrichtung, Baumarkt)	Möbelhaus Sonstiges Möbelangebot Matratzen Heimtextilien (z. B. Betten Reiter) Raumausstatter (Teppiche, Tapeten, Fliesen) Wohnungsschmuck, Wohnaccessoires Leuchten Antiquitäten Farben, Lacke Baumarkt Holzfachmarkt Fliesenfachmarkt Teppichfachmarkt (Do-it-yourself orientiert) Gartencenter Werkzeugfachmarkt Eisenwarenhandlung

Bedarfsgruppe	Betriebstyp/Branche
Auswahlbedarf (Sonstiger Hausrat)	Elektrofachgeschäft
	Elektrofachmarkt
	Hartwarenmarkt (z. B. Kaindl)
	Foto (z. B. Niedermeyer, Hartlauer)
	Nähmaschinenshop
	Glas, Porzellan, Keramik (Edelhausrat)
	Computer
	Telekommunikationsanbieter (Handyshop)
	Spielwaren
	Parfümerie
	Büromaterial, Buch/Papier, Libro
	Bücherei
	Geschenke
	Souvenir/Geschenke
	Optiker
	Uhren, Schmuck, Juwelen
	Tonträger (z. B. CD, MC)
	Blumen
	Kinderwagen/Kinderzubehör
	Fahrräder
	Sporthaus, Sportmarkt
	Sporthändler
	Lederaccessoires, Taschen
	Autozubehör (keine Autohändler!)
	Waffen, Messer
	Galerie mit Verkaufsausstellung
	Kunsthandwerk, Antiquitäten
	Zoofachgeschäft
	Dorotheum
	Modeschmuck
	Hörgeräte
	Apotheke
	Sexshop
	Sonderpostenmarkt
Dienstleistungen	Tabak Trafik
	Reisebüro
	Post
	Bank
	Friseur
	Schlüsseldienst/Schnellschuster
	Putzerei, Wäscherei
	Kosmetik, Fußpflege, Solarium etc.

Klassifikation der Bedarfsgruppen

Bedarfsgruppe	Betriebstyp/Branche
Dienstleistungen	Änderungsschneiderei Videothek Fotoschnellentwicklung Copyshop Versicherungsbüro Sonstiges Büro
Gastronomie	Restaurant, Gasthaus Pizzeria, Italiener Grieche Chinese SB-Restaurant Mexikaner, Spanier Eissalon Cafe, Konditorei, Bistro etc. Imbisse (Kebab, Würstelstand) Fruchtsaftbar Bar, Pub, sonstiges Abendlokal etc. Fastfood
Freizeiteinrichtungen	Kino Fitnesscenter Spielhalle Bowlingbahn Diskothek
Leerstand	Leerstand

Literaturverzeichnis

Aligica, Paul Dragos. 2006. Institutional and Stakeholder Mapping: Frameworks for Policy Analysis and Institutional Change. *Public Organization Review* 6 (1): 79–90.

Barca, Fabrizio. 2009. *An Agenda for a Reformed Cohesion Policy. A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations.* Brussels: European Commission.

Behar, Daniel, Hélène Dang-Vu und Aurélien Delpirou. 2018. *France peripherique, le success d'une illusion.* https://www.alternatives-economiques.fr/france-peripherique-succes-dune-illusion/00087, 13.1.2019.

Bourdieu, Pierre. 1992. *Rede und Antwort.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bowman, Andrew, Ismail Ertürk, Julie Froud, Sukhdev Joha, John Law, Adam Leaver, Michael Moran und Karel Williams. 2014. *The End of the Experiment? From Competition to the Foundational Economy.* Manchester: Manchester University Press.

Breidenstein, Georg, Stefan Hirschauer, Herbert Kalthoff, und Boris Nieswand. Hg. 2013. *Ethnografie: die Praxis der Feldforschung.* Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.

Calafati, Luca, Jill Ebrey, Julie Froud, Sukhdev Johal und Karel William. 2019. *How places work: frame, case and policy implications.* Public interest report. Manchester. Forthcoming.

Christiaanse, Suzan und Tialda Haartsen. 2017. The influence of symbolic and emotional meanings of rural facilities on reaction to closure: The case of the village supermarket. *Journal of Rural Studies* 54: 326–336.

Cooke, Phillip und Kevin Morgan. 1998. *The associational economy: firms, regions, and innovation.* Oxford: Oxford University Press.

Damyanovic, Doris und Gabriele Zimmermann. Hg. 2012. *Raum erfassen: Überblick und Wegweiser zu Funktions- und Sozial-raumanalysen für den öffentlichen Raum.* Magistratsabteilung 18, Werkstattbericht 128. Wien

Earle, Joe, Cahal Moran und Zach Ward-Perkins. 2017. *The Econocracy. The perils of leaving economics to the experts.* Manchester: Manchester University Press.

Economist, The. 2018. *The next capitalist revolution.* 15.11.2018.

Ehmayer-Rosinak, Cornelia. 2016. How to diagnose a city? The activating city diagnosis (ACD) as a novel tool for participatory urban development. *Community Psychology in Global Perspective* 3 (1): 33–56.

Engelen, Ewald, Julie Froud, Sukhdev Johal, Angelo Salento und Karel Williams. 2017. The Grounded City: From Competitivity to the Foundational Economy. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 10 (3): 407–423.

Fachverband der Immobilientreuhänder. 2016. *Präsentation des Immobilienpreisspiegels 2016.* Pressekonferenzunterlage. Wirtschaftskammer Österreich. Wien.

Feigl, Georg und Florian Wukovitsch. 2018. *AK-Wohlstandsbericht 2018.* Wien.

Florida, Richard. 2017. *Urban Crisis. Gentrification, housing bubbles, growing inequality, and what we can do about it.* London: Oneworld.

Foundational Economy Collective. 2018. *Foundational Economy. The Infrastructure of Everyday Life.* Manchester: Manchester University Press.

Froud, Julie, Colin Haslam, Sukhdev Johal, Nick Tsitsianis und Karel Williams. 2018. *Foundational Liveability: rethinking territorial inequalities.* Working paper No. 5. https://foundationaleconomy.com/

Gieling, Joost und Tialda Haartsen. 2017. Liveable Villages: The Relationship between Volunteering and Liveability in the Perceptions of Rural Residents. *Sociologia Ruralis* 57: 576–597.

Hedtke, Reinhold. Hg. 2015. *Was ist und wozu Sozioökonomie?* Wiesbaden: Springer.

Holemans, Dirk. 2018. *Ghent, city of commons.* Präsentation auf der Konfenrenz „Alltagsökonomie“ in Wien, am 22. November 2018. http://guteslebenfueralle.org/de/termin%C3%BCbersicht/systemische-innovationen-fuer-neue-urbane-gestaltungsraeume.html, 16.12.2018.

Horak, Clemens. 2017. *Urbane Nutzungsmuster. Zukunft der Zentren.* Unveröffentlichte Präsentation. Wien.

Kadi, Justin. 2015. Recommodifying housing in formerly “Red” Vienna? *Housing, Theory and Society* 32 (3): 247-265.

Kamtner, Verena. 2018. *Potentials of the Foundational Economy at the Untere Fußgängerzone der Favoritenstraße.* Masterarbeit Wirtschaftsuniversität Wien. Wien.

Köck, Markus. o.J. *Partizipationsformen in Wien: Ein Blick auf das Wiener Petitionswesen und die Lokale Agenda 21.* Wien: Demokratiezentrum Wien.

Krisch, Astrid und Leonhard Plank. 2018. *Internet-Plattformen als Infrastrukturen des digitalen Zeitalters.* Wien.

Lambert, Jonathan. 2019. *Greener childhood associated with happier adulthood.* https://www.npr.org/sections/health-shots/2019/02/25/697788559/greener-childhood-associated-with-happier-adulthood?t=1551300874698, 25.2.2019.

Licka, Lilli, Jürgen Furchtlehner und Anna Stauber. 2017. *Potenziale im öffentlichen Raum: Qualitäten öffentlicher Räume nach Funktionsmodulen.* Magistratsabteilung 18, Forschungsbericht. Unveröffentlicht. Wien.

Lokale Agenda Währing. 2018. *Ein Bildungsgrätzl entsteht.* www.agendawähring.at/blog-detail/ein-neues-bildungsgraetzl-entsteht.html, 13.12.2018.

Mazzucato, Mariana. 2014. *Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum.* München: Antje Kunstmann Verlag.

Mazzucato, Mariana. 2018. *The Value of Everything: Making and Taking in the Global Economy.* Milton Keynes: Penguin.

McFadden, Loraine, Sally Priest und Colin Green. 2010. *Introducing institutional mapping: A guide for SPICOSA scientists.* Spicosa Project Report. Flood Hazard Research Centre. London: Middlesex University.

Moulaert, Frank, Abid Mehmood, Diane MacCallum und Bernard Leubolt. 2017. *Social Innovation as a Trigger for Transformations – The Role of Research.* Brussels: European Commission.

Oinas, Päivi, Michaela Trippl und Maria Höyssä. 2018. Regional industrial transformations in the interconnected global economy. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11 (2): 227-240.

Office for National Statistics. 2018. *Development of Regional Household Expenditure Measures.* https://www.ons.gov.uk/economy/regionalaccounts/grossdisposablehouseholdincome/articles/developmentofregionalhouseholdexpendituremeasures/2018-09-26, 14.1.2019.

Plank, Leonhard. 2017. Die „Foundational Economy" als Work in Progress. In: Stadt Wien. Hg. *Gutes Leben für alle braucht eine andere Globalisierung. Herausforderungen und Gestaltungsräume für Städte und Regionen.* Werkstattbericht 173. Wien.

Polanyi, Karl. 1979. *Ökonomie und Gesellschaft.* Frankfurt: Suhrkamp.

Reinprecht, Christoph und Cornelia Dlabaja. 2015. *Forschungsbericht der Studie Besiedelungsmonitoring Seestadt Aspern 2015.* Wien.

Rode, Philipp, Georg Bautz, Doris Bistricky, Zoe Leyde und Julia Rode. 2016. *Identität und Raum: Beiträge des öffentlichen Freiraums zu Prozessen der Identitätsbildung auf Grätzelebene.* Werkstattbericht 161. Wien.

Rode, Philipp, Bettina Wanschura und Christian Kubesch. 2010. *Kunst macht Stadt: vier Fallstudien zur Interaktion von Kunst und Stadtquartier.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.

Sabel, Charles F. und Jonathan Zeitlin. Hg. 2012. *Experimentalist governance in the European Union: towards a new architecture.* Oxford: OUP.

Sassen, Saskia. 2016. The Global City: Enabling Economic Intermediation and Bearing Its Costs. *City & Community* 15 (2): 97–108.

Slater, Tom. 2009. Missing Marcuse: On gentrification and displacement. *City* 13 (2-3): 292-311.

Smet, Koen. 2015. Housing prices in urban areas. *Progress in Human Geography* 40 (4): 495-510.

Stadt Wien. 2015a. *Fachkonzept Grün- und Freiraum.* Wien. https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008438.pdf, 30.11.2018.

Stadt Wien. 2015b. *Verteilung der Wohnbevölkerung nach höchster abgeschlossener Ausbildung.* https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/stadtforschung/karten/pdf/bevoelkerung-bildung-2011.pdf, 20.9.2018.

Stadt Wien. 2017a. *Einpersonenhaushalte 2017.* https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/stadtforschung/karten/images/einpersonenhaushalte-2017-gr.jpg, 13.12.2018.

Stadt Wien. 2017b. *Im Ausland Geborene.* https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/stadtforschung/karten/images/im-ausland-geborene-2017-gr.jpg, 13.12.2018.

Stigendal, Mikael und Andreas Novy. 2018. Founding transdisciplinary knowledge production in critical realism: implications and benefits. *Journal of Critical Realism* 17 (3): 203–220.

Stiglitz, Joseph, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi. 2010. *Mismeasuring Our Lives: Why GDP does not measure up.* New York: The New Press.

Troger, Tobias und Johannes Gielge. 2016. *Lebensqualität in 91 Wiener Bezirksteilen. Bezirksprofile der Zufriedenheit mit der Wohnumgebung.* Werkstattbericht 157. Wien.

Weihsmann, Helmut. 1985. *Das rote Wien: Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik* 1919-1934. Wien: Promedia.

Weis, Doris. 2012. Märkte in Währing und im alten Wien. *Unser Währing* 47 (1). Wien: Bezirksmuseum Währing.

Welsh Government. 2018. *Wellbeing of Wales.* https://gov.wales/statistics-and-research/well-being-wales/?lang=en, 16.12.2018.

Wirtschaftskammer Wien. 2017. *Urbanitätsoffensive Hauptbahnhof Umfeld* (UHU). https://www.wko.at/service/w/verkehr-betriebsstandort/Urbanitaetsoffensive_Hauptbahnhof_Umfeld.html, 20.9.2018.

Impressum

Eigentümer und Herausgeber
Stadtentwicklung Wien
Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung
www.stadtentwicklung.wien.at

Inhalt und Konzept
Andreas Novy
Alexandra Strickner
Leonhard Plank
Sigrid Kroismayr
Iris Frey
Verena Kamtner

Grafische Gestaltung: Erich Hörmann
Lektorat: Andrea Eder
Technische Koordination: MA 18, Willibald Böck
Druck: MA 21 B – Druckerei
Gedruckt auf ökologischem Druckpapier aus der Mustermappe
von „ÖkoKauf Wien“

© MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Wien 2019

ISBN 978-3-903003-51-4

ISBN 978-3-903003-51-4

MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung